

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorteil 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Kahr-Bayern beharrt im Widerstand. Der Ministerpräsident hat keine Zeit!

München, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Lage in Bayern ist noch immer äußerst kritisch. Die sozialistischen Parteien und Landtagsfraktionen hatten gestern eingehende Beratungen, in denen sie sich mit der Situation befaßten. Gestern tagte auch der Ausschuß der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Bayerns in München, um zur gegenwärtigen Lage in Bayern Stellung zu nehmen. Die Konferenzvertreter der acht bayrischen Kreise trafen im Laufe des Vormittags beim Ministerpräsidenten um eine Besprechung nach. In dieser Besprechung sollte eine Erklärung mündlich begründet werden, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Sicherung der demokratischen Republik fordert. Der Ministerpräsident hatte zur Besprechung keine Zeit, trotz der Dringlichkeit der Sache. Im Laufe des Nachmittags erfolgte eine Vertagung der Besprechung auf Mittwoch. Die Konferenz sah sich gezwungen, diejenigen Maßnahmen zu beraten, die sich unter Umständen als notwendig erwiesen, wenn die bayrische Regierung es vorziehen sollte, auf ihrem bisherigen Standpunkte gegenüber der Reichsregierung zu beharren.

Die Regierung verweigert jede Auskunft.

München, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im ständigen Ausschuß des Bayerischen Landtages verweigerte Staatssekretär Dr. Schwenker jede Auskunft über den Stand der Verhandlungen zwischen München und Berlin, über die Haltung der bayrischen Regierung in dieser Frage und über die blutigen Vorgänge in Koburg. Als die sozialistischen Parteien den Antrag stellten, daß der ständige Ausschuß am Mittwoch oder Donnerstag neuerdings zusammentreten solle, um über die blutigen Vorgänge in Koburg von der Regierung sich Aufschluß geben zu lassen, lehnte der ständige Ausschuß in seiner bürgerlichen Mehrheit, getrieben von dem schlechten Gewissen, diesen Antrag ab.

USP.-Versammlung im Sacherkeller.

München, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am Donnerstag, abends 7 Uhr, findet in München im Sacherkeller eine große öffentliche Versammlung statt. Referent ist Landtagsabgeordneter Neumann-Müllerberg. Auf der Tagesordnung steht der Konflikt Bayerns mit dem Reich.

Horthy-Ungarns Widerstand.

Ein Aufruf der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der sozialdemokratische Parteivorstand und der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes (Parlamentarierfraktion) in Deutsch-Österreich haben, wie der Vorwärts mitteilt, einen Aufruf an die Arbeiterschaft erlassen, in dem es heißt: Die organisierte Arbeiterschaft hat heute eine doppelte Aufgabe, sie muß zunächst alles tun, um den von Horthy-Ungarn bedrohten Frieden zu retten und die Gefahr eines neuen Krieges zu verhindern. Wenn aber Horthy-Ungarn trotzdem zu einem Kampf zwingen sollte, der nicht nur ein Kampf um das Burgenland, sondern ein Kampf um die selbständige Republik und gegen die Horthyisierung Deutsch-Österreichs wäre, dann müßte die Arbeiterschaft die bedrohte Republik mit allen Mitteln verteidigen. Solange noch eine Hoffnung besteht, durch diplomatische Verhandlungen den Konflikt zu beseitigen, muß jede gewaltsame Erhebung der Arbeiterschaft unterbleiben, da jede solche Aktion die Kriegsgefahr steigern und einen Vorwand für Horthy-Ungarn geben würde. Sollte Ungarn trotz der friedlichen Haltung der Republik einen Krieg gegen Deutsch-Österreich unternehmen, dann würde die Pflicht der Arbeiterschaft sein, sich mit der Waffe in der Hand an die Seite der Wehrmacht zu stellen, um die Republik und die Freiheit der Arbeiterschaft zu verteidigen. Ferner wurde ein Fonds zur Unterstützung der Hinterbliebenen der im Burgenland Gefallenen gegründet.

Wien, 5. September. (USA) Bei den gemeldeten Einfällen ungarischer Banden auf österreichisches Gebiet handelt es sich vorläufig nur um vereinzelt Unternehmungen, denen ein einheitlicher strategischer Plan nicht zugrunde liegt. Es kann aber nach Informationen aus hiesigen ungarischen Emigrantenkreisen keinem Zweifel unterliegen, daß die in Westungarn sich aufhaltenden Führer des Aufstandes, Hejjas und Stephan Friedrich, sich mit Plänen tragen, die auf nichts geringeres hinauslaufen, als einen militärischen Streikzug gegen Wien. In den aufreizenden Reden, die er in den verschiedenen Orten des Aufstandsgebietes hielt, hat Hejjas diese Absicht auch wiederholt öffentlich ausgesprochen, mit der Begründung, daß man bei einer Ueberrumpelung der österreichischen Hauptstadt vor allem der dortigen ungarischen Flüchtlinge habhaft werden und mit ihnen „abrechnen“ könne. Bei dem vor nichts zurückschreckenden Charakter der abenteuerlustigen Detachementsführer und bei der geringen Entfernung, die Wien von der alten Grenze trennt, ist diesen Drohungen immerhin ein gewisses Gewicht beizulegen.

Eine Note der Entente.

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Ententenote an Ungarn fordert die bedingungslose Erfüllung des

Vertrages von Trianon. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, soll die Note der Entente von der ungarischen Regierung dahin beantwortet werden, daß sie für die Vorgänge in Westungarn nicht verantwortlich sei, da sie keine Macht über die Banden habe. Sie wolle die Bedingungen des Vertrages erfüllen, müsse aber die zweite Zone in Westungarn als Hauptquartier festhalten, um die realen Forderungen Ungarns an Österreich zu sichern.

Ententetruppen in Bereitschaft.

Doppel, 7. September. Die hier eingetroffenen Verstärkungstruppen haben Befehl erhalten, sich zum weiteren Transport ins Burgenland bereit zu halten. Sie werden deshalb in Oberstleuten zunächst nicht eingeseht, sondern bleiben in Doppel.

Die Horthy-Banden in Günskirchen.

Ueber die Zustände in dem nunmehr von ungarischen Truppen völlig besetzten Günskirchen und Umgegend wird der U. R. gemeldet: Die Befürchtungen der Arbeiterschaft, daß es nach dem Einzuge der Horthy-Truppen zu ähnlichen Zuständen kommen würde, wie nach dem Sturz der Kadettregierung in Budapest, hat sich leider in vollem Maße verwirklicht. Gleich in den ersten Tagen der Besetzung rissen die bekannten „verantwortlichen Elemente“ die tatsächliche Macht an sich und wüsten seitdem in schlimmster Weise gegen alle Personen, die „kommunistenverdächtig“ sind. Jeder, der auf Grund einer Denunziation hin verdächtig erscheint, wird zunächst in die Kadettenschule, das Hauptquartier der Wehrterroristen verbracht, von wo eine Befreiung nur durch Befreiung möglich ist. Wenn es nicht möglich ist, die hohen Befehlshaber zu entrichten, gegen den wird unweigerlich ein gerichtliches Verfahren wegen hochverrätherischer Untriebe eingeleitet, oder er wird ohne weiteres in die Internierungslager abgeschoben. Gegen dieses Treiben können oder wollen die amtlichen Behörden nicht einschreiten. In der vergangenen Woche wurden auf offener Straße zwei Personen ermordet, ohne daß den Tätern nachgeforscht wurde. Die während der jugoslawischen Besetzung gegründeten Zeitungen sind sämtlich eingestrichelt worden, der sozialdemokratische Munkas wird von neuen Redaktionsmitgliedern geleitet. Als Folge dieser Zustände flüchten auch die bisher noch in Baranya verbliebenen Arbeiter auf Schleichwegen, so daß die Gruben völlig stillstehen.

Angora in den Händen der Griechen?

Genf, 7. September. (IL) Die griechische Völkerbundsdelegation erhielt Dienstag abend eine telegraphische Mitteilung aus Athen, bezugnehmend die Griechen Angora besetzt haben. — Die Meldungen, die in Paris aus Athen und Konstantinopel vorliegen, lassen erkennen, daß die Verluste der Türken sehr erheblich sind.

London, 6. September. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Daily Telegraph in Esli Scheich erklärte König Konstantin, die Griechen wollten Angora nur wenige Tage besetzt halten und würden sich nach Zerstörung der militärischen Depots und nach Uebernahme des rollenden Eisenbahnmateriels wieder zurückziehen. Der König erklärte außerdem, die Mächte wollen die griechischen Truppen nicht in Konstantinopel haben. Er wolle die Schwierigkeiten der Mächte nicht vernachlässigen. Konstantinopel komme daher für den Augenblick nicht in Betracht.

Die Tagung des Völkerbundes.

Genf, 6. September. (WV) Die heutige Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung war in ungewöhnlicher Weise einer reinen Geschäftsordnungsdebatte gewidmet. Die langwierige Aussprache drehte sich um die Zahl, die Zusammensetzung und den Wahlmodus der von der Versammlung zu ernennenden Ausschüsse. Die von Motta beantragte Ueberweisung des Berichtes des Völkerbundsrates an eine Kommission brachte einen lebhafteren Ton in die Debatte. Symans-Belgien, der besonders von Lord Robert Cecil wie auch von Fisher unterstützt wurde, trat lebhaft dafür ein, daß der Bericht des Rates über die Tätigkeit des Völkerbundes in großer, allgemeiner Debatte öffentlich verhandelt werden solle.

In der Nachmittagsitzung der Völkerbundsversammlung wurden sechs Vizepräsidenten gewählt, und zwar Bourgeois (Frankreich), da Cunha (Brasilien), Balfour (England), Jibil (Japan), Symans (Belgien) und Benesch (Tschechoslowakei). Die Versammlung wird morgen in die Tagesordnung eintreten.

Aus der Versammlung sind folgende Kommissionen gebildet worden. 1. Kommission für juristische und konstitutionelle Fragen. 2. Kommission für technische Organisationen. 3. Kommission für Abrüstung und Flodade. 4. Kommission für Budget und Finanzen. 5. Kommission für humanitäre Angelegenheiten. 6. Kommission für besondere politische Fragen, wozu die Aufnahme neuer Staaten gehört. — Eine Anzahl amerikanischer Staaten hat bis jetzt noch keine Delegationen nach Genf geschickt, und zwar folgende: Argentinien, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru und San Salvador. Wie sich aus dem Bericht der Kommission zur Prüfung der Vollmachten ergibt, haben die betreffenden Regierungen dem Völkerbunde keinerlei Dokumente über ihre Vertretung auf der zweiten Völkerbundsversammlung geschickt.

Ungarns Antrag auf Zulassung.

Genf, 6. September. Wie die Agence Havas meldet, wird der Antrag Ungarns auf Zulassung zum Völkerbunde im Völkerbunde wahrscheinlich eine sehr wichtige Debatte hervorrufen. Die Vertreter der Kleinen Entente, heißt es, würden einmündigen Erklärungen abgeben, daß 24 Stunden nach dem Tag, an dem ein Habsburger auf dem ungarischen Thron wieder eingesetzt würde, die Truppen der Kleinen Entente in Ungarn einrücken würden, um ihm Respekt vor dem Vertrage beizubringen.

Reichsregierung bleibe fest!

Während Kahr-Bayern seinen Widerstand verstärkt, macht sich bei der Reichsregierung eine Neigung zu Entgegenkommen und Zugeständnissen an die bayrische Fronde und an die Feinde der Republik überhaupt bemerkbar, die Beunruhigung hervorgerufen muß. So hat nach einer Münchner Meldung bürgerlicher Blätter der demokratische Abgeordnete Dr. Dirx erklärt, daß er sich als Beauftragter der bayrischen Landtagskoalition von dem ersten Willen des Reichsministers des Innern zu einer Verständigung mit Bayern überzeugen konnte. Dr. Gradnauer habe nicht nur direkte Vorschläge unterbreitet, sondern auch Vorschläge und Auskünfte darüber erbeten, wie weit Bayern nach Ueberzeugung seiner Regierung und Koalition den bestehenden Ausnahmezustand unbedingt noch braucht. Danach wäre also die Reichsregierung bereit, von der Forderung der völligen Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes zurückzutreten. Gegen ein solches Verhalten der ursprünglichen Linie, die der Reichsregierung die geschlossene Unterstützung der Arbeiterschaft verschaffte, müßten die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften auf das entschiedenste protestieren. Es hilft auch gar nichts, daß man dieses Zurückweichen schmachtig zu machen sucht durch die Versicherung, daß man auf diese Weise die Parteien der bayrischen Regierungskoalition von der Regierung Kahr loszulösen Aussicht habe. Es ist zunächst sehr zweifelhaft, ob an diesen Versicherungen überhaupt irgend etwas Greifbares ist. Wäre dem aber auch wirklich so, so wäre dieses Ergebnis zu teuer erkauft, das Regiment Kahr würde sich mit solchen Hilfsmitteln erneut besetzen und die Praxis der Boehner-Polizei würde damit all das vollbringen können, was sie jetzt auf Grund des noch existierenden bayrischen Ausnahmezustandes zur Unterminierung der Republik, zur Vorbereitung der Wiederherstellung der Monarchie und zur Fesselung der Arbeiterklasse vollführt. Hier gibt es und darf es kein Kompromiß geben. Und gerade mit Rücksicht auf Bayern muß auch für möglichst schnelle Beseitigung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und die Ersetzung durch energische Verwaltungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Wehrmacht, der Polizei, der Justiz und der engeren Verwaltung nebrungen werden, weil die Kahr-Regierung, wenn sie den eigenen Ausnahmezustand aufheben müßte, sicherlich nicht anstehen würde, die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die republikanischen Parteien, gegen die Arbeiterschaft in der größtmöglichen Weise zu mißbrauchen, während sie den Organen der Wehrmacht und der Republikthe weiterhin völlige Freiheit lassen würde.

Daß die zum Schutze der Republik erlassene Verordnung in den Händen von Unterbehörden, die diesen Schutz gern sabotieren möchten, zu gefährlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft umgebogen werden kann, zeigen die Verbote kommunistischer Blätter und neuerer Maßnahmen. In Halle sind 20 Kommunisten verhaftet worden, weil sie eine provokatorische Feier eines Kriegervereins gestört haben sollen und eine Anklage wegen Landfriedensbruchs wird ihnen in Aussicht gestellt. Man muß diesem Eifer der Polizei und des Staatsanwalts gegenüberstellen, daß die Störungen pazifistischer Versammlungen durch Hafenzentrler und Reichswehrsoldaten, bei denen es schwere Mißhandlungen von Pazifisten gegeben hat, bei denen Menschen getötet wurden noch heute ungehört sind. Man muß ihnen gegenüberstellen einen in diesen Tagen ergangenen Bescheid des Gläher Oberstaatsanwalts an einen von Kohnlingen des Selbstschutzes für Oberstleuten Scheußlich verprügelten Redakteur, daß die Verfolgung dieser Kohnlinge kein öffentliches Interesse habe. (Was nebenbei eine direkte Verhöhnung des Gesetzes ist, da eine von mehreren gemeinschaftlich begangene Körperverletzung ohne weiteres zu den gefährlichen Körperverletzungen gehört, zu deren Verfolgung von Amts wegen die Staatsanwaltschaft ohne weiteres verpflichtet ist, ganz abgesehen davon, daß bei dieser Mißhandlung ohnehin gefährliche Werkzeuge gebraucht wurden.) In Halle ist auch der Vorsitzende der freien Arbeiterunion Hammer, der anfänglich einer Tagung dieser Organisation in Halle wollte, am Dienstag früh in seinem Hotel von der Kriminalpolizei ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Man könnte diesen Eifer gegen links als Handlungen untergeordneter Behörden ansehen und sich verträsten, daß von oben herab Korrektur erfolgen könnte. Aber leider müssen wir sehen, daß der Reichsfanzler dieser Praxis eine gewisse Unterstützung durch Zugeständnisse an die Deutschnationalen erteilt. Halbamtlich wird gemeldet, daß am Dienstag die deutsche nationale Fraktion und der Deutschnationale Parteivorstand mit dem Reichsfanzler über die Verordnung vom 29. August verhandelt haben, wobei auch Dr. Gradnauer und Dr. Schiffer zugegen waren. Die Deutschnationalen Vertreter wandten sich heftig gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und verlangten ihre Anwendung „gegen alle extremen Richtungen, die den politischen Kampf mit Gewalttätigkeiten führen“. Insbesondere verlangten sie Schutz gegen gewalttätige Erregungen und Störungen rechtsgerichteter Kundgebungen und Versammlungen. Der Reichsfanzler verwies auf die

außenpolitischen Schädigungen, die durch chauvinistische Kundgebungen hervorgerufen würden. Er betonte die absolute Notwendigkeit, auf das Schlimmste alle Versuche, die Weimarer Verfassung mit Gewalt beseitigen zu wollen, abzuwehren, wenn Deutschland nicht durch inneren Bürgerkrieg zugrunde gehen solle. Ebenso sei der Schutz der Republik gegen alle verwerflichen und gewalttätigen Angriffe eine selbstverständliche Staatsnotwendigkeit. Dabei werde die Verordnung streng und gerecht gegen alle gewalttätigen Elemente, wo immer sie sich zeigen mögen, angewendet werden. Ebenso erklärte der Reichskanzler, es werde mit allen Mitteln gewalttätigen Störungen lebhafter Verfassungen entgegengetreten werden.

Wie billigen sicherlich nicht die gewalttätige Sprengung und Störung friedlicher Versammlungen. Aber der Kanzler hätte bei seinen Äußerungen die politische Situation in Deutschland, die Gefährdung so vieler ausführender unterer Behörden berücksichtigen und er hätte deswegen betonen müssen, daß die inotanten Ausbrüche des Zornes gegen provokatorisches Verhalten der Feinde der Republik schließlich nur zu begreiflich sind, namentlich angesichts des Verlangens der beherrschenden Abwehr solcher Vorstöße gegen die republikanische Verfassung. Der Reichskanzler mußte sich sagen, daß die Gefahr mangelnden Schutzes der Reichsverteiler gegen solche Störungen in Deutschland heute immer noch viel geringer ist, als die Gefahr eines Mißbrauches der Ausnahmeverordnung gegen die Arbeiterklasse, gegen die Kräfte, die die Republik verteidigen und auf die die Regierung sich beim Vorgehen gegen die Mordhege allein stützen kann. Wie wenig die Arbeiterklasse zu Gewalttätigkeiten geneigt ist, haben ihre wichtigen Demonstrationen gezeigt. Wir wissen auch von keinem Fall, daß bei dem Aufstreten der Arbeiterklasse gegen monarchistische Provokationen ein Hakenkreuzjünger ernstlich zu Schaden gekommen wäre, während bereits der Tod verschiedener Republikaner bei diesen Gelegenheiten zu beklagen ist. Das hätte der Herr Reichskanzler den ausstreichenden Deutschnationalen vorzusetzen und so hätte er dem Mißbrauch der Ausnahmeverordnung gegen die Arbeiterklasse einigermassen vorbeugen können. Darüber muß die Reichsregierung sich klar sein, daß sie steht und fällt mit der Unterstützung der Arbeiterklasse und daß sie diese Rückendeckung nur haben kann, wenn sie an ihrer Energie wider die Gegenrevolution keinen Zweifel aufkommen läßt. Weicht sie vor der bayerischen Fronde, weicht sie vor dem Geschrei der Deutschnationalen zurück, so muß sie Mißtrauen in der Arbeiterklasse wecken und den Boden unter den Füßen verlieren.

Andererseits können die Arbeiter aus den neuen Vorstößen der Deutschnationalen erleben, wessen Geschäfte besorgt werden, wenn das Proletariat sich in dieser Situation zu Gewalttätigkeiten hinstrengen läßt. Die verlogene Rechtsprelle wird jedes noch so gelinde Eingreifen der Arbeiterklasse gegen monarchistische Feiern usw. zu furchtbarer Gewalttat aufbauen. Es ist daher dringend zu raten, sich in solchen Fällen mit einer kräftigen Gegendemonstration zu begnügen und im übrigen die Hakenkreuzler, wenn die Behörden nicht gegen sie einschreiten, unbehelligt zu lassen. Wenn kommunistische Draufgänger sich dieser Notwendigkeit nicht beugen wollen, so müßten sie hollert werden. Sie werden dann bald merken, wie sehr ihr Einfluß in den Massen seit der Märzaktion gesunken ist. Eben deswegen ist es auch direkt unsinnig, wenn die Behörden etwaigen aufgeregten Demonstrationen einiger kommunistischer Organe größere Bedeutung belegen, als ihnen zukommt, ja, der kommunistischen Sache künstlich Vorschub leisten durch Verbote. Auf diese Weise wird die abflauende Bewegung der Kommunisten nur für eine Zeitlang wieder galvanisiert. Uebrigens hatte die rote Fahne sich bis zu den Verböten einer für kommunistische Verhältnisse immerhin vernünftigen Sprache befähigt und daß sie eine höchst überflüssige Parole für proletarische Ueberwachungsanstalten ausgab, hat bislang keinerlei Unheil angerichtet und wird es nicht anrichten können, wenn die Regierung dafür sorgt, daß die Kommunisten nicht unnötig gereizt werden und ihrer Bewegung nicht ein Relief verliehen wird, das ihr nicht mehr zukommt. Daß die Regierung ihre nachgeordneten Behörden fest im Zaum hält, daß sie selbst nicht tut, was das Mißtrauen der Arbeiterklasse erregen muß, daß sie fest bleibt wider Ruhr-Bayern und die Parteien der monarchistischen Gegenrevolution, daß ist das Gebot der Stunde!

Bayerischer Landtag. Der Regierung ist nichts bekannt.

München, 6. September.

In der heutigen Sitzung des ständigen Ausschusses des bayerischen Landtages führte die bayerische Regierung eine sümmerliche Komödie auf. Im Gegensatz zu der gespannten politischen Situation sah die Tagesordnung des Ausschusses recht harmlos aus. Es standen nur zwei Punkte zur Beratung: Die Erhöhung der Teuerungszulagen für Staatsbeamte und die Aktion für die Kleinrentner und Minderbemittelte. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Abg. Timm (SPD.) die Anfrage an die Regierung: Reiblichkeit die Staatsregierung, dem ständigen Ausschuss Mitteilungen zu machen? Diese einfache Anfrage brachte den Staatssekretär Dr. Schweyer in peinliche Verlegenheit. Eine Weile schwieg er betreten und als dann Zwischenrufe laut wurden: Es ist in Bayern ja gar nichts passiert und als das peinliche Schweigen durch Lachen über die Hilflosigkeit der Regierung gestört wurde, ließ Staatssekretär Schweyer an zu stoßen und brachte dann endlich ein paar verlegene Worte heraus, wie ein Schuljunge, der auf einer Lüge ertappt wird. Er wisse gar nicht, was der Fragesteller wolle. Die Frage sei unvollständig gestellt. — Verlegenes Schweigen. — Schließlich muß dem Herrn Staatssekretär doch eingefallen sein, daß sich zur Zeit einiges zwischen Berlin und München abspiele und stotternd und zögernd meinte er dann, vielleicht handle es sich um die zur Zeit schwebenden Verhandlungen mit der Reichsregierung? Diese Verhandlungen seien aber noch nicht abgeschlossen und würden morgen fortgesetzt. Er sei deshalb außerstande, heute darüber Aufschlüsse zu geben. Im Anschluß hieran entwickelte sich dann folgende Debatte:

Abg. Reumann (USP.): Ist es richtig, daß der bayerische Gesandte in Berlin, Herr von Preger, im Ueberwachungsamt erklärt hat, daß die nächste Sitzung des Ueberwachungsamts auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden müsse, weil der ständige Ausschuss des bayerischen Landtages, der sich mit der Frage des Ausnahmezustandes zu befassen habe, nicht so rasch einberufen werden könne. Ich muß meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, daß die Aufhebung des Befehlenszustandes nicht auf der Tagesordnung steht.

Abg. Timm (SPD.): Mit der Staatsregierung bereit morgen Aufschlüsse zu geben?

Vorsitzender Feld (Bayr. Vp.): Solange die Verhandlungen mit Berlin nicht abgeschlossen sind, können hier keine Erklärungen abgegeben werden.

Zwischenruf des Abg. Blumtritt (USP.): Aber gestern hat doch der Ministerrat getagt. Da muß es doch heute möglich sein, irgendeine Mitteilung darüber zu machen.

Vorsitzender Feld (Bayr. Vp.): Die Frage ist noch veräußert. Abg. Timm (SPD.): Zu der Erklärung des Staatssekretärs Schweyer muß meine Fraktion noch Stellung nehmen. Wir behalten uns eine weitere Stellungnahme vor.

Staatssekretär Schweyer: Ich war bei den Verhandlungen des Ueberwachungsamts nicht anwesend und kann deshalb auch keine Mitteilungen über diese Verhandlungen machen.

Abg. Reumann (USP.): Darum handelt es sich ja gar nicht. Ich will keinen Bericht über die Verhandlungen des Ueberwachungsamts haben. Ich will nur wissen, ob es richtig ist, daß der bayerische Gesandte in Berlin im Ueberwachungsamt erklärt hat, daß der ständige Ausschuss des bayerischen Landtages sich mit der Frage des Ausnahmezustandes beschäftigen werde. Wenn der Gesandte das erklärt hat, so kann er das doch nicht einfach in den Wind hineingeredet haben. Staatssekretär Schweyer muß davon Kenntnis haben, inwieweit der Gesandte Preger zu einer solchen Äußerung berechtigt gewesen ist.

Staatssekretär Dr. Schweyer: Wir ist von einer derartigen Äußerung des bayerischen Gesandten nichts bekannt.

Abg. Reumann (SPD.): Wenn der Herr Staatssekretär nichts davon weiß, dann erlaube ich eine Erklärung, ob er bereit ist, heute abend noch den bayerischen Gesandten telefonisch darüber zu befragen und morgen dem ständigen Ausschuss des bayerischen Landtages Auskunft zu geben.

Vorsitzender Feld (Bayr. Vp.): Der bayerische Gesandte kann eine solche Äußerung nicht getan haben, weil er dazu keine Ermächtigung haben konnte. Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Abg. Reumann (SPD.): Meine Frage ist noch nicht beantwortet.

Vorsitzender Feld: Darüber muß ich erst abstimmen lassen. Abg. Reumann (SPD.): Da gibt es nichts abzustimmen. Ich habe eine Frage gestellt und verlange, daß der Herr Staatssekretär sie beantwortet.

Staatssekretär Schweyer: Ich fahre heute abend nach Berlin und werde morgen früh den Herrn v. Preger fragen, ob er die ihm zur Last gelegte Äußerung getan hat. Dann werde ich sofort nach München telefonieren.

Damit ist die Aussprache über diesen Punkt geschlossen und der Ausschuss tritt in die Verhandlung der Tagesordnung ein. Das ganze Verhalten des Staatssekretärs verrät das schlechte Gewissen der bayerischen Regierung in der Frage des Ausnahmezustandes. Mit allen Mitteln wurde versucht, die Behandlung dieser für die Regierung so unbequemen Angelegenheit zu verhindern. Es ist geradezu ein Skandal, daß der bayerische Landtag nicht Gelegenheits bekommt, zu den wichtigsten Lebensfragen der Republik Stellung zu nehmen. Die ganzen Verhandlungen mit Berlin werden nun wieder hinter den Rüllissen geführt werden und die Volksvertretung ist völlig ausgeschlossen von jeder Einsichtnahme auf die wichtigsten Ereignisse. Im Ausschuss des Landtages erklärt die Regierung einfach, daß ihr nichts davon bekannt ist, daß der bayerische Gesandte erklärt hat, der ständige Ausschuss des bayerischen Landtages müsse sich erst mit der Frage des Ausnahmezustandes befassen und damit soll die ganze Angelegenheit für die Volksvertretung erledigt sein. Das ist eine Bräuterei der Volksvertretung, wie sie nur in Bayern möglich ist. Die Verhandlungen des Ueberwachungsamts am Freitag in Berlin werden ja aelen, zu welchem Ergebnis die bayerische Politik hinter den Rüllissen geführt hat.

Die bayerischen Gewerkschaften gegen den Ausnahmezustand.

München, 6. September. Die am 6. September 1921 in München versammelten Mitglieder des gewerkschaftlichen Landesauschusses in Bayern und der Afa einschließend der Rheinpfalz erklären nach sorgfältiger Prüfung der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse der bayerischen Landesregierung folgendes:

In Uebereinstimmung mit der Arbeiterklasse ganz Deutschlands, die ihren Willen in der verflochtenen Woche in unabweisbarster Weise zu erkennen gegeben hat, halten wir im Interesse der Reichseinheit und der demokratischen Republik die sofortige Beseitigung des Ausnahmezustandes in Bayern für unbedingt notwendig. Der in Bayern geltende Ausnahmezustand ist bisher einseitig nur gegenüber Bestrebungen der Arbeiterklasse in Wirksamkeit getreten, hat dagegen alle auf Gefährdung der demokratischen Republik gerichteten Bestrebungen von rechts unangefast gelassen. Trotz des Ausnahmezustandes in Bayern ist Bayern der Sammelpunkt aller auf Gefährdung der Republik hinarbeitenden Kräfte geworden.

Die bayerische Arbeiterklasse muß feststellen, daß die bayerische Regierung diese Zustände nicht nur kennt, sondern duldet, sie verlangt daher von der bayerischen Regierung, daß sie in Gemäßheit der von der Reichsregierung an sie ergangenen Aufforderung nicht nur den Ausnahmezustand für Bayern mit unverzüglicher Wirkung aufhebt, sondern daß sie darüber hinaus alle Maßnahmen trifft, die die Sicherung der Demokratie und der Republik auf das bestimmteste gewährleisten.

Die Paroleschmiede.

Es ist nun einmal so. Von Zeit zu Zeit muß die deutsche Arbeiterklasse Beglückung durch neue Parolen finden. Wenn Parolen allein den Sieg des Proletariats bringen könnten, dann würde die Arbeiterklasse schon längst im Besitze der politischen Macht. Bisher aber haben die immer wechselnden Parolen nichts anderes zuwege gebracht, als Verwirrung in die Reihen der Arbeiterklasse zu bringen, die zu der verhängnisvollsten Verzerfung der proletarischen Kräfte führte. Die USP, hat sich in Halle und in den unendlichen Auseinandersetzungen, die der Spaltung folgten, mit aller Energie gegen die Parolentaktik der Kommunisten gewandt. Nichtsdestoweniger floß der Strom der Parolen unendlich. Beinahe jede Woche brachten die Blätter der Kommunisten neue Kampfwortungen. Mitunter erzeugten sie ein schnell verfliegendes Flugfeuer in den Reihen der Arbeiterklasse. Zum Glück aber fanden sie keinerlei Resonanz. Mit ihrer Parolentaktik haben die deutschen Kommunisten selbst in Westau nicht allzu günstig abgeschnitten, um so weniger, als sie dem KPD-Geiste in ihren Parolen immer stärkere Konfessionen machten. Der Warnruf Levis in den Weihnachtstagen ist rettungslos verhallt. Levi fiel dem KPD-Geist zum Opfer. Ihm folgten Stöder, Koenen. In Jena sagte der KPD-Führer und in Dresden ist, wie heute berichtet wird, der Zusammenstoß beider Richtungen bereits auf dem besten Wege. Der Gegenstoß zu Moskau verläuft sich in immer stärkerer Weise und binnen kurzem werden auch die Parolen der 21 Bedingungen endgültig auf dem Scheitelpunkt stehen.

In den letzten Wochen hat die internationale Reaktion ihre Kraft ins Unendliche gesteigert. Deutschland entwickelte sich mehr und mehr zu einem Machtkern der Kappisten aller Länder. Von Bayern aus gehen die Fäden nach Oesterreich, Ungarn. Die Ruhr und Pöchner denken nicht daran, sich dem Willen Dr. Wirths zu unterwerfen. Seit Wochen hat die deutsche Arbeiterklasse viele Gefahren erkannt und sich allerorten zu gemeinsamen Aktionen aufgeschlossen. Endlich wieder erschienen Massen auf dem Plan. Kampfeswille erstarrte aus den Augen aller. Hunderttausende bisher Indifferente, die sich, von dem Geank der Parteien angewandert, beiseite stellten, sie kamen, als die Arbeiter-

parteien gemeinsam riefen. Ein Aufsturm ging durch die Reihen der Proletariat in Stadt und Land in der Hoffnung, daß sich die gewaltigen Kräfte der Arbeiterklasse erneut zu gemeinsamer Front zusammenfinden würden.

Jetzt arbeitet die Paroleschmiede der abermals verflügten KPD, von neuem. Aus einem Aufsturz in der Sonntagnummer der roten Fahne ist ihr neuestes Produkt zu erleben. „Proletarische Ueberwachungsanstalten“, so heißt das neue Schlagwort, um das sich die Arbeiter in Massen gruppieren sollen. Uns dünkt, dieses neueste Erzeugnis kommunistischer Hirnleistung bezweckt gehört zu haben. Man hat es sich diesmal nicht allzu viel Gehirnschmerz kosten lassen. Ein Weg durch die Rüstungskammer verblichener Waffen genigte, um schnell zu finden, was man brauchte. Der Kopf, der sich inzwischen gebildet, wurde unbillig abgetaktet und unter dem stählernen Namen „Ueberwachungsanstalten“ erschien, was man vor Jahresfrist noch „Politische Arbeiterzelle“ nannte. Damals vermochte diese Parole unter den Massen der Arbeiter keinerlei Eindruck zu erzielen, trotzdem in jener Zeit der kommunistische Stern, beschwingt durch die Energien des Ostens, wie ein Komet im Aufstiegen war. Ob heute, nachdem sich der Stern der KPD, bedecklich weit nach Westen neigt, die neu ausgeputzte Parole mehr Eindruck zu gewinnen vermag, ist stark zu bezweifeln. Damals erhellte sich in den Arbeiterversammlungen ob der „Politischen Arbeiterzelle“ die Köpfe. Man stritt und stritt, aber die „Politischen Arbeiterzelle“ sind nicht gekommen. Hunderte wurden ob des Streltes erneut in das Lager des Indifferentismus getrieben, und das Resultat im Kampfe um diese Parole war, daß sich die Kräfte der Arbeiterklasse immer weiter verzettelten.

Heute haben sich die Arbeiter aller Parteien erfreulicherweise zu gemeinsamer Front zusammengefunden und schon kommen die Kommunisten, um ihre Sonderparolen in die Massen zu werfen. Verwirrung anzurichten mit dem Ergebnis, die mühsam erschlossene Front der Arbeiterklasse erneut zu zerstückeln. Das deutsche Proletariat ist sich einig, den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen, die Lustig dem heutigen Volksempfinden anzupassen, den Verwaltungsapparat zu reinigen, dazu aber bedarf es den Gesamtwillen des deutschen Proletariats, der durch diese Sonderparolen lebhaft verzettelt wird.

Wie welchen Mitteln die kommunistischen Regisseure arbeiten, dafür diene folgender Fall: In Bremen kam es anlässlich einer Gedankensitzung zu Demonstrationen der Arbeiterklasse. Verhaftungen wurden vorgenommen. Kleinere Zusammenkünfte erfolgten. Den Bremer Kommunisten aber genigte das nicht. Für sie ist der Fall Anlauf. Ludendorffs Schwindschmelzen anzuwenden. Sie schickten der Berliner roten Fahne ein Telegramm, in dem von „schweren, blutigen Zusammenstößen“ die Rede ist. Das ist nicht erfunden. Ebenso erfunden ist der Satz des Telegramms: „Die Arbeiterklasse forderte die Reichsregierung gegen Bremen“. Von dieser Forderung ist in Bremen kein Schreiben abgegangen — weil solche Forderung nur von politischen Schwämmen erhoben werden könnte. Damit aber nicht genug, verteilten die Bremer Kommunisten Flugblätter an die Genossen der USP und SPD, in denen, wieder ohne einen Beweis, von dem Arbeiterklub die Rede ist, was in Bremen geschehen sein soll.

Nach Ludendorff fand immer neue Parolen, um dem Kriege neue Lebenskraft zu verschaffen, er schwandte, bis sein Gebäude schließlich zusammenbrach. Ob aber diese Methoden geeignet sind, der proletarischen Sache zu dienen, das werden Hunderttausende in Frage stellen.

Die Berliner Arbeiter und die Kommunisten.

Berlin, 7. September. Gestern abend wurden in Berlin 28 öffentliche, vom Bezirksverbande Berlin-Brandenburg der USP, einberufene Versammlungen abgehalten, in denen das Thema „Die Teuerung und die neuen Reichssteuern“ behandelt wurde. In den meisten Lokalen waren auch Kommunisten erschienen, die in der Diskussion ihre Redner vorstachelten. Ueberall wurden ihre Auffassungen einmütig abgelehnt, da, wie die Freiheit sagt, die Arbeiterklasse mit der Forderung des politischen Kampfes durch die Kommunisten so schlimme Erfahrungen gesammelt habe, daß diesem politischen Abenteuer keine Gefolgschaft mehr geleistet werde.

Junker Graefes Sorgen um die Reichsfinanzen.

Der mecklenburgische Junker von Graefe ist plötzlich von einiger Sorge wegen der Reichsfinanzen befallen. Er teilt in einer kleinen Anfrage der Reichsregierung mit, daß die mecklenburgische Regierung ein Wertzuwachssteuergesetz erlassen habe, durch das „die Reichseinnahmen empfindlich geschädigt“ werden. Durch dieses Landesgesetz würden die für die Reichsbesteuerung in Betracht kommenden Vermögenswerte stark herabgemindert und es müsse nun noch nachträglich eine Veranlagung sowohl zum Vermögens- und Mehrerwerbsteuergesetz, als auch zum Reichsnotopfer stattfinden, „was mit arduen Unbequemlichkeiten für die Finanzämter wie für die Betroffenen verbunden ist. Graefe fragt daher ganz besorgt, ob die Reichsregierung bereit und in der Lage ist, Aufschluß darüber zu geben, wie die darzulegenden Interessen des Reichs gewahrt werden gegenüber den Bestrebungen der einzelnen Staatsregierungen, durch Gesetze auf den ihnen überlassenen Steuergebieten die Steuereinnahme des Reichs empfindlich zu schädigen.“

Diese Sorge des deutschnationalen Junkers Graefe um die Reichsfinanzen ist rührend. Es ist nur schade, daß den Junkern niemand glaubt, daß sie plötzlich so sehr um das Wohl der deutschen Republik besorgt sind. Bekanntlich sind die Besitztümer von Reichs wegen bis jetzt sehr wenig wirksam gewesen. Nun ströhrt Herr Graefe, es könnte durch das neue mecklenburgische Wertzuwachssteuergesetz dem Reich wenigstens etwas erspürlicher zu Leibe gegangen werden. Da erinnert er sich auf einmal des Reichsfinanzens, natürlich nicht, um ihm abzuhelfen, sondern nur, um durch die Hintertreibung der mecklenburgischen Verlaunsteuer die Reichsfinanzen in Mecklenburg vor der drohenden Steuerbelastung zu schützen.

Erziehung im „christlichen Sinne“.

Die reaktionäre Ostpreussische Zeitung in Königsberg verbricht unter der Ueberschrift „Christentum und nationale Pflicht der Christenmenschen folgende Sätze befinden:

Jesus war kein Schwärmer wie unsere Nazisten und sah im Kriege ein in dieser Welt notwendiges Übel. Sein Evangelium will der Menschenseele den Frieden bringen, an die Herstellung eines äußeren Friedens hat er nicht gedacht. So bedeutet es eine Verzerrung des Evangeliums, wenn man Jesus für den Pazifismus in Anspruch nimmt. Es steht durchaus im Einklang mit der christlichen Idee, wenn wie es als Gottes Willen ansehen, daß nebeneinander Völker mit verschiedener Sprache und Kultur ihr Eigenleben führen, und die Verachtung bzw. Entfremdung nationaler Freiheit und Unabhängigkeit als gottgeordnete Pflicht empfunden.

Vor kurzem äußerte der ehemalige bayerische Kronprinz Ruprecht gegenüber einem bayerischen Journalisten, er erblicke in der heutigen Verrohung und Verwahrlosung der Jugend die größte Gefahr für Deutschland. Deshalb müsse die Jugend mehr im „christlichen Sinne“ erzogen werden. „Erziehung im christlichen Sinne“, das bedeutet, wie das Königsberger Blatt vor nett auseinanderlegt, Erziehung zum Bilde des Christen und Patriotismus. Das ist allerdings das geeignetste Mittel, um die Verrohung der Jugend zu bekämpfen. Welche herrlichen Früchte eine derartige „christliche Erziehung“ im deutschnationalen Sinne zeitigt, zeigen die Wortreden eines Arco, eines Döwig von Hirschfeld, der Marburger Nordstudenten und ähnlicher Helden der nationalistischen Jugend. Die Kreise, die solche Mordbuben erziehen,

Am Abend des Tages, an dem Erzberger ermordet worden war, wurden in zahlreichen studentischen Klubs und Kneipen Verherrlichungsreden auf den Mörder gehalten und Salamander auf ihn geschrien. Man hat auch dort mit „Mledern“ die „Feler“ begangen, und besonders kennzeichnend ist es, daß diese Kneipen unter dem Präsidium von Wickschargierten abgehalten wurden, also unter äußeren Formen, wie sie sonst nur bei ganz besonders festlichen Anlässen üblich sind. Eines dieser Mleder hatte folgenden Wortlaut:

Deutschnationale Nordpoesie.

Die Germania bringt noch einige Beiträge über Feler bei denen der Nord an Erzberger begrüßt und „poetisch“ verherrlicht wurde; wie entnehmen ihr das Folgende:

„Am Abend des Tages, an dem Erzberger ermordet worden war, wurden in zahlreichen studentischen Klubs und Kneipen Verherrlichungsreden auf den Mörder gehalten und Salamander auf ihn geschrien. Man hat auch dort mit „Mledern“ die „Feler“ begangen, und besonders kennzeichnend ist es, daß diese Kneipen unter dem Präsidium von Wickschargierten abgehalten wurden, also unter äußeren Formen, wie sie sonst nur bei ganz besonders festlichen Anlässen üblich sind. Eines dieser Mleder hatte folgenden Wortlaut:

„Nun danket alle Gott
Für diesen braven Mord;
Den Erzhatunten, schäret ihn ein.
Selig sei uns der Mörder sein,
Die Fahne schwarz-weißrot!“

Daß der Schutz auf Erzberger nicht nur diesen selber, sondern weit darüber hinaus alle treffen sollte, die das gegenwärtige Regierungssystem repräsentieren und vertreten, ist ganz klar. Das wurde auch bei den verschiedenen „Tubelfelern“ deutlich ausgesprochen. Daraus entnehmen man, daß der gegen Erzberger gerichtete Revolver im Grunde gegen die Regierung Wirth zielt.“

Eine dunkle Sprengstoff-Affäre.

MTB. verbreitet folgende Meldung aus Hamburg: Kriminalbeamte nahmen drei junge Burschen fest, die in Paketen 28 1/2 Kilogramm Dynamit bei sich trugen, außerdem noch drei Helfershelfer, die mit dem Transport in Verbindung standen. In der Wohnung der Verhafteten wurden später noch 10 Kilo Sprengstoff und 300 Sprengkapseln beschlagnahmt. Die drei Täter brachten den Sprengstoff von Arnberg in Westfalen herher. Dort sind sie die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei mittelst, noch weitere Helfershelfer verhaftet worden, bei denen 10 Kilogramm Sprengstoff und 100 Sprengkapseln gefunden wurden, die vermutlich in einer Zehle gestohlen wurden. Die Festgenommenen wollten nicht gestehen, daß es sich um gefährliche Sprengstoffe handelte, teils verweigern sie der Polizeibehörde gegenüber die Aussage.

Die reaktionären Hamburger Nachrichten „erfahren“ dazu noch, daß aus „aufgefundenen vertraulichen Berichten von linksradikaler Seite“ hervorgehe, daß der „Sprengstoff zu Sabotageakten“ verwandt werden sollte. Das ganze sieht wieder einmal recht verdächtig nach Spionage aus.

Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Arbeitern und Stahlhelmlenten.

Braunschweig, 7. September. Anlässlich einer Arbeiterdemonstration kam es in Helmstedt zu einem Zusammenstoß zwischen Stahlhelmlenten und Demonstranten. Die Stahlhelmlenten wurden zum Verlassen ihres Versammlungsorts gezwungen. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Arbeiter durch Messerstiche verletzt. Nach Festnahme einiger Stahlhelmlenten, die sich zur Wehr gesetzt hatten, zerstreuten sich die beiden feindlichen Parteien.

Spuren der Mörder Erzbergers?

III. Karlsruhe, 7. September. In der Morfsache Erzberger wurde der Behörde mitgeteilt: Im Personenzug Waden-Freiburg wurden am 20. August zwei junge Leute beobachtet, deren Beschreibung mit den von der Staatsanwaltschaft in Offenbach gemachten Angaben übereinstimmt. Die beiden legten unklarer Benehmen am Tag, besonders fiel der jüngere von ihnen dadurch auf. Den Schnellzug nach Berlin suchten sie mit einiger Behut. Wie sie denn auch ihrer Ausprache nach Berliner zu sein schienen. Sie stiegen in Freiburg aus, hatten kein Proviant und waren ortsunkundig, da sie eine Landkarte benutzten. Ihrem Aussehen nach hatten sie mehrere Tage im Freien genächtigt. Sie trugen miteinander nur wenige Sätze. So sagte der eine: Vah Berlin sein. In Freiburg studierten sie den Fahrplan der Züge nach Basel.

Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft.

Die Pressestelle des Reichsernährungsministeriums teilt mit: Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt die erwartete Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker der neuen Ernte. Für Zucker alter Ernte (1920) bleiben noch einige Vorschriften der Zuckerverordnung als Uebergangsbestimmungen bestehen. Namentlich wird die Uebernahme der am 30. September 1921 in den Zuckerfabriken noch vorhandenen Bestände an Rohzucker und Zwischenerzeugnissen aus der früheren Ernte geregelt. Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft werden auch die Bestimmungen über Runkelrüben zum 1. Oktober 1921 und die Verordnung über den Verkehr mit Süßholzwurden zum 15. Oktober 1921 aufgehoben. Die Reichszuckerstelle, die Landesvermittlungsstellen und die Zuckerzuteilungsstelle für das deutsche Süßholzwurden in Würzburg bleiben bis zur Abwicklung ihrer Geschäfte noch bestehen. Die Einfuhr und Ausfuhr von Zucker bleibt verboten. Wegen des Rückgangs der Zuckerproduktion wird eine bedeutende Steigerung der Preise für Zucker die nächste Folge der freien Wirtschaft sein. Werden dann noch die Steuerpläne der Reichsregierung durchgeführt, nach denen jedes Pfund Zucker mit einer Steuer von 50 Pf. belastet wird, dann wird der Zuckerpreis eine Höhe erreichen, der es der Masse der Besitzlosen gänzlich unmöglich macht, noch Zucker zu kaufen.

Der Maulkorb für den Schwäger von Doorn.

Der Chicago Tribune wird aus Berlin berichtet, daß die holländische Regierung dem Doorn-Wilhelm mitgeteilt habe sie werde ihm nicht länger erlauben, direkt mit seinen Anhängern in Deutschland zu verkehren. Alle telephonischen und telegraphischen Nachrichten würden von jetzt an zensuriert werden. Diese Ueberwachung genügt natürlich nicht, um die verschwörerischen Treiben des Aussteifers zu unterbinden; es müßte auch eine strenge Ueberwachung des Personenverkehrs stattfinden. Bekanntlich ist der Pendelverkehr zwischen Doorn und Deutschland sehr stark, so daß die Entente seinerzeit schon einmal bei der holländischen Regierung vorstellig wurde. Die holländische Regierung hat nach einer TU-Meldung der englischen offiziell mitgeteilt, daß die Ueberwachung Wilhelms verschärft worden sei.

Die holländische Bevölkerung begnügt sich indes mit der Versicherung ihrer Regierung nicht; wenigstens wird berichtet, daß sie Intarpektiert werden soll über die Vorkämpfer Wilhelms an seine Anhänger.

Paul Reishaus gestorben.

Esfurt, 6. September. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Reishaus, Vertreter des Wahlkreises 13, ist gestern morgen in Schwarzbura, wo er zur Erholung weilte, infolge eines Gehirnschlags verstorben. Paul Reishaus ist einer der Ältesten. Um die Entwicklung insbesondere der Thüringer Arbeiterbewegung hat er sich große Verdienste erworben. Reishaus, der am 29. September 1855 geboren wurde, war von 1874 an Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Unter dem Sozialistengesetz wurde er aus Berlin ausgewiesen. Auch gewerkschaftlich hat er sich betätigt. Unter dem Sozialistengesetz war er Mitbegründer des Schneiderverbandes und von 1888 bis 1892 Geschäftsführer der Organisation. Dem Reichstage gehörte er mit Ausnahme der Zeit von 1907-1912 seit 1893 an. Namentlich Reishaus war der Stütze der Sozialdemokratie zu den Gegnern der Kreditbewilligung gehörte. So konnte er sich doch bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft nicht entschließen, ihr beizutreten. Er blieb in der alten Partei. Namentlich er in den letzten Jahren politisch nicht mehr hervorgetreten ist, in den Reihen der Thüringer Arbeiterpartei auch unterer Partei hat er großes Ansehen genossen. Seine Nachfolgerin im Reichstage ist die Glutarbeiterin Wilhelmine Eichler aus Ellenbera in Altenbura.

Völkerrundrat und Oberschlesien.

London, 6. September. Der Berichterstatter der Westminster Gazette meldet, die vom Völkerrundrat mit der Ministerkation über die oberschlesische Frage betrauten vier Mitglieder würden wahrscheinlich ihren Bericht bis zum 10. September fertig haben. Es könne schon jetzt zuverlässig erklärt werden, daß der Völkerrundrat in der oberschlesischen Frage eine Entscheidung treffen werde, die weder in Uebereinstimmung mit den britischen Vorschlägen noch mit den französischen sei, und daß er ganz unabhängig vorgehen werde. Die Entscheidung des Rates solle nach dem Berichterstatter sowohl Polen wie auch Deutschland und vor allem der oberschlesischen Bevölkerung Befriedigung gewähren.

III. Weuthen, 6. September. Infolge der mit äußerster Schärfe vorgehenden Streifen der englischen Soldaten durch den Landkreis Weuthen, die meist im Lastkraftwagen stattfinden, ist hier eine merkwürdige Verhinderung eingetreten. Die Engländer haben mit dem Eintritt der Dunkelheit eine genaue Kontrolle in den Straßen der Stadt eingerichtet, um auf Gefährden zu fahnden. Die Sicherheit in der Stadt hat sich wesentlich verbessert, jedoch frecht die Aufhebung des Belagerungszustandes für den Kreis Weuthen noch nicht in Aussicht. In der Sonntagnacht hat eine englische Streife einen guten Fang gemacht. Der frühere Bataillonkommandant in der Infanteriearmee und jetzige Hauptmann Rintag wurde im Walde verhaftet und gefesselt ins Weuthener Gefängnis abgeführt. Rintag hauste mit einer 50köpfigen Bande im Stahlfeld bei Dornbura und machte die ganze Gegend unsicher.

In Sobrawnik (Kreis Weuthen) wurde in einer Kneipe ein großer Waffenfund gemacht. Englische Soldaten fanden nach tagelangem Suchen 1300 Seitengewehre, 100 Infanteriegewehre, 50 000 Schuß Infanteriemunition, 3 Riflen Handgranaten. Der Wächter der Kneipe, ein aktiver Nationalpol, ist flüchtig.

Nach einer weiteren Meldung wurde von den Engländern im Kreis Kattowich, und zwar in Bolkow ein 2. Waffenlager der Polen entdeckt, und zwar enthielt es Gewehre, Maschinengewehre und 26 Kisten Munition.

Ankunft weiterer französischer Truppen in Oypeln.

Breslau, 7. September. (TU.) Dienstagmorgen trafen neue französische Truppen in Oypeln ein, und zwar ein Infanterie-Bataillon mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Bagage. Am Nachmittag folgte noch ein Infanterie-Bataillon und eine Kraftwagenabteilung.

Frankreich gegen die Beschlüsse der Finanzkonferenz.

Genf, 7. September. (TU.) Am Dienstag haben die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung, Belgien und England wegen der Uänderung der Abmachungen der Finanzkonferenz vom 13. August begonnen. Briand betonte in einer Erklärung, daß Frankreich nicht die Absicht habe, das belgische Prioritätsrecht zu verletzen; es könne aber nicht zugeben, daß England von der ersten deutschen Goldmilliarde 450 Millionen zur Deckung seiner Belagerungskosten erhalte. Der englische Schatzminister Sir Robert Horne teilte der französischen Regierung mit, daß er den französischen Finanzminister Doumer am Freitag nachmittag im englischen Finanzministerium empfangen werde.

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Temps vertritt aufs neue die Weigerung Frankreichs, das Finanzabkommen vom 13. August anzuerkennen. Wenn man sicher wäre, heißt es in dem Artikel, daß Deutschland die in dem Londoner Abkommen festgesetzten Summen pünktlich zahlen würde, so hätte das Abkommen vom 13. August lediglich die Wirkung, daß England vor Frankreich und selbst vor Belgien besiedigt wäre. Falls aber Deutschland die Erfüllung der Londoner Bedingungen überhaupt einstelle, so wäre England bezahlt, ohne daß Frankreich und Belgien etwas erhalten. Der Temps stellt fest, daß die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit erst nach der Finanzkonferenz ausgetauscht sei, so daß sie auf dieser Konferenz selbst nicht mehr hätte in Betracht gezogen werden können. Für die neuen Verhandlungen sei es unbedingt notwendig, die Frage offen und frei aufzuwerfen. Frankreich sieht sich bekanntlich dadurch benachteiligt, daß ihm nach den Beschlüssen der Finanzkonferenz zunächst die Werte der Saargruben und der Sachleistungen Deutschlands angerechnet werden sollen.

London, 6. September. Der Brüsseler Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, die belgische Regierung werde sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, das Pariser Abkommen vom 13. August in irgendeiner Weise abzuändern, die das Recht Belgiens auf Priorität bezüglich der Reparationen beeinträchtigt. Die belgische Regierung habe formelle Versicherungen vom Quai d'Orsay erhalten, daß Irland den Wunsch habe, die Priorität Belgiens möge gewahrt werden.

Die Allierten und der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

Paris, 6. September. Wie der Zitausigeant mittelst, ist gestern am Quai d'Orsay eine Note der Vereinigten Staaten eingegangen, in der mitgeteilt wird, die amerikanische Regierung würde es mit Genugtuung sehen, wenn die alliierten Mächte schriftlich und in möglichst kurzer Frist den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag anerkennen würden. Die Note wird am Quai d'Orsay mit größter Aufmerksamkeit und mit voller Freundschaft für Amerika geprüft werden.

Die tschechischen Sozialdemokraten zur Regierungs- und nationalen Frage.

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Unter der Führung des tschecho-slowakischen Gesandten in Berlin hat nach dem Berliner Tageblatt die tschechische sozialistische Partei

gestern beschlossen, in die künftige Regierung einzutreten unter der Bedingung, daß die Lösung der nationalen Streitfragen nach den Grundfäden erfolgt, die seinerzeit Tufar als Kabinettschef aufgestellt hat. Tufar war zu nationalpolitischen Konzeptionen an die Deutschen bereit, wurde jedoch, bevor er an die Verwirklichung seiner Ideen schreiten konnte, von den nationalen Parteien gestürzt.

Parteilag der schweizerischen Sozialdemokratie.

Der Parteilag der schweizerischen Sozialdemokratie, der am 3. und 4. September in Luzern tagte, war von 355 Delegierten besucht, eine Zahl, wie sie kein früherer Parteilag aufweisen konnte. Die Verhandlungen, denen Genosse Fritz Koller als Vertreter der Internationalen Arbeiter-Gemeinschaft Sozialistischer Parteien und Genosse Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin als Vertreter der USPD bewohnten, waren von einem außerordentlichen Geist getrieben. Wir werden über sie noch im einzelnen berichten. Mit 255 neuen 13 Stimmen wurde der Anstoß der schweizerischen Sozialdemokratie an die internationale Arbeitergemeinschaft beschlossen. Die wesentlichen Kräfte der Anschließungsaktion machten in ihren Ausführungen hauptsächlich die Bedenken geltend, ob nicht zu weit rechts stehende Elemente in der Arbeitergemeinschaft Aufnahme finden oder daß die Arbeitergemeinschaft moralischerweise doch nicht revolutionär genug sei. Beiden Bedenken wurde als grundlos entgegengetreten.

Vor neuen Verhandlungen mit Irland.

London, 6. September. Wie Reuters aus Dublin meldet, wird dort die Lage zwar noch als kritisch angesehen; indessen verstärkt sich der Glaube, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen werden, und daß das britische Kabinet die Bevölkerung der Sinnfeiner zu einer weiteren Konferenz einladen wird. Es wird als außerordentlich unwahrscheinlich angesehen, daß Lord George bereit ist, die Verantwortung für einen Bruch des Waffenstillstandes zu übernehmen. Verantwortliche Kreise lehnen die Annahme ab, daß nicht eine ehrenvolle Regelung gefunden werden könne.

London, 7. September. (TU.) Daily Express meldet aus Dublin: In Sinnfeinerkreisen erklärt man, daß die Väter offenbar nicht den niederdrückenden Eindruck beibehalten haben, den sein Schreiben in England hervorgerufen hat. Das Blatt geht weiter, daß die englische Regierung die Verhandlungen nicht abbrechen werde, aber den Sinnfeinern darlegen werde, daß ein Frieden mit Irland auf Grund einer Trennung nicht zu erreichen ist.

Ein englisches Ultimatum?

London, 7. September. In politischen Kreisen von London erwartet man, daß nach dem am Dienstag stattgefundenen Beratungen den Sinnfeinern eine Frist gesetzt wird, um die von England gestellten Bedingungen anzunehmen.

Paris, 6. September. Nach einer Mitteilung aus London hatte Lord George gestern mit dem Befehlshaber von Irland und dem Oberkommandanten der irischen Truppen eine Besprechung.

Demonstrationen der spanischen Arbeiter gegen den Marokkfeldzug.

Madrid, 6. September. (TU.) Gegen die von dem Dena-Korrespondenten gestern gemeldete Einberufung des Jahrganges 1920 veranstaltete die Arbeiterpartei in Madrid und Barcelona lebhafte Protestkundgebungen. Sie forderte unter Drohungen die Einstellung des Marokko-Feldzuges.

Paris, 7. September. (TU.) Der Korrespondent der Times in Tanger bestätigt, daß die Unruhen im Westen Marokkos zunehmen. Eingeborene Truppenabteilungen greifen dauernd die spanischen Truppen und Verbindungsstellen in der Umgebung von Sjesuan an. In Larraich treffen täglich neue spanische Truppenverstärkungen ein.

Weitere Erhöhung des Preises für Zeitungspapier.

Nach einer Meldung aus Berlin führten die Verhandlungen zwischen den Verbänden der Zeitungsoverleger und der Zeitungsdrukpapierfabriken zu dem Ergebnis, daß der Papierpreis für Zeitungsdrukpapier für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember dieses Jahres um 17.50 Mt. für 100 Kilogramm Rollenpapier, also auf durchschnittlich rund 348 Mt. erhöht wird.

Von Nah und Fern.

Mitalküster Ueberfall.

Mainz, 7. September. (TU.) Auf die Bahnpost des Saarländers Hagen wurde zwischen Gensingen und Haidersheim durch unbekannte Räuber ein Ueberfall verübt. Der Postbeamte wurde beschossen. Als der Zug durch die Notbremse zum Stehen gebracht wurde, sprangen die Täter ab und entliefen. Der Raubüberfall war also mißglückt. Verletzt wurde niemand.

Entgleisung eines Straßenbahnwagens.

Sattingen, 7. September. (TU.) Auf der Landstraße Sattingen-Niederhof entgleiste ein Zug der Straßbahn und fuhr quer über die Straße einer gährenden Schlucht zu. Von einer Brücke festgehalten, blieb der Zug über der Fels hängen. Die zahlreichen Mitfahrenden, meist Arbeiter, konnten ungefährdet den Wagen verlassen.

Liebestragdie.

Worms, 7. September. In Wöllinghausen bei Worms erwiderte der Bergmann Linnemann seine Frau und verteilte sich sehr schwer. Der Bergmann Karba, der mit Frau Linnemann ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, schloß sich eine Kugel in den Kopf. Beide wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Abtuz eines französischen Flugzeuges.

De Bourget, 6. September. Heute abend ist ein Flugzeug der Linie Paris-Strasbourg abgestürzt. Die vier Insassen wurden getötet; der Führer wurde schwer verletzt ins Hospital gebracht, wo er beim Eintreffen verstarb.

Explosion in einem amerikanischen Arsenal.

Paris, 5. September. Chicago Tribune meldet aus Baltimore die Explosion des Edgewood-Arsenals, das unter anderem 100 000 Granaten und große Menge phosphorhaltigen Materials enthält.

Autounfall eines Völkerrundratsdelegierten.

Paris, 5. September. Das Auto des tschechischen Delegierten beim Völkerrundrat, General Liang-Schang-Tsong, ist gestern in der Nähe von Paris mit einem Lastwagen zusammengefahren; der General wurde leicht verletzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freitag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Piller, Borsdorf/Leipzig.

Druck u. Verlag Leipzig: Buchdruckerei „Allgemeine Anzeiger“.

Jede Dame liebt
rosiges, jugendliches, Anlitz u. blendend schön. Teint. Alles dies erzeugt G. C. 2/3
Pfeifenroter - Paife
die beste Lillensmilchschokolade von Bergmann & Co., Radebeul.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with weather data for Leipzig, including temperature extremes, wind direction, and precipitation for September 6-7, 1921.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. September.

Parteilangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion.

Heute, abends 6 Uhr, nach der Besichtigung, Sitzung im Hotel Viktoria.

Alt-Leipzig, Donnerstag, abends 1/2 9 Uhr, Vorstandssitzung im Volkshaus.

Alt-Leipzig, Kinder-Schutz-Kommission, Donnerstag, den 8. September, abends 8 Uhr, Sitzung im Volkshaus.

Ortsverein L.-Okt., Donnerstag, den 8. September, abends 1/2 8 Uhr, Diskussionsabend in der Katalienburg.

L.-Okt., Agitationskommission, heute Mittwoch, den 7. September, abends 1/2 8 Uhr, Sitzung im Bibliothekszimmer.

L.-Okt., Genossinnen! Die Besichtigung vom Wasserwerk findet Donnerstag, den 8. September, nachmittags 3 Uhr statt.

Schneefeld, Unsere Kinderspiele finden vorläufig noch jeden Freitag von 8 Uhr ab bis zur Dunkelheit in der alten Schule statt und bitten um lebhafteste Beteiligung.

Ortsverein L.-Plagwitz-Lindenuh Die Kinderspiele finden jetzt freitags im Briesenbad und Montags im Naturheilverein III von 3-5 Uhr nachmittags statt.

Welterinnen der Kinderspiele treffen sich Donnerstag, den 8. September, abends 1/2 8 Uhr, Jugendheim, Braustraße 17.

Betriebsräte, Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr, im Viktoria-Hotel (Kleines Restaurationszimmer), Ged. Verstr. 1.

Gruppenrat 8, Graphische Industrie, Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 101.

Mieterningungsamtsbeisitzer (Stadt und Amtshauptmannschaft), Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 101.

Mieterningungsamtsbeisitzer (Stadt und Amtshauptmannschaft), Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 101.

Mieterningungsamtsbeisitzer (Stadt und Amtshauptmannschaft), Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 101.

Am 13. November Stadtverordnetenwahlen!

Der Rat hat in seiner letzten Sitzung den Termin für die Stadtverordnetenwahlen auf den 13. November festgesetzt. Es trennen uns also nur noch 9 1/2 Wochen von der Wahl. In dieser kurzen Frist wird voraussichtlich ein scharfer Wahlkampf geführt werden. Die bürgerlichen Parteien werden alle Kräfte einsetzen, um die sozialistische Mehrheit im Stadtparlament zu Falle zu bringen. Es waren ja gerade die deutschnationalen Vertreter aus Leipzig, die im Frühjahr dieses Jahres im Landtage von der Regierung eine Gesetzesvorlage verlangten, nach der den Gemeinden, die in den Jahren 1920 oder 1921 keine Gemeinderatswahlen vorgenommen haben, Neuwahlen vorgeschrieben werden sollten. Die Regierung erklärte damals, die Forderung werde in Verbindung mit der Gemeindeverfassungsreform ihre Erledigung finden, wobei die Forderung bestand, daß die Reform bis zum Herbst dieses Jahres abgeschlossen sein werde. Als sich herausstellte, daß die Gemeindeverfassungsreform in diesem Zeitraum nicht zustande kam, wurde im Landtage ein Antrag angenommen, der die Neuwahlen nach den deutschnationalen Forderungen vorschreibt. Damit haben die bürgerlichen Parteien ihren Willen, ob sich aber ihre Hoffnungen erfüllen, steht auf einem andern Blatt. Die politische Situation ist in den letzten Monaten und Wochen für die reaktionären Parteien nicht so günstig geblieben, wie sie in der Zeit lag, als diese Parteien auf Neuwahlen drängten. Das immer freudiger Auftreten der Reaktion hat seine Folgen auf die Arbeitermassen gezeitigt. Vielen, die in jenen Tagen gleichgültig dem reaktionären Treiben zusahen, sind inzwischen die Augen geöffnet. Sowohl das dreiste Auftreten der monarchistischen Reaktion, der Rappisten und der Ordeghmänner, als auch der unerhörte Brotwucher, die Verteuerung aller übrigen Lebensmittel, der Steuerrückzug auf die Taschen der Besitzlosen, der Widerstand der Unternehmer gegen die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter und vieles andre haben dazu beigetragen, den Arbeitern, Angestellten und Beamten und den sogenannten kleinen Leuten das gefährliche Treiben der kapitalistischen Ausbeuter klar erkennen zu lassen und den Willen zur Abwehr der reaktionären Vorhölle zu fördern. Das blutige Mordsystem dem im Juni unser Parteigenosse Gareis und im August der Zentrumsmann Erzberger zum Opfer fielen, hat die Arbeiterklasse zur Einheitsfront im Kampfe gegen die Reaktion gezwungen. Dabei hat die Arbeiterklasse erkennen gelernt, daß der Feind rechts steht, daß es alle Kräfte zusammenzufassen gilt, um den reaktionären Ansturm zu brechen.

Wenn also damals die Deutschnationalen sich mit der Hoffnung trugen, der sozialdemokratischen Bevölkerung bei Gemeinderatswahlen Niederlagen beibringen zu können, so dürfte schon die allgemeine politische Lage von heute jene Hoffnungen zunichte machen lassen. Es kommt aber bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl nicht nur darauf an, die Hoffnungen der Reaktion auf den Sturz der sozialistischen Mehrheit im Leipziger Stadtparlament zu vernichten. Vielmehr muß unser Ziel sein, der bürgerlichen Reaktion eine schwere Niederlage beizubringen. Die Wahl muß zur Abrechnung mit dem arbeitersyndikalischen Verhalten der bürgerlichen Vertreter werden. Die Politik der Deutschnationalen bis zu den Demotrafen, einschließlich der Vertreter der Hirsch-Dunderschen und der Privatangestellten, war im Stadtparlament, namentlich in letzter Zeit, nichts anderes als die Vertretung der nackten Kapitalinteressen. Dadurch haben diese Stadtverordneten die Interessen ihrer Wähler

gründlich verletzt. Diese Tatsachen gilt es im Wahlkampfe den Wählern jener Stadtverordneten zu zeigen.

Die Interessen der erdrückenden Mehrheit der Leipziger Bevölkerung fallen zusammen mit den Interessen der Arbeitermassen. Die U.S.P. war es, die diese Interessen stets rücksichtslos vertreten hat. Sie ist es, die den Wahlkampf mit reinem Schilde als Vertreterin der gesamten werktätigen Bevölkerung führen kann und führen wird!

Die nächsten Tage dürften uns den Aufmarsch der Parteien zum Wahlkampf bringen. Im Stadtparlament hat sich in letzter Zeit schon immer deutlicher gezeigt, daß die Führung der gesamten bürgerlichen Vertretung, einschließlich der sogenannten Arbeitervertreter, bei den Deutschnationalen lag. Es ist also eine gemeinsame bürgerliche Kampfesfront gegen die sozialistische Arbeiterklasse zu erwarten! Freuen wir uns dessen, das schafft Klarheit und erleichtert den Kampf und den Sieg! Bei der sozialistischen Arbeiterklasse liegt es, ob es gelingt, am 13. November das sozialistische Banner über Leipzig zu hissen!

An unsre Parteigenossen und vor allem auch an unsre Genossinnen werden bis zur Stadtverordnetenwahl erhöhte Anforderungen gestellt. Es gilt aufzuklären, es gilt zu sammeln, es gilt für die Partei zu werben, es gilt Wahlarbeit zu leisten! Wenn jede Genossin und jeder Genosse eifrig mitarbeitet, dann wird der 13. November ein Siegestag der U.S.P.! Auf, an die Arbeit!

Zweieinhalb Jahre Stadtverordnertätigkeit der U.S.P. in Leipzig.

Unter diesem Titel ist soeben im Verlag der Leipziger Buchdruckerei A. G. eine 122 Seiten starke Broschüre erschienen, in der über die Tätigkeit der U.S.P. im Leipziger Stadtparlament berichtet wird. Die Broschüre ist vom Genossen Liebmann bearbeitet. Im Vorwort sagt der Verfasser:

Die vorliegende Arbeit will eine Materialsammlung über die Tätigkeit der U.S.P. im Leipziger Stadtparlament sein. Die zweieinhalb Jahre, die seit dem Zusammentritt des Leipziger Stadtverordnetenkollegiums nach den Neuwahlen im Januar 1919 vergangen sind, haben eine ungeheure Fülle von Arbeit gebracht, so daß es hier gar nicht möglich war, alle wichtigen Gegenstände, mit denen sich die Stadtverordneten beschäftigt haben, eingehend zu behandeln. Die Arbeit mußte sich schon aus Rücksicht auf den Raum auf das Notwendigste beschränken. Am Schluß der Arbeit sind einige Berichte aus den wichtigsten Tätigkeitsgebieten eingefügt, die von Beauftragten der betreffenden Stadtverordnetenausschüßmitglieder bearbeitet worden sind. Auch diese Berichte wollen einen Überblick über die U.S.P.-Tätigkeit im Stadtparlament geben, sie zeigen aber auch zugleich, welche Nebenarbeit auf diesen Gebieten noch zu leisten ist.

Als Materialsammlung kann die Arbeit nicht den Anspruch erheben, ein Lehrbuch der Kommunalpolitik zu sein, aber sie kann besser als alle theoretischen Einzelabhandlungen zeigen, welche Ziele die U.S.P. bei der praktischen Anwendung ihrer Grundsätze in der Kommunalpolitik verfolgt.

Die Arbeit wird unsern Genossen bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl sehr nützliche Dienste leisten können, sie behält aber auch darüber hinaus ihren Wert. Da die Gemeindepolitik für die Arbeiterklasse im steigenden Maße an Bedeutung gewinnt, so wird der Bericht über die Tätigkeit der starken Leipziger U.S.P.-Fraktion auch anderwärts Aufmerksamkeit finden, zumal es bisher an einer Zusammenfassung der praktischen Anwendung der unabhängigen Grundsätze in der Gemeindepolitik fehlte. Aus diesem Grunde dürften sich vor allem die unabhängigen Gemeindevertreter für diese Arbeit interessieren. Die Broschüre kostet 3 Mk. Bestellungen nimmt unsre Parteiluchhandlung entgegen.

Zur Frage der Ortsklasseneinteilung.

Von Amtshauptmann Rysse, Leipzig. Die Landkarte von Leipzig und Umgebung, farblich die verschiedenen Ortsklassen der Beamtenbesoldung darstellend, übertrifft an Buntschönheit noch die Bilder der diesjährigen Messe-Ausstellung.

Es eigentlich ganz Sachsen als ein einheitliches Teuerungsgebiet anzusehen. So fehlt vollends für die Großstadt Leipzig und die angrenzenden Vororte jeder Grund zur unterschiedlichen Behandlung in der Einstufung. Die Teuerungszahlen verschiedener Lebensmittel sind oft in den umliegenden Landorten höher als in der Stadt selbst. Trotzdem rangieren die Leipzig benachbarten Ortsklassen in bunter Folge von A-C. Das herrlichste Durch-einander bildet Lindenhal, dessen Beamte nach Klasse C Haus an Haus, ja sogar auf gleichem Flur mit Beamten von Wahren nach Klasse A und Bohnern der Eisenbahnerhebung nach Klasse A einträchtig beieinander wohnen. Alle sophistische Spitzfindigkeit hat bisher den Grund für die verschiedene Bezahlung der unter gleichen Verhältnissen lebenden Beamten nicht ausfindig machen können.

Das tollste Stück „ausgleichender Gerechtigkeit“ ist aber die Rückverlegung der Leipziger Stadtteile Südteritz und Dölitz aus Klasse A in B. Meine Feststellung in der Beamtenveranlassung, die am 26. Juni im Zoo lagte, daß die beiden Ortsteile in dem Verzeichnis der B-Orte fehlen und nur durch ungenügende Vorkarbeit des sächsischen Landesamts nachträglich als in die B-Klasse gehörend bezeichnet wurden, hat in Dresden arg verächnelt. Das Personalamt vom Ministerium des Innern, gezeichnet Schmidt, beställigte mir mit Schreiben vom 4. Juli, daß die beiden seit zwölf Jahren einverleibten Orte nicht besonders aufgeführt worden sind, da sie mit Leipzig zur Klasse A gehören. Auf telegraphische Anfrage des statistischen Reichsamts sei dies am gleichen Tage telegraphisch nochmals bekräftigt worden. Daß die Reichstagsvorlage vom 25. April die zwei Ortsteile in Klasse B einreibe, sei nicht Verschulden der sächsischen Regierung. Eine Berichtigung in der Leipziger Volkszeitung sei erwünscht.

Da mir die Vertreter der Reichsregierung vorher eine entgegengelegte Auskunft gegeben hatten, eruchte ich durch Schreiben vom 6. Juli das Finanzministerium Berlin, den Widerspruch aufzuklären, insofern die Schuld dem statistischen Reichsamts zu und ersuchte um alsbaldige Beteiligung des Reichens im Interesse der leidtragenden Beamten.

Die Antwort vom 20. Juli geht auf die Streitfrage gar nicht ein, sondern stellt fest: „... daß nach den hier vorliegenden Unterlagen Leipzig-Dölitz und Leipzig-Südteritz in dem früheren Ortsklassenverzeichnis zur Ortsklasse D gehörten. Es kann dahingestellt bleiben, ob hier ein Versehen vorgelegen hat, jedenfalls kann ich zu meinem Bedauern an dem gegenwärtig gesetzlich festgelegten Zustand, nach welchem sich Dölitz und Südteritz in der Ortsklasse B befinden, aus grundsätzlichen Erwägungen nichts ändern.“

Das vorläufige Ortsklassenverzeichnis enthält eine Reihe von Unebenheiten, die erst durch das endgültige Gesetz ausgeglichen werden können.

Hier wird indirekt die Schuld des Reichsamts anerkannt. Der Hinweis auf das seit zwölf Jahren veraltete Ortsklassenverzeichnis ist vollständig verfehlt, da ja das Reichsamts am 21.

April 1921 selbst noch in Dresden angefragt und am gleichen Tage Antwort erhalten hat.

Statt aber das Versehen einzusehen und den Fehler gutzumachen, will das Reichsfinanzministerium aus grundsätzlichen Erwägungen die betroffenen Beamten noch länger finanziell schädigen, denn daß das endgültige Gesetz bis 1. Oktober zustande kommt, ist ganz ausgeschlossen.

Inzwischen drückt die neue Teuerungswelle das Existenzniveau der Beamten noch weiter herab und die schon Gestraften werden durch die in Aussicht gestellte Prozentuale Erhöhung der Teuerungszulagen mit doppelten Ruten gepeitscht.

Der unsichere Trost auf spätere Ausgleichung nützt den zu Unrecht Geschädigten gar nichts. Hier gilt es, sofort Abhilfe zu schaffen.

Der 23. Ausschuh des Reichstags sollte im August zusammentreten, um die Differenzen zu klären und die vorläufige Ortsklassenvorlage nachzuprüfen. Bis jetzt hat man von besserer Tätigkeit noch nichts gehört.

Deshalb sei der Tatbestand der Deffenlichkeit übergeben, im Reichstag wird das Uebrige gesagt werden.

Verbandzung in den Straßenbahnwagen.

Man fröhelt uns: Einige Straßenbahnunfälle der letzten Zeit veranlassen mich, einmal anzufragen, warum die Straßenbahnwagen nicht mit Verbandzeug ausgerüstet sind. Es wäre wohl möglich, daß im Innern eines jeden Wagens einige Verbandpäckchen oder Schnellverbände untergebracht würden, oder daß das Personal damit ausgerüstet wird. Jetzt werden die Verletzten nach der nächsten Rettungswache verwiesen, und diese ist oftmals weit entfernt. Folgendes Beispiel: Eine Frau, welche von der Westseite des Hauptbahnhofes kommt, übersteht (abends) die Berchelsinsel, fällt, schlägt mit der linken Gesichtshälfte auf das Trittbrett des Straßenbahnwagens, den sie besteigen wollte. Eine stark blutende Wunde am linken Auge ist die Folge. Die Frau wurde nach der diesmal nahen Rettungswache des Hauptbahnhofes verwiesen. Da sich diese aber auf der Ostseite des Hauptbahnhofes befindet, mußte sie trotzdem noch einige hundert Meter laufen. Wäre Verbandzeug im Wagen gewesen, hätte der erste Notverband sofort gemacht werden können. Dadurch würden viele vor einem starken Blutverlust oder einer Verschmutzung der Wunde bewahrt. Auch müßte für das Personal, welches doch ständig in Gefahr ist, verkehrt zu werden, eine derartige Einrichtung besteuert, wie in jedem andern Betriebe. Dies für das Personal in die Wege zu leiten, wäre Aufgabe des Betriebsrats der Straßenbahn. Auch müßte genügend Personen in der ersten Hilfe bei Unfallsfällen ausgebildet werden. Bei den jetzt bestehenden oft zu weiten Entfernungen der Rettungswachen, sowie bei den schlechten Transportverhältnissen (wie in der Leipziger Volkszeitung dieser Tage stand, ist nur ein betriebsfähiges Auto vorhanden) ist eine derartige Einrichtung direkt notwendig.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Höhere Löhne für die sächsischen Arbeiter. Es wurde beschlossen, die Löhne der Arbeiter der Großen Leipziger Straßenbahn ebenso wie die der übrigen sächsischen Arbeiter um 1 Mark für die Stunde zu erhöhen, und zwar zunächst vom 1. September ab. Entschließung darüber, ob diese Erhöhung schon vom 1. August ab eintreten soll, bleibt vorbehalten. Die Mehrausgaben betragen auf ein Jahr berechnet 10 Millionen Mark.

Am 13. November Stadtverordnetenwahlen. Als Wahltag für die Stadtverordnetenwahlen wurde Sonntag, der 13. November d. J., festgesetzt.

Vorschläge zur Beschaffung von Kohlen und Kartoffeln. Den verheirateten und einen eigenen Hausstand führenden Beamten, Angestellten, Hilfsangestellten und Arbeitern sollen zur Beschaffung von Wintervorräten an Kohlen und Kartoffeln auf Wunsch Vorschüsse von je 1000 Mark gewährt werden mit der Maßgabe, daß diese Vorschüsse in sechs Monaten vom Oktober an getilgt werden und daß anschließend etwa eintretender Gehalts- und Lohnsteigerungen zu bewirkende Nachzahlungen auf diese Vorschüsse verrechnet werden.

Gaswerk I. Zur Aufstellung einer mit Generatorabgasen geheizten Dampffesselanlage im Gaswerk I wurde ein Rechnungsbetrag von 1 Million Mark bewilligt.

Die Gewährung eines sächsischen Zuschusses von jährlich 30 000 Mark an den Verein zur Förderung der deutschen Zentralbibliothek für Blinde wurde unter der Voraussetzung beschlossen, daß auch Reich und Staat ihrerseits je 30 000 Mark jährliche Beihilfe leisten. Ferner wurden 60 000 Mark für das Leipziger Heim für gebrechliche Kinder als anteiliger Beitrag zur Deckung des Fehlbetrages 1920 bewilligt.

Die positive Mitarbeit der Elternräte. Uns ist von Herrn Landgraf folgende Verteidigung zugegangen: Nummer 100 der L. Z. vom 16. August 1921 befaßt sich in einem Artikel „Die positive Mitarbeit der christlichen Elternräte“ auch mit meiner Tätigkeit als Vorsitzender des Elternrates der 49. Volksschule in Schleißig. In diesem heißt es unter anderem: „Der Elternrat der 49. Volksschule verfügt über einen ganz besonders famosen Vorsitzenden. Da dieser Herr sich weigerte, eine Elternversammlung zur Stellungnahme zum Reichsschulgesetz einzuberufen, unternahm dies die Lehrerschaft von sich aus... Die Elternschaft war mit Recht empört, daß sie Herrn Landgraf zwang, das angemachte Amt als Verammlungsleiter niederzulegen.“

Tatsache ist vielmehr, daß der Elternrat (bestehend aus 5 christlichen, 3 U.S.P. und 1 SPD-Mitgliedern) einstimmig den Beschluß gefaßt hatte, eine Elternversammlung einzuberufen, die sich mit dem Reichsschulgesetz befassen sollte. Diese Versammlung hat auch am 21. Juni stattgefunden. In ihr kam mir als dem Vorsitzenden des Elternrates nach den gesetzlichen Bestimmungen auch die Leitung zu. Redner des Abends war der vom Lehrerkollegium gestellte Herr Oberlehrer Knebel, ein Anhänger der weltlichen Schule. Weiter schreiben Sie: „Dreißt und frei eröffnete L. diese Versammlung und stellte vor sich aus den satfam bekannten Lehrer Grimm als Korreferenten auf.“ Tatsache ist, daß die christliche Mehrheit des Elternrates den Wunsch hegte, daß nach dem Referenten ein Redner ihrer Anschauung zu Wort kommen sollte. In längeren Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Lehrerrates und mir über den abzuhaltenden Elternabend wurde dieser Wunsch als berechtigt anerkannt und ein zweiter Redner zugeordnet. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung am Elternabend gestrichelt plötzlich der Vorsitzende des Lehrerrates diese Vereinbarung, obgleich noch vor Beginn der Versammlung zwischen diesem Herrn und mir ein Gespräch in Gegenwart zweier christlicher Mitglieder des Elternrates stattgefunden hatte, bei dem diese die Tatsache jener Vereinbarung aus einer Neuherung des Lehrerrats-Vorsitzenden einwandsfrei feststellen konnten.

Ergebenst C. Landgraf. Dieser Erklärung gegenüber stellen wir fest, daß die betreffende Elternversammlung nicht vom Elternrat, sondern von der Lehrerschaft einzuberufen war. Herr L. wußte das auch, in der kurz nachher stattfindenden Elternratsitzung konnte er diese Tatsache nicht bestreiten, bestritt aber den Lehrern überhaupt das Recht, Elternversammlungen einzuberufen. Inzwischen wird er wohl durch die Verfügung des Ministeriums auch darüber eines besseren belehrt worden sein. Die Leitung der Elternversammlung stand ihm deshalb auch nicht zu. Im übrigen gibt er selber zu, daß die Lehrerschaft die von ihm behauptete Vereinbarung, das Korreferat bestritt, und daß die Versammlung selbst ihn zwang, abzutreten. Das genügt wohl?

Elternversammlung. 25. Volkshaus, Martinstraße 7. Freitag, den 9. September, 1/8 Uhr, Schulsaal: 1. Mutter und Schule, Frau von Koerber. 2. Proteste des christlichen Elternvereins. 3. Verschiedenes.

Vom Wettkongress zur Winkelfant. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes schreibt dem Telexdienst: Nach dem Zusammenbruch zahlreicher Wettkongresse besteht bei deren bisherigen Hauptvertretern anscheinend das Bestreben, zum Verfall des Bankiers- und Wertpapierhändlers umzuwappeln und die von ihnen in ihrer früheren Tätigkeit angewendeten Geschäftsmethoden auch auf das Gebiet des Effektenhandels zu übertragen. Es wurde bereits kürzlich auf ein Bankkommissionsgeschäft von Bernhard Deitmer, Dresden, hingewiesen, welches die finanzielle Leitung einer internationalen Montangesellschaft m. b. H. in Händen hat und gutgläubigen Einlegern eine Kapitalverdoppelung binnen 2 Monaten sowie die Abgabe von Montanteilen mit garantiert 50 Prozent Jahresdividende in Aussicht stellt. Es bestätigt sich, daß der Inhaber dieser Firma früher als Vertreter des Köhn-Kongresses tätig gewesen ist und in öffentlichen Anzeigen auf ein Stammkapital von fünf Millionen Mark hingewiesen hat, womit offenbar die Einlagen der Kunden des Köhn-Kongresses gemeint gewesen sind. Von dem Köhn-Kongress stammt augenscheinlich auch eine neugegründete zur Börse nicht zugelassene „Bankfirma“ Otto Hoffmann u. Co. zu Berlin, deren Hauptgeschäftsführung in den Händen eines Herrn Karl Heinz Gregersen liegt. Herr Gregersen war in Dresden und Breslau Generalvertreter des Köhn-Kongresses, dem er Betriebskapital insbesondere dadurch zu verschaffen suchte, daß er Kriegsanleihebesitzern eine vorläufige Verwaltung und Verwertung ihrer Kriegsanleihen anbot. Auf seinen Geschäftsbogen bezichnete er eine angelegene Bank, bei der er nie ein Konto hatte, als seine Geschäftsverbindung. Getreu diesen Ueberlieferungen verspricht die Firma Otto Hoffmann u. Co. ihren Einlegern bei einmonatiger Kündigung 3 Prozent pro Monat, bei dreimonatiger Kündigung 4 Prozent pro Monat, bei sechsmonatiger Kündigung 5 Prozent pro Monat; sie sucht im Inzessantenwege erfüllungsfähige Vertreter, welche mit ihr davon überzeugt sind, daß ein reelles Bankgeschäft eine monatliche Verzinsung in dieser Höhe bieten kann, wenn es will.

Arbeiterbildungs-Institut. Die Vorstellung Baumeler Sokolj heute abend im Alten Theater beginnt erst 1/8 Uhr. Die Anrechtstakt-Inhaber der außerordentlichen Serie (Veisrl Osten Nr. 21 000—22 500) können ihre Karten eine Stunde vor Beginn der Vorstellung im Hotel Vittoria, Restaurant, noch in Empfang nehmen.

Grundstücksverkäufe in Leipzig. Im August 1921 fanden 90 Verkäufe von bebauten Grundstücken (Kaufsumme 13 024 998 Mark) und sieben Verkäufe von unbebauten Grundstücken (Kaufsumme 205 325,20 Mk.) statt.

Neue Betriebsweise bei den Fernsprechaufnahmen. Die Gebühr für die Benutzung der öffentlichen Sprechstellen im Ortsverkehr, die vom 1. Oktober ab 50 Pf. beträgt, soll von da ab in Reichsmünze nicht mehr erhoben werden. Es werden Sprechmarken verkauft. Sie wiegen 3 Gramm. Zum Verkauf werden die neuen Sprechmarken in den letzten Septembertagen gestellt werden. Sie sind dann an den Posthalttern und bei den amtlichen Verkaufsstellen für Postwertzeichen zu haben.

Stadtkinder aufs Land. Die am 30. Juli d. J. von der Geschäftsstelle „Stadtkinder aufs Land“ nach Witz auf Rügen ausgesendeten Leipziger Kinder treffen am Freitag, dem 9. September, mittags 1,15 Uhr, von Meisa kommend im Leipziger Hauptbahnhof wieder ein.

Neue Beiträge für die Invalidenversicherung. Das Versicherungsamt schreibt uns: In der Invalidenversicherung gilt vom 1. Oktober 1921 ab folgende Klasseneinteilung:

| Klasse | ab 1000 Mk. | ab 2000 Mk. | ab 3000 Mk. | ab 4000 Mk. | ab 5000 Mk. | ab 6000 Mk. | ab 7000 Mk. | ab 8000 Mk. | ab 9000 Mk. | ab 10000 Mk. |
|--------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|--------------|
| A | 1000 | 1500 | 2000 | 2500 | 3000 | 3500 | 4000 | 4500 | 5000 | 5500 |
| B | 1500 | 2000 | 2500 | 3000 | 3500 | 4000 | 4500 | 5000 | 5500 | 6000 |
| C | 2000 | 2500 | 3000 | 3500 | 4000 | 4500 | 5000 | 5500 | 6000 | 6500 |
| D | 2500 | 3000 | 3500 | 4000 | 4500 | 5000 | 5500 | 6000 | 6500 | 7000 |
| E | 3000 | 3500 | 4000 | 4500 | 5000 | 5500 | 6000 | 6500 | 7000 | 7500 |
| F | 3500 | 4000 | 4500 | 5000 | 5500 | 6000 | 6500 | 7000 | 7500 | 8000 |
| G | 4000 | 4500 | 5000 | 5500 | 6000 | 6500 | 7000 | 7500 | 8000 | 8500 |
| H | 4500 | 5000 | 5500 | 6000 | 6500 | 7000 | 7500 | 8000 | 8500 | 9000 |

Eine Ausführungsverordnung vom Reichsarbeitsminister hierzu ist noch nicht eingegangen.

Verband der Lungen-Tuberkulose-Erkrankten. Freitag, den 9. September 1921, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus-Café die Mitgliederversammlung des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, Ortsgruppe Leipzig, statt. Auf der Tagesordnung: 1. Vortrag von Naturarzt Döring: Die Tuberkulose und ihre Heilung nach der Naturheilweise. 2. Unser Zusammenstoß mit Hamburg.

Naturkundliches Heimatmuseum, Tröndlingring 1 (Gewerbeausstellung). Freitag, abends 1/8 Uhr, erfolgt die zweite Führung zur Vorbereitung erdgeographischer Ausflüge in die Umgebung Leipzigs: Die Eiszeit und das norddeutsche Flachland (H. Döring). — Auf Wunsch veranstaltet Oberlehrer Kühner noch eine Sonntagvormittagsführung: Früchte und Samen der Bäume und Sträucher unserer Anlagen. Die Teilnehmer treffen sich Sonntag, 1/9 Uhr, Karl-Tauchnitz-Brücke.

Kohlenausgabe für Erwerbslose und Kurzarbeiter! Besteller in Besitze von Gutschein müssen die Briefe innerhalb 5 Tagen ab 7. September in der Zeit von 9—4 Uhr (Sonnabends von 9—2 Uhr) abholen und zwar Entrißlich, Freiladbahnhof Gleis 21 (Werner) Nr. 3001—3207 und Stötterig, Städtischer Lagerplatz (Dautelstraße) Nr. 4001—4188. Der Arbeitslosentat.

Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeempfänger.

Ausgabe von Hammelfleisch (gute Qualität), 4 Pfund 5,80 Mk., vom 1. bis 15. September täglich von 9 bis 3 Uhr im Schlachthof gegenüber dem Schauamt. Bitte passendes Geld und Einschlagpapier mitbringen.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 8. September.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Kohlenkarten für Haushalte mit Untermietern im Kohlenamt, Hartorfstraße 3, I. — Abteilung für Untermieter — von 1/8—1 Uhr: Buchstaben R des Vermieters.

Aus der Umgebung.

Schweres Straßenbahnunglück in Altscherbitz.

Am Montagmorgen ereignete sich in Altscherbitz auf der Nebenbahnlinie Leipzig—Schleuditz ein schweres Straßenbahnunglück. Der 3,10 nachmittags Altscherbitz verlassende Wagenzug der Nebenbahnlinie Schleuditz—Leipzig, bestehend aus Motor- und Anhängerwagen, hielt an der Haltestelle in Altscherbitz, um noch Fahrgäste in der Richtung Leipzig aufzunehmen. Einige Minuten später folgte in der gleichen Richtung ein Motorwagen, geführt von dem Schlosser Müller, mit dem sogenannten Turmwagen und Werkstättenpersonal, welches an der Oberleitung Reparaturen vornehmen wollte. Auf bisher noch nicht geklärte Weise fuhr der Werkstättenwagen auf den noch in Altscherbitz haltenden Wagenzug und verdrängte den hinteren Teil des zweiten Anhängerwagens vollständig. Durch den Zusammenstoß erlitt der Wagen bedenkliche Schädigung. R. Müller einen Bruch des linken Daumens, Bruch des rechten Unterarmes und kleinere Verletzungen. Für zwei auf dem hinteren Teil des Anhängers liegende Fahrgäste hatte der Zusammenstoß ebenfalls schwere Folgen. Ein Wägenmeister aus Merseburg erlitt durch das Einbrüchen der Sperrwand des Anhängers eine schwere Quetschung des linken Oberarmes und kleinere Hautabwühlungen, während der andere Fahrgast, ein Hamburger Herr, einen Bruch des linken Oberarmes und schwere innere

Verletzungen erlitt, die seine Ueberführung mittels Auto der Rettungsgesellschaft in eine Leipziger Klinik erforderlich machten; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Wie weiter bekannt wird, ist der am schwersten verletzte Fahrgast, der Reisende Bonhoff aus Hamburg, im Krankenhaus St. Jakob seinen Verletzungen erlegen. Bonhoff war in Schleuditz zu Besuch bei Verwandten gewesen und trat die Rückfahrt mit der Nebenbahn an, um in Leipzig den D-Zug nach Hamburg zu erreichen.

Sozialdemokratischer Volksverein u. S. P. Grimma-Dach.

Unterbezirk Beucha-Brandis.

In einer gutbesuchten Gemeindevorstandskonferenz in Beucha wurde Stellung zu den bevorstehenden Gemeindevahlen genommen und Richtlinien für deren Durchführung aufgestellt. An Stelle des verstorbenen Genossen Wendi wurde Genosse Gustav Thiemann (Raunhof) als Bezirksobmann, Genosse Wilsch, König als Stellvertreter gewählt. Für den insolge Bezugs aus dem Kreisvorstand ausgeschiedenen Genossen Schlegel wählte man den Genossen Martin Ruckdäschel (Brandis) als Ersatzmann in den Kreisvorstand. Die Ortsgruppenleitungen werden erucht, den Obmann Genossen Gustav Thiemann (Raunhof), Lange Straße 52, über alle wichtigen Vorkommnisse und Angelegenheiten ihrer Ortsgruppe auf dem Laufenden zu erhalten. Der Kreisvorstand.

Zweinaundorf. Aus dem Gemeinderat. Von der Amtshauptmannschaft sind genehmigt worden a) der Haushaltsplan 1921/22, b) der mit dem Rat der Stadt Leipzig abgeschlossene Wasserleitungsvertrag, c) der Verkauf des Grundstückes Nr. 128 und d) ein Antrag zur Geschäftsordnung des Gemeinderates, wonach diejenigen Zutritte zu den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates haben, die hier Grund und Boden besitzen. Der Gemeinderat ist vom 1. Januar 1921 an die Umschreibung übertragbar worden. Für das Streichen der Zifferblätter an der Kirche wurde ein entsprechender Beitrag bewilligt. Für ein Pflanzholz wurde eine Eiche von 50 Mk. pro Jahr festgesetzt. Die örtlichen Bekannmachungen sollen in Zukunft nur an den Ortsstellen angebracht werden. Die Ortslohnsätze wurden nach Klasse A festgesetzt. Der Gemeinderat ist mit der Bildung eines gemeinsamen Ausschusses für Erwerbslose einverstanden. Dem Fürsorgeausschuß soll in Zukunft ein Kriegsbeschädigter, der vom Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen vorgeschlagen wird, zugewiesen werden. Der Erweiterung des elektrischen Netzes und der Gasleitung nach dem Siedlungsgebiet wurde bedingungsweise zugestimmt. Den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft bezüglich Errichtung von nur Einfamilienhäusern auf den Grundstücken 70, 71 und 72 trat man nicht bei. Dem Weggang des Schreibers Strell, der vom Gemeinderat Grünwald erwählt worden ist, wurde zugestimmt. Die A-Straße bis zur Einmündung der C-Straße soll im Herbst ausgebaut werden. Hierauf fanden noch einige Fürsorge- und Veranlassungsbesprechungen ihre Erledigung. — Die Girokasse hatte im Monat August einen Kassenumsatz von 1 502 770,88 Mk.

Zweinaundorf. Am 7. September findet hier das Schulfest statt.

Beucha. Für die am 5. September ausgefallene Mitterberatungsfunde findet eine Beratungsfunde am Donnerstag, dem 15. September d. J. in Beucha statt. Näheres ist durch Aushang bekanntgemacht.

na. Taucha. Gemeindevorstand. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der Kommunist Angler den Antrag auf Gewährung einer Beihilfe an das notleidende Ruhland. Der Antrag wurde gegen einige bürgerliche Stimmen angenommen. Bei Festsetzung des Haushaltsplans waren von unserer Fraktion die Erhebungskosten der Kirchensteuern angezweifelt worden und beantragt, die tatsächlich entstandenen Kosten von der Kirche zurückzufordern. Man kann wohl nicht gut verlangen, daß diejenigen, die der Kirche den Rücken gelehrt haben, nun auch noch zu den Verwaltungskosten (Erhebung der Kirchensteuern) beitragen sollen. Jetzt hat sich nun die Kirche bereit erklärt, die tatsächlichen Erhebungskosten zu tragen. Zugestimmt wurde der Forderung der Zuwachssteuerordnung. Beschlossen wurde, die Unterstützung für die Erwerbslosen nach den Leipziger Sätzen zu erhöhen. Da die Bezirkssteuern ganz wesentlich in die Höhe gegangen sind, von 80 000 auf 121 000 Mk., soll an den Bezirk heranzutreten werden zwecks Erniedrigung der Steuern. Als Ausgleich für die Teuerung wurde an Beamte und Angestellte eine Beihilfe von 250 Mk. für den Monat August bewilligt; auf unsern Antrag wurde für die nächsten Arbeiter daselbst bewilligt. Die dauernde Regelung der Beamtengehälter soll vom September ab erfolgen. Ebenso wurde einer Höhergruppierung reichsbedeuter Beamtengruppen zugestimmt. Nur für die Höhergruppierung des Bauinspektors konnte sich die Linke nicht einlassen, da seine Leistungen eine Höhergruppierung nicht rechtfertigen. Die Bürgerlichen stimmten natürlich dafür, daß er in Gruppe 9 kam. Die Regelung der Gehälter und Löhne würde der Stadt ungefähr 112 000 Mk. kosten. Geplant ist, die Mittel zur Deckung aus den Erträgen des Elektrizitätswerts zu nehmen. Von unserer Fraktion wurde hierbei beantragt, die Lichtverbraucher mit einem Einkommen von über 20 000 Mk. progressiv steigend zu den Deckungskosten heranzuziehen. Die endgültige Regelung soll in der nächsten Gemeindevorstandssitzung erfolgen. Weiter wurde beschlossen, in der Lindnerstraße noch das dritte Wohnhaus zu errichten. Es soll deshalb beim Wohnungsamt in Dresden verhandelt werden, weitere Kaufzulassungen zu erlangen. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über den Antrag der Kommunisten auf Gewährung einer Beihilfe für das notleidende Ruhland. Wer geglaubt hatte, daß die Demokraten noch etwas soziales Verständnis zeigen würden, der hatte sich gewaltig geirrt, denn sie lehnten geschlossen den Antrag ab. Wahrscheinlich waren sie auch wegen der Höhe des Beitrags, die Kommunisten hatten 10 000 Mk. beantragt, etwas kopfschief geworden, und deshalb war die Weigerung einseitig, den Antrag zu Falle zu bringen.

m. Zwenkau. Aus dem Stadigemeinderat. In einer Zuschrift erucht die Gewerkschaft bei Vergebung von Arbeiten Unternehmer zu berücksichtigen, um für die Erwerbslosen Beschäftigung zu ermöglichen. Bis zum Inkrafttreten der neuen Schulordnung besteht der Schulvorstand weiter. Später wird der größte Teil von dessen Funktionen dem Stadigemeinderat zufallen. Die Bezirkssteuern betragen in diesem Jahre 47 212,30 Mk. Sie machen ein Siebentel des auf die Stadt entfallenden Reichseinkommensteuervertrags aus. Das Ortsgesetz über die Lustbarte Steuer wurde in zweiter Lesung unverändert angenommen. Zwei Bauausnahmegewilligungsgesuche wurden abgelehnt, eins befürwortet. Zu Amtsblättern wurde die Zwenkauer Zeitung und die Leipziger Volkszeitung bestimmt. In letzterer sollen, wie bisher, nur die ursprünglichen Bekanntmachungen veröffentlicht und mit dem Verlag in ein Vertragsverhältnis eingetreten werden. Die Beratung über die Herstellung von zehn Häusern an der Straße O (Wasserturm) bewegte sich in ruhigeren Bahnen, als in der Sitzung am 12. August, wo bekanntlich die Bürgerlichen bei der Abstimmung den Saal verließen. Die Eisenbahnverwaltung stellte einen Sonderzuschuß von 10 000 Mark für ein Haus in Aussicht, wenn einige Häuser für Eisenbahner vorgesehen würden. Nach längerer Aussprache wurde unter Ablehnung aller übrigen Anträge beschlossen, sechs Häuser von einer Baugemeinschaft und 4 Häuser von Unternehmern herstellen zu lassen. Der mit der Baugemeinschaft abzuschließende Vertrag wurde nach einigen Änderungen bewilligt. Desgleichen auch ein Gesellschaftsvertragsentwurf, der Rechte und Pflichten der Baugemeinschaft untereinander festsetzt. Da bei den Bauten Ziegelfuß mit Hochloch und Halbholz Verwendung finden soll, wurde beschlossen, die Anschläge an die Unternehmer zurückzugeben und

diese zur Abgabe neuer Kostenforderungen zu veranlassen. Der Haushaltsplan für die Wasserwerkstätte balanciert mit 121 500 Mk. Er hat noch Zuschüsse aus der Stadtkasse erfordert, obwohl nur 12 000 Mark für Abschreibungen eingestellt worden sind. Der Antrag des Mietervereins, den Wasserzins in anderer Weise als bisher zu erheben, konnte infolgedessen nicht berücksichtigt werden. Steinmetzmeister Müller erhielt den Zuschlag zur Ausführung des Rohrgrabens für die Wasserleitung in der Straße O für 5400 Mk., wobei ihm die Bedingung zu stellen ist, die Tariflöcher zu zahlen. Die Anstreicherarbeiten an den Eingittern am Krankenhaus, an der Schule, am Brühl und in der Schützenstraße wurde den hiesigen Malergeschäften übertragen.

Enthra. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde unter Eingängen und Mitteilungen bekanntgegeben: a) die Höhe des vom Staate bewilligten Baukostenzuschusses, b) daß die Errichtung eines eigenen Arbeitsnachweises von Aufschwungwegen abgelehnt worden ist, c) die Verpachtung der Pflaumenpflanzung einen Ertrag von 300 Mark erbracht hat, d) die auf Kosten des hiesigen Ortsarmenverbands in der Landesanstalt Hubertusburg untergebrachte geistesranke Frau Berta Bohl am 1. August d. J. verstorben ist, e) zufolge Beschlusses des Finanzamts Leipzig die Erhebung der Umsatzsteuer der Gemeinde weiter übertragen bleibt und f) an Bezirkssteuern der Ort im laufenden Rechnungsjahre 1921/22 60 Pf. zu zahlen hat. — Gesuche der Gemeinden Herrnhut und Lauenbergshaus um Bewilligung eines Beitrages für die durch Brandunglücke betroffenen dortigen Einwohner, finden mit 50 und 20 Mark Berücksichtigung, während die Beschlußfassung über ein gleiches Gesuch des Bundes der Landesbauernvereine zur Veranlassung einer Sammlung im Orte ausgefallen ist. — Die von der Freiwilligen Feuerwehr gewünschte Abänderung des kürzlich angeschafften Mannschaftswagens soll nach Gehör des Bauausschusses erfolgen. — Nachdem die neuangestellte Feuerlöschordnung Genehmigung gefunden hat, wird beschlossen, in nächster Zeit eine Uebung der Pflichtfeuerwehre in Gemeinschaft mit der Freiwilligen Feuerwehr stattfinden zu lassen. — Gegen die vom Besitzer des Rittergutes Enthra beim Amtsgericht Dresden-N. als Bahnhof beantragte Sitzplatzlagung der Wegeskurve Nr. 384—86, Kommunikationswege nach Zitzschen und Kleinbasitz betr., soll im Hinblick auf die bevorstehende Eingemeindung des Rittergutes in die Gemeinde Einspruch erhoben werden. — Vom Vorstehenden wird über den Verkauf des am 12. d. M. von Regierungsvertretern hier wegen des auch in hiesiger Flur geplanten Kohlenabbaues und des damit verbundenen Bauverbots berichtet. Mit der Eisenbahndirektion Halle, welche gegen die Höhe der Beanspruchung ihres hiesigen Grundbesitzes zur Gemeindegeldsteuer Einspruch erhoben hat, soll wegen Feststellung ihrer als steuerfrei anzusehenden Fläche nochmals in Verhandlungen getreten werden; andernfalls soll der Bezirkslandmesser erucht werden, die steuerfreie Fläche festzusetzen. — Der Einspruch des Kirchenvorstandes gegen die Höhe der Veranlagung des Kirchen-, Pfarr- und Kirchschullehens zur Gemeindegeldsteuer wird, da diese Grundstücke nicht, wie vom Kirchenvorstand angeführt worden ist, im Sinne der zur Begründung angeführten gesetzlichen Bestimmungen als steuerfrei anzusehen sind, abgelehnt. — Auf Antrag des Gemeindevorstandes sollen die Königsgäbber im Sitzungszimmer zu entfernen. — Der nachgefragte Einbürgerung des Oberreichlichen Staatsanwalter Martin Hülst stehen Bedenken nicht entgegen. — Das Ortsgesetz über Gewährung von Tagelohn und Reisekosten findet in der aufgestellten Fassung in erster Lesung Annahme. — Infolge der mit dem 15. und 16. d. J. in Kraft tretenden Bestimmungen über eine allgemeine Vermögenssteuer bedürfen derartige Steuerordnungen, die sich zu dieser Zeit in Geltung befinden, erneuter Beschlußfassung. Es wird hierzu beschlossen, eine neue diesbezügliche Steuerordnung aufzustellen, in welcher die bisherigen Steuerätze beibehalten bleiben, für sportliche Veranstaltungen, die ausschließlich der Jugendpflege und Leibesübungen dienen, aber Steuerbefreiung vorliegt. — Ein Gesuch um Erhöhung des Verpflegungssatzes für ein auf Kosten der Gemeinde untergebrachtes Kind wird abgelehnt. — Hierauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Eilenburg. Mangelndes Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse zeigte das am 2. September stattgefundene Schulfest der Volksschule zu Eilenburg. Die Volksschule ist eine Schule von ausgesprochen proletarischem Charakter. Fast nur Proletariatskinder sind es, die dort die Schulbank drücken. Ist es da nicht ein befremdendes Zeichen für den Geist in der Elternschaft, wenn von ca. 300—350 jahrentragenden Knaben nur einer mit roter Flagge und zwei andre mit den Farben der Republik antreten; alle andern tragen die Farben der vereinten Reaktion — schwarzweißrot, oft noch verziert mit dem Reichsadler, einige sogar mit dem Wappenstein Wilhelm v. Doorn. Das honeste Bürgertum wird sich ins Aufsehen setzen, wenn es solche Ergebnisse proletarischer Klassenbewußtseins sieht. Man kann sich vorstellen, wie die Leute des Hakenkreuzes, des Stahlhelms usw. ein Proletariat einschämen, das an einem Tage wichtig demonstriert gegen die aufstehende Gegenrevolution und ihre Wörderbanden, um am andern Tage ihre Kinder mit der schwarzweißroten Fahne in den Straßen umhermarschieren zu lassen. Welche Widersprüche. Die schwarzweißrote Flagge, das Symbol, um das sich die Reaktionsäre aller Schattierungen scharen, wird öffentlich getragen von Kindern des organisierten Proletariats. Die Schamröte muß jedem Proletarier in den Kopf steigen, wenn man in einem Geschäft hören muß: „Fahren haben wir in den letzten Tagen mehrere Hunderte verkauft, aber nur schwarzweißrote, andre wurden nicht verlangt. Ja, die Geschäftsinhaberin hatte von einer schwarzrotgoldenen Flagge überhaupt noch nichts gehört. Wiesen Proletarier scheint es ebenso zu gehen. Arbeiter, wacht endlich auf! Mehr Klassenbewußtsein!

Müha. Am 3. September fand die regelmäßige Monatsversammlung der U. S. P. im Gasthof Stadt Leipzig statt. Trotz der wichtigen Tagesordnung war der Besuch nur mäßig. Der Unpünktlichkeit der Genossen war es zu verdanken, daß der Vorsitzende bei der Versammlung erst 40 Minuten später erscheinen konnte. Ein hiesiger Genosse hielt einen kurzen Vortrag über Sozialistische Erziehung, dem eine lebhafteste Debatte folgte. Für die Elternratswahl wurden die Vorarbeiten erledigt. Eine sehr rege Aussprache entwickelte sich über: Die rote Woche. Einstimmig wurde beschlossen, in der feierl. Woche an der Gewinnung neuer Mitglieder für die Partei fest mitzuarbeiten. Desgleichen soll eine rege Propaganda für die Parteipresse entfaltet werden. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß die Vereinigung des gesamten Proletariats in den sozialistischen Parteien zu einer Einheitsfront gegen das vereinigte Kapital eine Naturnotwendigkeit sei. Die Selbstbefreiung der Massen sei der größte Hemmnis des Sozialismus.

Müha. Am 4. September fand am Orte die Elternratswahl statt. Zu wählen waren 9 Vertreter. Die Wahlbeteiligung lag fast zu wünschen übrig, denn es haben nur rund 63 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Von 679 Wahlberechtigten sind nur 426 Stimmzettel abgegeben worden, darunter ein ungültiger. Auf die Liste Buchmann (Vertreter der weltlichen Schule) entfielen 231 Stimmen. Für die Gegenliste Esche sind 194 Stimmen abgegeben worden.

Sächsische Angelegenheiten.

Was geht in der Landespolizei vor?

Auch in Sachsen ist seit Schaffung der Landespolizei im Oktober 1919 die Reaktion krampfhaft bemüht die Polizei in ihre Gewalt zu bekommen. Leider muß gesagt werden, daß ihre Bemühungen nicht ganz ohne Erfolg geblieben sind. Daß die Offiziere der Landespolizei genau wie bei der Reichswehr, — da sie der alten kaiserlichen Armee entnommen sind, — reaktionär sind (einzelne rühmliche Ausnahmen bestätigen nur die Regel) wundert niemanden mehr. Demzufolge können diese Herren als wirkliche Beschädigter unseres demokratisch-republikanischen Staatswesens nicht in Frage. Im Gegenteil. Sie bilden, wie Bayern und Preußen zeigt, eine ständige Gefahr, die nicht zu unterschätzen ist. Wenn die sächsische Landespolizei in der Öffentlichkeit noch etwas

Kredit hat, als die hannoversche oder preussische, so deshalb, weil in Bayern und Preussen für die Reaktion der Kampf um die Polizei abgeschlossen ist. Dort hat die Reaktion die Polizei restlos in ihrer Hand. In Sachsen ist ihr das in dem Umfange bisher nicht gelungen, deshalb wird kein Mittel unversucht gelassen, um hier dasselbe Ziel zu erreichen. Unter diesen Bestrebungen hat in erster Linie die untere Beamtenschaft, und davon wiederum die im Ruhestand tätige Beamtenschaft, zu leiden. Fortschreitende Militarisierung mit ihren für die untere Beamtenschaft nachgerade unerträglich gewordenen Begleiterkennungen (Fall Chemnitz), massenhafte Kündigungen, sind das Ergebnis. Hinzu kommt politische Andachtsamkeit. Wer sich irgend gewerkschaftlich betätigt (in Frage kommt der Verband sächsischer Polizei-Beamten G. B., der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist), oder gar sozialistische Gefinnung zur Schau trägt, wird tödlicher hinausgedrängt. Auf der anderen Seite eine ebenso fürchterliche Plage aller jener Leute, die sich für die reaktionären Bestrebungen mitgeben lassen. (Die Motive, von denen diese Beamten sich leiten lassen, sollen hier nicht untersucht werden.) — In diesen Kreisen gehört hauptsächlich das Geschäftsjammer-Personal.

Wiederum ist bei der Bestellung Leipzig ein Beamtenheim geschaffen worden. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung wurde, da infolge der Kasernierung der Landespolizei die Beamten mehr als andre an ihr Quartier gebunden sind, allseitig anerkannt. Es ist eine Einkaufsgenossenschaft gegründet worden, die den Einkauf und Vertrieb der Waren übernommen hat. Mitglieder der Genossenschaft sollten nur Angehörige der Landespolizei sein können. Der Stammanteil beträgt 20 Mk. Sowie war alles in Ordnung. Aber schon bei Gründung der Genossenschaft zeigte sich, daß der größte Teil der Beamten mit der Form (Genossenschaft und 20 Mk. Stammanteil) nicht einverstanden war, zum andern gegen die Personen, die die Vorarbeiten ausführten, Mißtrauen hegen und nicht beitraten. Heute zeigt sich, daß die Deutschnationale Volkspartei nach kommunistischem Muster es fertiggebracht hat, durch das Beamtenheim eine Zelle in die Landespolizei zu setzen. Der Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft besteht in seiner Gesamtheit aus Personen, die der Beamtenschaft schon seit längerem als die eigentlichen Macher der reaktionären Bestrebungen bekannt sind. Im Beamtenheim konnte seitdem ein reger Verkehr von bekannten deutschnationalen Genossen, die an sich mit der Landespolizei nichts zu tun haben, beobachtet werden. Ein Oberwachmeister und mehrere Wachmeister, die seit einiger Zeit offen für den Verein „Stahlhelm“, „Bund der Arbeiter“ und den „Bund der Kameraden“ werben, gleichzeitig aber Mitglieder des Vorstandes der Genossenschaft sind, haben unentgeltlich den Dienst der Polizei, die den Genossenzeitung und das Deutsche Tageblatt im Beamtenheim ausgeteilt. Die Freiheit dieser Leute ging so weit, daß besonders heftige Artikel dieser Revolverorgane rot angestrichen wurden. Wegen dieser Treibereien hat sich der Beamtenschaft eine große Achtung bemächtigt, so daß nach kurzer Zeit schon über diese an sich große Einrichtung in allen Tonarten geschimpft wurde. Es ist höchste Zeit, daß sich die verantwortlichen Stellen um diese Zustände kümmern und Abhilfe schaffen. Mehrere Beamte der Abteilung Leipzig.

Die Berufsberatung in Sachsen.

Innerhalb des Freistaates Sachsen befinden sich 26 Berufsberatungstellen, deren oberste Leitung die Abteilung Berufsberatung beim Landesamt für Arbeitsvermittlung ist. Nur an vier Orten sind hauptamtliche Berufsberater tätig, nämlich in Dresden, Chemnitz, Leipzig und Pirna. In andern Orten gibt es keine hauptamtlichen Berufsberater, sondern es wird dort die Berufsberatung vom Arbeitsnachweisverwalter aus geleitet; so z. B. in den Amtshauptmannschaften Auerbach und Verdau und in Lichtenthein-Cattberg, Waldheim und Aue. In Glauchau und in der Amtshauptmannschaft Döbeln sind die Berufsberatungen in Form von Arbeitsnachweisen angeschlossen. In den Städten Geringswalde und Niesitz sind die Beratungsstellen an die Schulen angeschlossen, die dort auch die Lehrstellenvermittlung betreibt. Im ganzen wurden in den Bezirken der 26 Beratungsstellen im letzten Jahre 33 101 Schüler und Schülerinnen aus der Schule entlassen. Davon haben sich 17 79 Prozent = 5888 tatsächlich an die Beratungsstellen gewandt. In Lehrstellen vermittelt werden konnten 6601 = 39,4 Prozent. Gemeldet waren in den 26 Bezirken insgesamt 1024 Lehrstellen. Das sind im Verhältnis zur Zahl der abgehenden Schüler 27,23 Prozent.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß infolge einer mangelnden Aufklärung in weiten Volksteilen die gegenwärtige Aufgabe der Berufsberatung stellen noch nicht erkannt worden ist. Nur 2 1/2 Prozent im Freistaate Sachsen jährlich aus der Schule entlassenen Schüler und Schülerinnen der Volksschule und höheren Lehranstalten haben sich jetzt an die Beratungsstellen gewandt. Sache der Arbeiterorganisationen sollte es mit sein, hier helfend einzugreifen und namentlich auf die Schullehrerschaft über die auf die Berufsberatung aufmerksam zu machen. Gleichzeitige ist man in allen Kreisen der Bevölkerung von der Notwendigkeit der Berufsberatung überzeugt.

Zweifellos würden sich weit mehr Eltern rathend an die Berufsberatungstellen wenden, wenn nicht der grausame Zwang für ihre Kinder händte. Je ärmer die Eltern sind, um so mehr sind sie gezwungen, ihren Kindern einen Beruf zu verschaffen, um ihnen ein Auskommen zu sichern.

legenheit zum Geldverdienen zu geben. Die Berufsausbildung tritt dann leider in den Hintergrund. Als ein ganz besonderes Hemmnis für die Berufsausbildung muß ferner, wie wir dem Bericht des Landesamts an das Arbeitsministerium entnehmen, die Rückständigkeit einzelner Unternehmerkreise bezeichnet werden, die heute den Lehrlingen noch Friedensjahre vergilt! Dadurch wird es vielen Eltern unmöglich gemacht, ihre Kinder etwas lernen zu lassen.

Die heutige Regelung des Lehrlingswesens wird zweifellos den jetzigen Verhältnissen nicht mehr gerecht und eine Neuregelung ist dringend geboten. Der Berufsberatung schädlich ist auch, daß einzelne Berufsgruppen und Interessenten in einseitiger Weise Berufsberatung ausüben und dadurch nur zu ihrer Zersplitterung beitragen. Wie aus dem Bericht an das Arbeitsministerium hervorgeht, strebt das Landesamt eine umfassende Zentralisation an. Ein Bemühen, das zweifellos von den Arbeiterorganisationen und Arbeitervertretern im Landtage aufs beste unterstützt werden wird.

Sauptversammlung des Vereins Deutscher Gewerbeaufsichts-Beamten.

In den Tagen vom 25. bis 27. August fand in den Räumen der Kreishauptmannschaft in Dresden die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten statt, die von weit über 100 Mitgliedern aus allen Teilen des Reiches und über 30 Dresdner und auswärtigen Gästen besucht war. Außer inneren Vereinsangelegenheiten wurden folgende Zeitfragen eingehend behandelt: Gewerbeaufsicht und Selbstverwaltung, die allgemeine Wohlfahrtspflege in ihren Beziehungen zur Gewerbeaufsicht, die Befähigung der Betriebsräte in Fragen des Arbeiterschutzes, der weitere Ausbau der staatlichen Unfallversicherung und der staatlichen Handelsaufsicht, insbesondere die Eingliederung der Handelsaufsicht in den Rahmen der Gewerbeaufsichtsbehörden.

Außerdem nahm der Verein eingehend Stellung zu den die Gewerbeaufsichtsbehörden berührenden letzten Vorgängen in Sachsen und sagte seine Meinung dahin zusammen, daß gegen die im Freistaat Sachsen beabsichtigte Polikalisierung der Gewerbeaufsicht ganz entschiedene Verwahrung eingelegt werden müsse. Die zum Schutze der Arbeiter in den gewerblichen Betrieben notwendigen Maßnahmen seien bedingt durch die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und die bei der Ueberwachung der Anlagen gemachten Erfahrungen. Dem Einfluß politischer Strömungen müsse die Gewerbeaufsicht aber unbedingt entzogen bleiben, sofern sie auf ihrer jetzigen Höhe erhalten werden soll.

Der Aufruf gegen die „Polikalisierung der Gewerbeaufsicht“ in Sachsen bewies, daß auch die Gewerbeaufsichtsbeamten von derselben reaktionären Meute bearbeitet werden, die seit Wochen und Monaten in allen Beamtenkörpern herumstänkert, um die Beamten gegen die Regierung auszuwuchsen. Alle bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht haben gezeigt, daß die wissenschaftliche Forschung allein nicht ausreicht und erst durch das Zusammenwirken mit den in der Praxis stehenden Beamten auch praktische Ergebnisse erzielt werden können. Deshalb ist die Förderung nach Erhebung von Kontrolluren aus Arbeiterkreisen verschiedener von einschlägigen Gewerbeaufsichtsbeamten unterstützt worden. Wenn in Sachsen einige Gewerbeaufsichtsbeamte aus Arbeiterkreisen eingestellt worden sind, so ist das ein kleiner Anfang, bei dem es u. E. nicht bleiben darf.

Massenkundgebung der Dresdner Mieterchaft.

Zu einer gewaltigen Kundgebung, wie sie wohl, solange es eine deutsche Mieterbewegung gibt, noch nie zu vergleichen war: wuchs sich die am Sonnabend aus Anlaß der Bundestagung Deutscher Mietervereine vom Mietbewohnerverein veranstaltete Massenversammlung der Dresdner Mieterchaft aus. Nach 8 Uhr abends sammelten sich in den einzelnen Stadtteilen die Mieter in großen Scharen auf den Stellplätzen, um dann in langen, geschlossenen Zügen, in denen zahllose Schilder mit Aufschriften getragen wurden, die die bekanntesten Forderungen der organisierten Mieterchaft zum Ausdruck brachten, nach dem Versammlungsort zu ziehen. Als solches war der über 5000 Personen lassende Zirkus Sarrasani auszuwählen, der aber bei weitem diesen Menschenstrom nicht aufzunehmen vermochte, so daß noch schnell auf dem nahen Kaiser-Wilhelms-Platz eine Parallelsammlung veranstaltet werden mußte. Die Gesamtheit der Demonstranten wurde auf 40 000 geschätzt. Die Behauptung von gegnerlicher Seite, daß die Massen nicht hinter der Mieterorganisation ständen, ist damit gründlich widerlegt worden.

Als Redner traten auf der Kundgebende J. Herrmann (Dresden), Sozialsekretär Schneider (Eisen), Vorsitzender des rheinisch-westfälischen Provinzialverbandes, Mallich (Kiel), Vorsitzender des Verbandes Norddeutscher Mietervereine, Arnold, Münchener Vorsitzender des Landesverbandes Bayern, Dzeizl, Berlin, Geschäftsträger des Bundes, ferner Vertreter aus Oesterreich, Ostpreußen, aus den besetzten Gebieten, aus Deutschböhmen und Holland u. a.

Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme. „Die am 3. September 1921 im Zirkus Sarrasani in Dresden zu Tausenden versammelten Dresdner Mieter und die zum 10. September in vier Tagen versammelten Vertreter der deutschen Mietervereine fordern von der Reichsregierung und vom Reichstag unbedingte Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft

und weiteren Ausbau des Mieterhofes. Ein Reichsministergesetz oder ein Mieterhofgesetz, welches den Abbau der Zwangswirtschaft einleitet, wird von der Mieterchaft aufs schärfste bekämpft werden. Die Mieter fordern energische Förderung aller Maßnahmen, welche die Gemeinwirtschaft im Wohnwesen zum Ziele haben. Die Not des Volkes fordert Unterbindung jeder Spekulationswirtschaft im Wohnwesen. Die organisierte Mieterchaft warnt die Regierung und die Volksvertreter eindringlich vor einem Nachgeben einer kleinen, aber kapitalkräftigen und einflussreichen Interessentengruppe. Wird diese Warnung nicht beachtet und der bedrängten Mieterchaft damit die Hoffnung auf eine Gesundung unfreies Wohnwesens genommen, so lehnt die organisierte Mieterchaft die Verantwortung für die Folgen ab.“

Eine Mahnung an die Beamten.

In der Chemnitzer Volksstimme lesen wir: Die gewaltigen Kundgebungen der demokratisch-republikanisch gesinnten Bevölkerungsteile haben ihre Wirkung auf die nationalen Umstürzer nicht verfehlt. Damit ist aber die Reaktion noch lange nicht geteilt, viel weniger gestoppt. Die Reaktion wird ihre Machenschaften unaufhörlich weiter betreiben, auch in den Amtsstuben der Behörden und Verwaltungen. Und ist bekanntgeworden, daß rechtsstehende Beamte ungehindert umfangreiche parteipolitische Arbeiten im Dienst verrichten und selbst nachgeordnetes Personal dazu verwenden. Auch die Vorbereitung „harmloser“ Regimentsfeierlichkeiten, sowie die Vorbereitung von Einladungen zu solchen Feiern gehören nicht zum Dienst. — Politik, ganz gleich welcher Art, gehört überhaupt nicht in den Dienst!

Kollegen! Bringt uns Fälle reaktionärer Betätigung im Dienst mit Beweismaterial zur Anzeige, damit wir ohne Gefährdung der notwendigen Disziplin diesen Herrschaften das Handwerk legen können. Ihr habt keine Ursache, Nachsicht zu üben. Die Fälle mehren sich, daß beispielsweise sozialistisch gesinnte Beamte immer noch beruflich benachteiligt werden, trotz Verfassung. Denkt auch an das Vorgehen des verlassenen Obrigkeitstaates gegenüber solchen Kollegen, die nicht konservativ waren. Zeigt der deutschen Arbeiterschaft, daß es euch ernst ist um die Erhaltung und Festigung der Republik, auch in Zeiten der Gefahr!

Der Bezirks-Beamtenwerbeauschuss in der SPD. Chemnitz, Dresdner Straße 40.
Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck gebeten.

RPD. und KVPD.

Nie aus Dresden gemeldet wird, hat die dortige KVPD. in ihrer letzten Mitgliederversammlung den Uebertritt zur RPD. beschlossen. Die Plauerer Ortsgruppe der KVPD. hat sich aufgelöst.

Dresden. Am Sonntagnachmittag erscholl im Zoologischen Garten zu Dresden plötzlich der Ruf: „Der Löwe ist los!“ Der 25 000 Besucher, die zur Zeit im Garden verweilen, bemächtigten sich eine Panik. Hals über Kopf, über Tische und Stühle, durch Fenster usw. suchte alles aus dem Garten zu gelangen, um dem gefährlichen Löwen zu entfliehen. Man nahm allgemein an, daß es sich um einen Hagenbesäßen Löwen handelte, die gegenwärtig im Zoologischen Garten im Verein mit einer Malabartruppe Vorstellungen geben. Das ganze Schauspiel war nichts weiter als ein Trick gewissensloser und raffiniertester Taschenspieler, die bei dem allgem. Durchgehen und dem allertörst herrschenden Drängen und Stößen natürlich leichte Arbeit hatten. Viel Verleumertes, Damentaschen, Uhren und Ketten sind als „verloren“ gemeldet worden. Bei der hektischen Flucht haben sich verschiedene Personen durch Stürze und Glassplitter erheblich verletzt.

Burgun. Der Stadtrat hat beschlossen, beim Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts vorstellig zu werden, daß das hiesige Staatsgymnasium von Obern 1922 ab in ein Reformgymnasium umgewandelt wird.

Burgun. Der Verwalter des Rittergutes Rauffitz, Große aus Burgun, berührte bei Einsetzung des Motors zum Dreschen die 80 000-Volt-Leitung und wurde auf der Stelle getötet. Durch den Kurzschluss, der eine 80 000-Volt-Sicherung durchschlug, geriet auch der Motor in Brand.

Verdau. Das seit 500 Jahren selbständige Rittergut Kuppertsgrün ist der dortigen Gemeinde einverleibt worden. Am das Herrenhaus des Rittergutes von der Zwangseinquartierung zu befreien, schenkte der Besitzer der Gemeinde 3000 Quadratmeter Gelände zum Neubau eines Gemeinbeamtens und Grund und Boden für Herstellung zweier Straßen.

Zwönitz. In einer hier abgehaltenen Demonstration-Versammlung von 2000 Einwohnern wurde in der Leberomittelangelegenheit des Bürgermeisters Felder eine Entschließung einstimmig angenommen, in der mit Entschiedenheit davon Kenntnis genommen wird, daß die Resolution gegen den Entschluß der Amtshauptmannschaft Döbeln, nach seiner Entlassung gefunden hat. Die Angelegenheit soll dem Ministerium unterbreitet werden. Felder wurde die Amtshauptmannschaft ausgesetzt, gegen Felder wegen seiner monarchistischen Propaganda das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Von der Reise zurück!
Dr. Schiff

Zaworit-Schmitte



erhältlich bei der Hauptvertretung
Emil de Beer
Petersstraße 38
Tel. 8102 Tel. 8102
sowie bei den dort zu erfindenden Filialen in allen Teilen der Stadt.

Familien-Nachrichten

Statt Karlen!
Für die anläßlich unserer Goldenen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten, sowie dem Sängerkorps Thonberg-Stötteritz für das dargebrachte Ständchen unseren herzlichsten Dank.
Hermann Schuster und Frau.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Nach arbeitsreichem Leben, nach langem schwerem aber mit Gebuld ertragenem Leben ging am Montagabend 8 Uhr unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Aug. verw. Rosenblender
in ihrem 77. Lebensjahre für immer von uns.
L. Lindenau, den 6. September 1921
Leuticher Straße 4, II.

Die trauernden Kinder und Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, vorm. 11 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nach langem schwerem Leiden verchied am 5. September mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Herr

Kürschner Karl Becher
L. Lindenau, den 6. September 1921
Uhlandstraße 6, I.
In tiefer Schmerz
Auguste Becher nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet Donnerstag, vorm. 10 Uhr, vom Lindenauer Friedhofe aus statt.

Nach einem schwerem Leiden, versieh die Dienstadt, früh 10 Uhr meine liebe Frau, unsere liebe Tochter, Schwester und Tante,

Hedwig Zimmermann geb. Brendel
im 27. Lebensjahre.
L. Kleinschadow, Wigandstr. 11, III. z.

In tiefer Trauer
Walter Zimmermann
nebst Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 9. September, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Seute vormittag entlichet nach längerem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vliesvater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaiserarbeiter

Robert Nitzschke
im 68. Lebensjahre.
Leinzig-Baumgarten und Zeit, 6. 9. 21
Bahstraße 39 IV. In tiefer Trauer
Luise Nitzschke geb. Ellert
nebst allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Seilerhauers Friedhofes aus statt.

Nach kurzem schwerem Krankenlager verchied heute vormittag 7 Uhr mein lieber Mann, unser treuherziger Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel der Fleischermeister,
Herr Oswald Schmorde
im 52. Lebensjahre.
Vauendorf, den 6. September 1921
Chemnitz, Leipzig.
Lina Schmorde geb. Köhler
nebst Hinterbliebenen.
Beerdigung Freitag, den 9. Sept., mittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus.

Statt Karten.

Für die Hebevoll Beweise herlicher Anteilnahme beim Begräbnis unserer lieben Mutter, unserer lieben Schwester Schwägerin und Tante

Marie verw. Eßler geb. Seidel
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonders Herrn Grabredner Meyer für die ergreifenden Worte am Grab, dem Gewandverein Sängerkorps für den erhabenden Gesang dem Verband der Kreisbeschäftigten und der Firma Meyer & Weichelt nebst Arbeitern und Arbeiterinnen für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhe. Dies alles hat unseren Seelen wohlgetan. Dir aber, liebe Entschlafene, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in dein viel zu frühes Grab nach.
Großschadow-Windorf, im Sept. 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachdem ich heute die Nische meines lieben Onkels, des Lithographen

Emil Rosse
im Grabe seiner Mutter und seiner Schwester beigesetzt habe, danke ich allen Freunden und Bekannten für die herzlichsten Beweise der Teilnahme. Besonders Dank Herrn Antheifer Meyer für die tröstlichen Worte sowie dem Sängerkorps Thonberg-Stötteritz, dem Verband der Lithographen und Steinrunder und dem Vertreter der U. S. V. für die letzte Ehrung.
L. Stötteritz, Glaserstr. 10, den 6. 9. 1921.
Martin Spruck als Neffe
und Frau, Elisabeth geb. Richter.

Nachlich und unerwartet traf uns die schmerzliche Nachricht von dem Ableben unseres lieben Sohnes, Bruders, Neffen und Cousins

Oskar Max Jähnert
im blühenden Alter von 14 Jahren durch Telegramm von Döbeln, wo er ein Opfer der Ausbeutung geworden ist. Dies seinen beidermännlich an
Leipzig, Dresden, den 7. 9. 21
Mollauer Straße 53, III.
Die trauernden Eltern und Geschwister.

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921.

LXIII.

48] Peter wollte dieser olympischen Mutter keine Fragen stellen, verlangte keineswegs, ihr Geheimnisse zu entlocken. Auch war dies gar nicht nötig, denn sie erzählte alles von selbst, ohne das geringste Zögern. Sie redete genau, wie die J. W. Ws. im Hauptquartier gesprochen hatten, und als Peter nachher darüber nachdachte, kam er zu dem Schluß, es gebe zwei Arten Menschen, die sich Aufrichtigkeit leisten können: jene, die nichts zu verlieren haben und jene, die soviel zu verlieren haben, da sie unmöglich alles verlieren können.

Frau Gott sagte, gestern nacht sei ein Verbrechen begangen worden, es müsse bestraft werden, wie noch kein Verbrechen bestraft worden ist, sie würde gerne Detektive anstellen, um Beweise gegen die Schuldigen zu erhalten. Auch erklärte sie, sie sympathisierte mit den Roten, den allerersten Roten, gebe es noch ein röteres Rot, so wäre dies ihre Farbe. Aldies sprach sie mit leiser, sanfter Stimme. Tränen füllten ihre Augen, doch waren es wohlwollende Tränen, verschwanden von selbst, flossen nicht über die Wangen, verdarbten ihr nicht den Teint.

Frau Gott sagte auch, sie begreife nicht, wie es ein Mensch, der die Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung eingesehen habe, zusammenbringe, nicht ein Roter zu sein. Vor elfhundert Tagen sei sie mit dem Staatsanwalt zusammengewesen und habe versucht, aus ihm einen Roten zu machen. Auch erzählte sie Peter, es sei ein Mann zu ihr gekommen, der viel von Sozialismus geschwätzt habe, doch sei ihr bald klar geworden, daß er davon gar nichts wisse, und sie habe ihm gesagt, er sei ein Regierungsagent. Der Mann habe dies auch schmeichlich zugegeben, ihr seinen goldenen Stern gezeigt, worauf sie versucht habe, ihn zu befehlen. Sie habe zwei Stunden lang mit ihm geredet, ihn dann aufgefordert, mit ihr in die Oper zu kommen. „Und denken Sie sich,“ meinte Frau Gott mit beleidigter Stimme. „Er weigerte sich. Diese Leute wollen gar nicht befehrt werden, wollen nicht auf die Bismarck hören. Ich glaube, der Mann flüchtete tatsächlich, ich könnte ihn beeinflussen.“

„Das würde mich gar nicht wundern,“ entgegnete Peter zart. Die gleiche Angst hatte auch ihn ergriffen. „Ich sprach zu ihm: Ich lebe in diesem Palast, und im Industrieviertel der Stadt kauft Tausende von Männern und Frauen den ganzen Tag, und leit dem Krieg auch die ganze Nacht. Ich heime den Profit ihrer Arbeit ein. Was habe ich getan, um ihn zu verdienen? Gar nichts. Ich habe in meinem ganzen Leben keine nützliche Arbeit verrichtet.“ Er meinte: Was würden Sie tun, wenn keine Dribanden mehr gezahlt würden? „Das weiß ich nicht,“ entgegnete ich. „Natürlich wäre ich verzweifelt, ich hätte die Armut, könnte sie nicht ertragen. Ein schrecklicher Gedanke — kein Behagen, keine Reinlichkeit, keine Sicherheit. Gerade deshalb bin ich ja eine Rote, ich weiß, daß es unrecht ist, arm zu sein, daß es dafür keine Entschuldigung gibt. Darum will ich helfen, das kapitalistische System zu stützen, sogar wenn ich Wäschelein werden muß, um meinen Lebensunterhalt zu verdienen.“

Peter betrachtete sie in ihrer düstigen weißen Frishe. Ihre Worte brachten eine häßliche Erinnerung in sein Gehirn. Er sah die Stube in der Meislerstraße, sah die fetten dampfende Frau Zankwitz die Hände im Seifenwasser vergraben. Es lag ihm auf der Zunge, zu sagen: „Wenn Sie einmal einen Tag lang gewaschen hätten, Frau Gott, Sie würden nicht mehr so sprechen.“

Doch er erinnerte sich, er müsse das Spiel gut spielen und meinte: „Diese Regierungsagenten sind schreckliche Leute, zwei von ihnen haben mich gestern auf den Kopf geschlagen.“ Dann schaute er lässlich und halbhochnäsig drein, und Frau Gott wurde von ihrer Teilnahme zu noch gewagteren Aussprüchen verführt.

„An allem ist dieser gräßliche Krieg schuld,“ meinte sie. „Wir führen angeblich Krieg, um der Welt die Demokratie zu sichern, und inzwischen vernichten wir dahem die letzte Spur von Demokratie. Sie behaupten, wir müßten Frieden halten, während sie einander ermorden, doch können sie sagen, was sie wollen, mich werden sie nicht zum Schweigen bringen. Ich weiß, daß die Alliierten genau so schuldig sind wie die Deutschen, ich weiß, daß es ein Krieg der Bankiers und Profitler ist. Sie vermögen meine Söhne zu nehmen und ins Meer zu stecken, aber sie können sich nicht meiner Ueberzeugung bemächtigen und diese in ihr Meer stecken. Ich bin Pazifist, ein Internationalist, ich will sehen, wie sich das Proletariat erhebt, die kapitalistischen Regierungen fortsagt und dieser scheußlichen Missetate ein Ende bereitet. Und dies werde ich aussprechen, solange ich lebe.“ Gelassen sah Frau Gott da, die schönen schlanken Finger wie zum Gebet verknüpften, einen großen Diamantring am vierten Finger einen ruhigen, kindlich überzeugten Ausdruck im Gesicht, im Geist Trotz bietend allen Regierungsagenten, allen Staatsanwälten, allen kapitalistischen Richtern, Staatsmännern, Generälen und Unteroffizieren der zivilisierten Welt.

Sie berichtete noch, daß sie vor zwei Wochen dem Prozeß dreier pazifistischer Geistlicher beigewohnt habe. Wie furchtbar war es doch, daß Christen in einem christlichen Land ins Gefängnis geworfen wurden, weil sie wagten, die Worte Christi zu wiederholen. „Ich war so empört,“ sagte Frau Gott, „daß ich an den Richter schrieb. Mein Mann sagte, ich würde wegen Mißachtung des Gerichts verurteilt werden, wenn ich während der Verhandlung dem Richter einen Brief schide, ich aber meinte, meine Mißachtung des Gerichts sei so groß, daß sie unmöglich schriftlich ausgedrückt werden könne. Warten Sie einen Augenblick.“

Frau Gott erhob sich, entnahm einem Pult eine Kopie des Briefes. „Ich werde ihn Ihnen vorlesen.“ Peter lauschte gespannt einem Manifest olympischen Bolschewismus:

Herr Richter.

Da ich das Heiligum des Gesetzes betrat, blühte ich zu der gemalten Glasgugel auf, von der vier Worte leuchteten: Friede . . . Gerechtigkeit . . . Wahrheit . . . Gesetz . . . und mein Herz füllte sich mit Hoffnung. Vor mir standen Männer, die kein konstitutionelles Gesetz übertreten, die keinerlei Anlage zum Verbrechen hatten, die gegen jede Gewalt waren.

Die Verhandlung nahm ihren Fortgang. Ich betrachtete die schöne Glasgugel, wiederholte flüsternd bei mir die majestätischen Worte: „Friede . . . Gerechtigkeit . . . Wahrheit . . . Gesetz.“ Ich lauschte dem Staatsanwalt. In seiner Hand war das Gesetz eine scharfe, harte, grauliche Waffe, die unerbittlich, unentwegt bei den Opfern eine verwundbare Stelle suchte. Ich lauschte seiner Wahrheit — sie war Lüge. Sein Friede war grauämiger, blutiger Krieg, seine Gerechtigkeit ein Neh, in dem die Opfer um jeden Preis getötet werden sollten. Um jeden Preis, um die Würde des Staatsanwaltes zu verflären.

Mir wurde weh ums Herz. Ich vermag mir bloß immer wieder die alte Frage zu stellen: was können wir tun, um der Welt Friede, Gerechtigkeit, Wahrheit und Gesetz zu bringen? Müßten wir die Diener der Allgemeinheit auf den Knien anflehen sie mögen darauf achten, daß den Hilflosen Recht werde und nicht ewig die helligsten Seelen der Welt verfolgen? Sie werden diese Männer schuldig sprechen, sie hinter das eiserne Gitter verbannen — das es für Menschen, was auch immer sie begannen hätten, nicht geben dürfte, denn es macht sie zu wilden Tieren. Ist dies Ihr Ziel, Herr Richter? Es deutet mich so. Deshalb sage ich,

wir müssen ein System stützen, das die Menschheit verrotzt, anstatt ihr zu helfen, sie zu erheben.

Für Friede, Gerechtigkeit, Wahrheit und Gesetz!
Mary Angelika Gott.

Was sollte man mit einer derartigen Frau anfangen? Peter begriff die Verblüffung des Richters und der Geheimagenten des Trutes — sowie die von Frau Gotts Gatten. Peter selbst war äußerst bestürzt, was hatte es denn für einen Sinn, hierherzukommen, Informationen einzuholen? Frau Gott hatte ja doch bereits ihre Mißachtung der Gerichte schriftlich dargelegt, einem Regierungsagenten ihre Ueberzeugung erklärt. Sie hatte diesem Menschen mitgeteilt, sie habe dem Volkswort etliche tausend Dollars gegeben und werde ihm noch mehr geben. Sie hatte für eine Anzahl verhafteter Roten und Pazifisten aufgesandht, wollte für Mc. Cormick und dessen Kameraden die Kaution erlegen, sobald ein korruptes Gericht sich bereit erklärte, Kaution anzunehmen. „Ich kenne Mc. Cormick gut,“ meinte sie. „Er ist ein prächtiger Bursche. Ich glaube, er hat ebenlwenig mit Bomben zu tun gehabt wie ich selbst.“

Peter verharnte unter dem Zauber von Frau Gotts Ueberflut. Peter sah unter den Lotusessern, vergah Sorgen und Kämpfe dieser Welt, lehnte sich bequem auf einer ledernen Chaiselongue zurück, schliefte mit den Schlämmern des Olymps lässlich den Kopf. Jetzt jedoch ward er sählig an seine Pflicht gemahnt, wie einer, den ein Wecker aus seinen Träumen schreckt. Frau Gott ist Mc. Cormicks Freundin, Frau Gott will Mc. Cormick aus dem Gefängnis befreien! Mac, den allergerühmtesten Roten! Peter sah ein, er müsse sofort gegen diese Frau vorgehen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Himmel im September.

Die strahlende Helle und die nicht endende Wärme dieses außerordentlichen Sommers dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Herbst vor der Tür steht. Am 23. September, um 3 Uhr nachmittags, tritt die Sonne in das Zeichen der Waage; sie erreicht wieder den Äquator, und mit der Tag- und Nachtgleiche beginnt astronomisch die herbstliche Jahreszeit. Immerhin hat zu Beginn des Monats September die Sonne noch eine nördliche Abweichung von 8 1/2 Grad, die sich aber bis zum Monatschluß in eine südliche Deklination von 2 1/2 Grad verkehrt. Und wenn auch am 1. September die Sonne noch früh am Morgen, um 5 1/2 Uhr, im Osten erscheint, so verpflücht sich im Laufe des Monats der Sonnenaufgang doch um mehr als eine Stunde bis auf 6 Uhr 5 Minuten früh, während der Sonnenuntergang, der am 1. September um 6 Uhr 55 Minuten nachmittags erfolgt, vier Wochen später bereits um 5 1/2 Uhr zu erwarten ist. Demensprechend nimmt weiterhin die Mittagshöhe der Sonne, berechnet für die geographische Lage von Berlin, von 48 auf 35 Gr. ab. Die Mondphasen beginnen im September am 2. mit dem Neumond, dem am 9. das erste Viertel und am 17. Vollmond folgen, worauf am 24. das letzte Viertel erreicht wird.

Für die Beobachtung der großen Planeten ist, wie es schon der August gewesen war, auch der September insofern noch ungünstig, als sich am Abendhimmel außer dem lichtschwachen Uranus zur Zeit überhaupt kein Wandelstern befindet. Merkur, der am 21. August in oberster Sonnenkonjunktion war, bleibt auch im September unsichtbar. Dagegen strahlt Venus als Morgenstern in der zweiten Nachthälfte am Nordosthimmel. Sie ist anfangs noch rechtlich drei Stunden als sehr helles Gestirn sichtbar, und nur ganz langsam nimmt die Dauer der Sichtbarkeit ab, die am Schluß des Monats noch 2 1/2 Stunden beträgt. Allerdings nimmt auch die Lichtstärke der Venus stetig ab, da sie sich mehr und mehr von uns entfernt. Erst am Schluß des Jahres wird sich unser Nachbarplanet der Sonne soweit genähert haben, daß er in ihren Strahlen für längere Zeit verschwindet. Dafür taucht jetzt Mars, der am 20. Juni in Konjunktion mit der Sonne war, wieder langsam am Osthimmel auf, und er kann zunächst drei Viertelstunden, Ende September 1 1/2 Stunden, vor Tagesanbruch als auf fallend rötliches Gestirn gesehen werden. Seine Helligkeit ist noch nicht auffällig, wird aber während der nächsten Monate rasch anwachsen, und bei der nächsten Marsopposition im Jahre 1922 wird der Planet heller sein als seit zehn Jahren. Das Jahr 1924 wird uns bei der darauffolgenden Marsopposition das interessante Geklen in seiner größtmöglichen Lichtstärke zeigen, was sich während des ganzen 20. Jahrhunderts nicht mehr wiederholen wird. Während Jupiter und Saturn in den Sonnenstrahlen verschwunden sind, haben sie sich einander noch mehr genähert, so daß die Konjunktion der beiden größten Planeten an zwei aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden wird. Bis dahin hat Jupiter den Saturn bereits überholt, so daß Saturn am 21., Jupiter am 22. September in Konjunktion mit der Sonne gelangen wird. Erst im Oktober werden die beiden Sterne am Morgenhimmel wieder sichtbar werden. Uranus, der sich im Wassermann befindet, ist, wie gesagt, der einzige abends sichtbare Planet. Da er am 31. August in Opposition zur Sonne steht, so bleibt er anfangs während der ganzen Nacht über dem Gesichtskreis, und da er jetzt die Hellheit eines Sternes fünfter Größe erreicht hat, so kann man ihn mit bloßem Auge, normale Sehschärfe vorausgesetzt, noch ganz gut erkennen, vorausgesetzt, daß man über seine Stellung im Haren ist. Er steht zu Beginn des Monats wenig südwestlich von dem Stern Lambda des Wassermanns, der vierter Größe, also etwas heller als Uranus ist. Neptun, der erst am 8. August in Konjunktion mit der Sonne war, kann einstweilen auch im Fernrohr noch nicht beobachtet werden.

Der frühzeitigere Eintritt der Dunkelheit beschränkt im September in Verbindung mit den oft besonders klaren Abenden die Beobachtung des Fixsternhimmels. Wer allerdings während der Sommermonate das Firmament häufiger durchmustert hat, wird bald nach Einbruch der Dunkelheit recht nicht viel Neues wahrnehmen können. Denn durch die Abnahme der Tageslänge treten die Sterne erheblich früher aus der Dämmerung hervor, so daß es scheint, als sei die Gesamtverschlebung des Firmaments nach Westen geringer geworden oder zum Stillstand gekommen. So kann man an diesen Septemberabenden im Südwesten noch die Tierkreisbilder der Waage und des Skorpions untergehen sehen; auch Schlange und Schlangenträger, die sich im Nordwesten bis in die Nähe der Hemisphäre erstrecken, die der Bootes einnimmt, gehen schon bald nach Einbruch der Dunkelheit unter. Der Bootes allerdings und die im Osten an ihn angegliederte Nördliche Krone bleiben noch bis spät abends im Nordwesten über dem Gesichtskreis, und besonders der helle, gelbrote Hauptstern Arkturus fesselt in dieser Himmelsgegend den Beschauer noch, wenn er schon ganz tief nahe dem Horizont steht. Zwischen Bootes und der Egegend des Zenits wird das Firmament von den regellos stehenden zahlreichen Objekten des Herkules und des Draehen eingenommen. Dieser trennt den Großen und den Kleinen Wagen voneinander. Der Große Wagen, allgemein als Himmelswagen bekannt, steht gegenwärtig gleichfalls im Nordwesten und geht allmählich seiner, in den Wintermonaten stattfindenden unteren Kulmination entgegen. Das Bild des Kleinen Wagens findet man jetzt links vom Polarstern, der das hellste Objekt in dieser Konstellation bildet. Der Fuhrmann, der während des Sommers in unterer Kulmination stand, steht jetzt im Nordosten, im Bereich der Milchstraße, wieder empor. Außer der hellen Kapella, die man während des Sommers

in der hellen Dämmerung des Nordhimmels allein wahrzunehmen vermochte, werden jetzt auch die übrigen Objekte dieses Sternbildes wieder deutlich sichtbar. Ueber dem Fuhrmann ist das römische W der Kassiopeja nicht zu übersehen; gerade im Zenit findet man den Schwan mit Deneb, ein Sternbild, das ein großes Kreuz bildet, und das deshalb auch, analog dem bekannten Kreuz des Südens, das Kreuz des Nordens heißt. Der südliche Stern der Kreuzfigur, Albireo, ist ein interessanter Doppelstern. Wega, der helle, weißschimmernde Stern in der Leier, ist abends schon auf der westliche Hemisphäre übergetreten. Nördlich weit südlich von der Leier, aber gleichfalls in der Milchstraße, trifft man etwas nördlich vom Himmelsäquator den Adler mit dem hellen Krat. Dieser bildet den Scheitelpunkt eines großen gleichseitigen Dreiecks, dessen Umrisse außerdem durch Deneb und Wega bezeichnet werden. Die Bilder des Tierkreises verlaufen jetzt tief am südlichen Horizont, wo abends Schühe und Steinbock kulminieren, während Wassermann und Fische sich wieder aufwärts dem Osthimmel entgegengerückt. Darüber ist das große Viereck des Pegasus nicht zu verkennen, an das sich die Andromeda anschließt. Zwischen ihr und dem Fuhrmann steht der Perseus mit Algol, dem bekanntesten aller veränderlichen Sterne, der alle zwei Tage und 21 Stunden durch einen dunklen Begleiter von der zweiten zur fünften Helligkeitsklasse herabsinkt. In den späteren Abendstunden werden im Nordosten schon die Sterne des Stiers, die Gruppen der Plejaden und Hyaden, sichtbar, und wer vor Tagesanbruch Gelegenheit hat, den Himmel zu beobachten, kann sich schon des prächtigen Anblicks des im Osten emporsteigenden Orion erfreuen.

Kleine Chronik.

Kleines Theater. (Figaros Hochzeit.) Es war ein Wagnis, dieses Stück mit seinen bewegten Szenen, die größere Menschengruppen verlangen, auf die enge Bühne des Kleinen Theaters zu bringen. Und wenn auch zugegeben werden muß, daß Spielleiter Stödel die Schwierigkeit im Rahmen des Gegebenen gut zu lösen gewußt hat, man wird doch ein Gefühl der Enge nicht ganz los.

Die Aufführung ließ mehr das Lustspiel, das Intrigenstück hervortreten, als das Revolutionsstück. Das liegt gewiß zum Teil daran, daß die spizen Welle, die Beaumarchais gegen die Nachthaber und Mißstände seiner Zeit abzielte, heute nicht mehr aktuell sind, so daß wir sie nur noch historisch verstehen. Nicht weiß wir's so herzlich weht gebracht haben, sondern weil die Formen der Zustände, gegen die das Volk zu protestieren hat, sich seit 1784 gewandelt haben. Das Richteramt wird heute nicht mehr gestiftet, aber es ist heute nicht minder ein Privileg des Besten und unsere Beschwerde über die Klassenjustiz ist heute nicht geringer und nicht weniger gerechtfertigt als damals.

Dieser Grund für den Eindruck des Stüdes ist nicht zu verkennen. Aber wesentlich dafür ist doch die Bearbeitung und die Art des Spiels gewesen. Beaumarchais hatte, um die Jenur zu entwasfen, die ihm ohnehin bis genug mitgespielt hat, die Spitzen seines Wertes mit Blumen und Landeleuten umwunden. Er mußte das übrige auch schon des Zeitgeschmacks wegen tun. So ist es denn leicht, durch das Betonen und Hervorheben der einen Seite die andere abzuschwächen und in den Hintergrund treten zu lassen, wie das im Kleinen Theater geschieht. Besonders tritt das bei der großen Anklagerede Figaros hervor. Herr Stödel sprach sie formal nicht schlecht, aber von der galligen Bitterkeit des von den Herrschenden jahrelang Gemißhandelten war nicht genug darin, um dem Großen der kommenden Revolution war kaum ein schwaches Echo zu vernehmen. Sonst war der Figaro Stüdes eine treffliche Leistung. Seine bewegliche Verwandlungskunst brillierte in tausend Lichtern. Recht wacker sekundierte ihm mit temperamentvollem, raffinem Spiel Claire Harter als Suzanne. Herr Steiner dagegen war in der Rolle des Grafen nicht gleichmäßig. So gut er stellenweise den Eiferstüchtigen und den Lüsternen spielte, so oft wiederum gab es tote Stellen, in denen er keine Sache etwas obenhin zu machen schien. Gertrud Langfelders Gräfin hat mich nicht recht warm werden lassen. Fräulein Engelbers Cherubin war ein glaubwürdig verkleibter Page. Reinhold Basque gab seinem Dr. Bartolo die gebührende derbe Komik. Auch Alfred Wöhlers Richter-Karikatur war entsprechend charakterisiert. Nicht ganz klar ist mir geworden, wieso der nicht über spielte Basque des Herrn Pir in ein Jesuitengewand gekleidet wurde; alldieweil dieser Scharfher doch Heiratsabsichten auf Marceline hat. Die übrigen Darsteller, Edith Gärtner als Marceline, Karl Walden als Antonio, Josef Whrog als Fauchette, Alfred Einide als Sonnenstich waren an ihrem Platz und das geschickt geleitete Gesamtspiel machte dem Spielleiter Ehre. Ein Kammerquartett unter der Leitung Hans Richters rahmte das Spiel mit Musik im Stile der Entstehungszeit des Stüdes sanft ein.

Tarzan der Affenmensch. Gestern vormittag hatte man die Pressevertreter in die Alberthalle zur Vorstellung eines Urwaldstüdes eingeladen. Tarzan, das Kind wird mit seinen Eltern auf eine einsame Insel durch Schiffbruch verschlagen, nach dem Tod seiner Eltern von Schimpansen adoptiert und aufgezogen, durch einen Bälterkundler „entdeckt“ und der zivilisierten Welt wider zugeführt, verwickelt sich hier in allerlei Mordanschläge wegen der Erbschaft und Liebesgeschichten und kehrt endlich wieder zurück in die Dschungel.

Im sich ist die ganze Geschichte, rein biologisch betrachtet, ein Konfens, eine vollkommen unmögliche Konstruktion der Dinge, aber auch in der Durcharbeitung höchst oberflächlich. Ueberall schaut das „Gemachte“ hindurch. Den Urwald-Affenmenschen sieht man heute noch, bekleidet mit einem Tigerfell in den Armen eines Schimpansenweibchens und kurze Zeit darauf — in Kleid und weißer Binde im Klub, zusammen mit Grafen und Gräfinnen. Wenn nun der Stoff einigermassen geistreich bearbeitet worden wäre, hätte man an dem Affen-Gesellschaftsmenschen hier und da das typisch affenmäßige durchblicken lassen können — aber nichts dergleichen, nur in der Stunde unterscheidet er sich von den andern; zweimal wehrt er sich gegen mindestens 20 Angreifer, die mit gezogenen Säbeln auf ihn losgehen, zweimal erwirgt er einen Löwen.

Es ist nutzlos, noch mehr Worte zu verschwenden. Die kurze Inhaltsangabe genügt schon, um von vornherein zu sagen, daß dieser Film sich in keiner Weise von dem lässlichen Schund unterscheidet, der sonst auf der weißen Wand gezeigt wird.

Wir wissen wohl, daß der Film eine große Zukunft haben wird, auch in seiner Wirkung auf die Massen; einen wirklichen Nutzen wird er aber erst dann haben, wenn er nicht mehr deshalb aufgenommen wird, um durch seine „Spannung“ Gewinn zu machen.

K. W. S.

Reliefstaubereien. Im südlichen Kaufhausamt wird der Reise-Schriftsteller Dr. Kraft am 16. und 17. September, 10 1/2 Uhr abends, und am 18. September, nachmittags 11 Uhr, drei Lichtbilder vorträge über die Fänder und Inseln in Ostafrika halten. Karten bei E. A. Klemm und Fr. Kofe.

Mitteleuropäische Triebwe. Eintrittsarten zum Preise von 2 Mk. für Mitgleider und 3 Mk. für Nichtmitglieder für die Veranstaltung am 18. September, nachmittags 3 Uhr, in der Allen-Saalhalle. Können in den an dieser Stelle veröffentlichten Stellen im Vorverkauf entnommen werden. Die Mitgleider müssen ihre Karten bis 14. September entnommen haben. Vom 15. September ab wird anderweitig darüber verfügt.

Der alldeutsche Betrug.

Die Demokraten als Vorpann.

F. Zimmer mehr stellt sich heraus, daß der von den in München erscheinenden Süddeutschen Monatsheften inszenierte Feldzug in der Frage der deutschen Kriegsschuld nur den Auftakt bildet zu einem groß angelegten Vorstoß der monarchistischen, militaristischen und imperialistischen Reaktion gegen die deutsche Republik.

Dieser Vorstoß wird gekennzeichnet durch die verschiedensten reaktionären Kundgebungen in Bayern und im Reich. Ihren sichtbarsten Ausdruck fand die skrupellose Agitation der bayerischen Reaktionäre in dem willkürlichen Verbot der Münchener Morgenpost durch den bayerischen Staatskommissar und Polizeipräsidenten von München, Herrn Pöhner.

Nachdem sich die bayerischen Einwohnerwehren und die Organe des Herrn Reichs gezwungenermaßen eine Zeitlang tot gestellt hatten, begannen sie sich wieder zu regen. Wie die Blitze aus der Erde schloßen sie nach einer hinter den Kulissen vorgenommenen Verwandlung als Regimentsvereinigungen, Handelsgesellschaften, Sports- und Studentenvereinigungen, Schützengemeinden und Rotbünde aus dem bayerischen Hochlandsboden. Die Umorganisation ist so weit gediehen, daß sich die neuen Formationen der Einwohnerwehren mit der früheren Dreifigkeit aus offene Tageslicht wagen. Dabei tragen sie ihren monarchistischen, militaristischen und imperialistischen Charakter ganz offen zur Schau.

Am deutlichsten trat dies in München hervor. Vor acht Tagen fand das Fest der Vereinigungen des ehemaligen bayerischen Leib-Regiments statt, zu welchem die Mitglieder des wittelsbachischen Erbprinzenhauses in ihren alten gewohnten Generalsuniformen erschienen waren und bei dem der Münchener Erzbischof und Kardinal von Faulhaber einen Gottesdienst abhielt.

In seiner Rede wies er die Wittelsbacher und die gute bayerische Eigenart, die sich nicht unterkriegen lassen dürfe. Die Festreden des Obersten Epp und des Majors Pechmann waren auf einen „hehrlichen Ton gegen die Berliner Judenregierung“ und die Reichsverfassung der „Judenstämme“ eingestellt. Am 22. August folgte der „Generalappell“ des ehemaligen in Kempen im Allgäu garnisonierten Jägerbataillons, zu dem der Kronprinz Rupprecht erschien und mit ihm eine Reihe von bekannten bayerischen Militärs. Man redete von dem Vernichtungswillen eines übermütig gewordenen Zufallslegers und in einem Feldgottesdienst gab die katholische Kirche dieser Veranstaltung ihren Segen.

Der Generalappell klang in den Ruf des Generals Ritter von Fraßberger aus, daß die Anwesenden keinen höheren Willen kennen, als den, „das deutsche Reich wieder auf die Höhe zu heben, auf der es gestanden!“ Es ist kein Zufall, daß zur selben Zeit der bei München wohnende General Ludendorff in Königsberg und in Frankfurt an der Oder die Befreiung Deutschlands durch die deutsche Ostmark ankündigte.

Hand in Hand mit diesen politischen Machinationen der bayerischen Reaktion geht eine wirtschaftliche Verheerung der bayerischen Bevölkerung gegen das Reich und die derzeitige Reichsregierung. Mit einer gewissenlosen Demagogie wird die Verantwortung für die durch die Aufhebung der Zwangs- wirtschaft, die besonders Bayern immer verlangte, herbeigeführte Steigerung der Lebensmittelpreise auf die Reichsregierung abzuwälzen versucht. Dabei verfolgen die Dr. Helm und Konforten im Vereine mit ihren agrarischen Brüdern im Norden ganz bestimmte politische Absichten, die auf eine Zerkleinerung der deutschen Republik hinauslaufen, die ihnen früher oder später größere Steuerlasten als bisher aufzuzwingen genötigt sein wird. Die Steuerlasten sind mit einer der treibenden Gründe für die reaktionären, neuerdings mit verstärkter Wucht betriebenen Machenschaften.

Die Niederherabsetzung aller der politischen Parteien und Richtungen, all der Organe und der Politiker, die bestrebt sind, die Verantwortlichkeiten der deutschen Kriegspolitik reiflos zu klären und festzustellen, gliedert sich harmonisch in den Plan der bayerischen und deutschen Reaktionäre ein. Das deutsche Volk soll wieder in den Wahn zurückfallen, daß die Alldeutschen keinerlei Schuld am Ausbruch des Krieges und seiner Fortsetzung tragen. Dieser Wahn ist die Voraussetzung dafür, daß die Verantwortlichen des Weltkrieges in Deutschland wieder zur Macht gelangen können und dies allein ist der Zweck der von den Süddeutschen Monatsheften eröffneten und von der bayerischen reaktionären Presse reiflos unterstützten Agitation, die mit einem verschwenderischen Aufwand von Papier und Druckerzwang, aber mit um so schwächeren Argumenten arbeitet. Diese Methode kann natürlich nur bei dem unaufgeklärten deutschen Spielbürger verfangen.

Die in der Auftrage der Alldeutschen von dem Polizeibüro Pöhner niedergelassene Münchener Morgenpost hatte in ihrer Erwiderung auf die sogenannten „Neuen Dokumente“ des Münchener Geschichtswissenschaftlers Dr. Alexander von Müller bereits festgestellt, daß die Zuverlässigkeit der bayerischen und der deutschen Aktenstücke zum Kriegsausbruch an sich angezweifelt werden müsse, weil die deutsche Diplomatie sich nachweislich eines doppelten Schriftwechsels bediente, der die in Deutschland üblichen zwei Wahrheiten oder auch Lügen so verteilte, daß eine Feststellung der letzten Verantwortlichkeiten schwer oder kaum möglich ist, zumal die entscheidenden Aktenstücke, nämlich die des deutschen Generalstabs und des bayerischen Militärbevollmächtigten noch nicht veröffentlicht worden sind.

Diese Feststellungen der Münchener Morgenpost haben nun den Vorstehenden der bayerischen demokratischen Landtagsfraktion, Herrn Dr. Durr, der zugleich Vorsteher des Landtagsausschusses für die Prüfung bayerischer Dokumente über den Weltkrieg und die deutsche Außenpolitik, sowie Archivar in München ist, auf den Plan gerufen, um den Alldeutschen in der Frage der deutschen Kriegsschuld zu Hilfe zu kommen. Der bayerische „Demokrat“ Dr. Durr ist von der Redaktion der Münchener Neuesten Nachrichten, die von dem alldeutschen Herrn Cohnmann, dem Herausgeber der Süddeutschen Monatshefte, beherrscht wird, als „Sachverständiger“ für den bayerischen Anteil an der deutschen Kriegsschuld um eine Äußerung angegangen worden. Durch die Aufforderung der Alldeutschen ist Dr. Durr in seiner Würde als Vorsteher des Landtagsausschusses gekränkt worden und er hat bereitwillig die Gelegenheit beim Schopfe gefaßt, um seine Kenntnis der Schuldfrage in nicht weniger als acht Spalten der Münchener Neuesten Nachrichten zum besten zu geben. Er meint, die Feststellungen der Münchener Morgenpost seien ein so ungeheuerliches Unterfangen, daß man über so viel Kühnheit wahrlich staunen müsse. In seinem Eifer bringt Durr aber mindestens ebensoviel Kühnheit wie die Münchener Morgenpost auf, indem er folgendes „feststellt“:

1. Die Arbeit des bayerischen Landtagsausschusses ist noch unvollständig. Der Bericht dieses Ausschusses ist noch nicht gedruckt, weil in der letzten Zeit (!) noch einige Akten herangeholt werden konnten.

2. Es gibt private Berichte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, die in den Aktenveröffentlichungen der deutschen Regierung nicht enthalten sind.

Von diesen privaten Berichten sagt der „demokratische“ Sachverständige, daß er sie als Berichterstatter des bayerischen Landtagsausschusses einsehen konnte. Sie sind also noch nicht veröffentlicht, aber Herr Dr. Durr kann „mit gutem Gewissen“ sagen, daß ihr Inhalt an dem Gesamtbilde der deutschen Kriegspolitik nichts Wesentliches und Entscheidendes zu ändern vermöge.

Der „Demokrat“ Dr. Durr hat gut getan, seinerseits daselbe festzustellen, was die Münchener Morgenpost bereits festgestellt hat, nämlich, daß neben den offiziellen Gesandtschaftsberichten des Grafen Verchenfeld noch private Berichte existieren, die der Öffentlichkeit unbekannt sind. Ob diese privaten Berichte nichts „Wesentliches oder Entscheidendes“ zu bieten vermögen, das ist die entscheidende Frage! Jedenfalls besteht zwischen der Münchener Morgenpost und dem Sachverständigen Dr. Durr Uebereinstimmung darin, daß das letzte Wort in der Frage der deutschen Kriegsschuld deutscherseits noch nicht gesagt ist. Um so gefährlicher war es für Herrn Dr. Durr, sich so sehr zu beileben. Aber er ist dennoch vorsichtig, denn er schreibt von „einstweiligen Bemerkungen“, die seine Ausführungen darstellen sollen. Er tut gut daran denn wir möchten ihm die Frage vorlegen, ob er die Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten beim Generalstab auch eingesehen hat und ob er von diesen ebenfalls mit gutem Gewissen behaupten will, daß ihr Inhalt an dem Gesamtbilde der deutschen Kriegspolitik nichts „Wesentliches und Entscheidendes“ zu ändern vermöge. Herr Dr. Durr würde erstaunt sein, wenn er als Kronzeugen für seine und die Feststellungen der Münchener Morgenpost über den doppelten Schriftverkehr zwischen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin und dem Außenministerium in München einen heute noch im Archive befindlichen hohen Staatsbeamten anrufen könnte. Es gibt nämlich einen solchen Staatsbeamten, der festgelegt hat, daß es im bayerischen diplomatischen Dienst üblich war, einen doppelten Schriftverkehr zu führen. Der eine war ein sekretär (geheimer), der nur zur privaten Information des Ministerpräsidenten diente und der den Beamten (n) Referenten des bayerischen Außenministeriums nicht zugänglich war. In diesen privaten Berichten wurde die politische Lage wahrheitsgetreu und freizügiger dargestellt. Diese Berichte wurden unter eigenhändig vom Ministerpräsidenten behandelt und erledigt werden. Daneben lag ein offizieller Bericht, der die laufende Nummer trug und den zuständigen Referenten zugänglich war. Diese offiziellen Berichte wurden so abgefaßt, daß sie gegebenenfalls der Öffentlichkeit übergeben werden konnten.

Dieses Zeugnis eines hohen Staatsbeamten rechtfertigt die in der Münchener Morgenpost angeführte Behauptung von der doppelten Buchführung der deutschen Diplomatie. Auch die Ausführungen des Dr. Durr können dieses wertvolle Zeugnis nicht abwischen, im Gegenteil, sie bilden mit einem verstärkten Grund für unsere Forderung nach Veröffentlichung der Akten des deutschen Generalstabs, des bayerischen Militärbevollmächtigten und der bisher nicht veröffentlichten „privaten“ Gesandtschaftsberichte!

Die Pflichten der Frauen im Kampfe gegen Teuerung und Steuerdruck.

Von Luise Zick.

Gegenwärtig überstet uns aufs neue eine schreckliche Welle der Teuerung, die noch fortgesetzt im Steigen begriffen ist.

Die erneut eingetretene Verschlechterung des Marktes, die durch die allzu schnelle Welterwartung des Papiergeldes, durch die alle Sachwerte in fabelhafter Weise im Werte gesunken sind, führt über Nacht zu ungeahnter Häufung der Kapitalisten der Besitzenden und treibt diese zu den wildsten Spekulationen, um, jeder für sich, den größtmöglichen Anteil an dem Kapitalstrom zu ergattern, der durch die künstliche Hinausschraubung aller Industriepreise ausnahmslos ansteigt. Und die Reize der Spekulation?

Die Steigerung aller Sachwerte bedeutet für die Besitzlosen eine ungeheure Verteerung ihrer Lebenshaltung. Und da ihre Einnahmen begrenzt, ihre Ausgaben aber infolge der Wertentwertung fast automatisch steigen, heißt Verteerung der Lebenshaltung gleichfalls Verschlechterung derselben.

In der gleichen Richtung wirken die wahnsinnigen Preistreibereien der Agrarier, die, fast aller Festen der Zwangswirtschaft ledig, in der skrupellosesten Weise das Volk auswüchsen.

It schon die Preissteigerung, die ihnen für das abzufleisende Brotgetreide von Regierung und Reichstagsmehrheit zugesprochen wurde, eine enorme, so spottet diejenige, die im freien Handel für Korn und Mehl erzielt wird, jeder Beschreibung.

Die ihnen zugesprochene Preissteigerung verteuert die wöchentliche Brotration beinahe pro Kopf um 2 Mark, bei einer fünfköpfigen Familie also um 10 Mark, sofern sie im freien Handel nicht noch bedeutende Mengen zukaufen müssen. Nebenher läuft dann noch die unerhörte Verteerung des Reichs, der Graupen, Grüns, Getreide, aller Hagerpräparate, die fast im Arbeiterhaushalt eine so große Rolle spielen. Eingetreten ist ferner bereits eine weitere Verteerung der Hilfsfrüchte, des Mehlens und vor allen Dingen der unentbehrlichen Fette, wie Schmalz und Margarine, von der Naturbutter ganz zu schweigen, die ja für Arbeiter unerlässlich ist.

Aber reden wollen wir von der Milch, diesem notwendigen Nahrungsmittel für Kinder und Kranke; trotzdem sie bereits 3,30, 3,50 und 3,80 Mk. pro Liter in den Großstädten kostet, werden weitere Preissteigerungen gefordert, und zudem ist nicht einmal Milch zu bekommen, denn bei der Produktion von Schlaglahne und Butter ist der Profit größer, und wenn nicht, geben viele Landwirte die Milch lieber den Schweinen, als zu erträglichem Preise den städtischen Bevölkerung.

Ein gleicher Raubzug auf die Taschen der Konsumenten wie beim Verkauf der Milch wird beim Verkauf der Eier, des Gemüses, des Obstes und der unentbehrlichen Kartoffeln gemacht, für die Phantasiereise erhoben werden, obgleich eine Durchschnittsernte trotz der wochenlangen Trockenheit zu erwarten steht.

Mit dem Gefagten haben wir nur einen Bruchteil der Nahrungsmittel, die allenunterbeschränkten, herausgeriffen, die in den letzten Wochen eine enorme Verteerung erfahren haben. Aber diese Verteerung bringt einer Familie von fünf Köpfen, ganz gering gerechnet, eine wöchentliche Mehrausgabe von 100 Mk. Dabei sind, wohlgenutzt, alle sonstigen Verteerungen der Nahrungsmittel, des Lichts, der Kohle, der Kleidungsstücke, des Hausgeräts und der drohenden Preissteigerungen völlig unberücksichtigt geblieben.

Da inzwischen eine Lohnerhöhung von 100 Mk. pro Woche nirgends eingetreten ist, im Gegenteil Löhne drohen oder schon gemacht sind, bedeutet diese Verteerung, daß die Ernährung der Arbeiter schwerer selbst, daß sie weiter durch Fortfall des Arbeitslohns, der Milch, Einschränkung der Milchspeisen, Verminderung des Eier- und Fettverbrauchs verschlechtert wird.

Diese schmerzlichen Entbehrungen der Minderbemittelten treffen besonders schwer die Frauen als Mütter und Hausfrauen; denn sie vermehren nicht nur deren Sorge, wie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln alle Mäuler sattzumachen, wie alle Familienmitglieder zu bekleiden und zu beschulen sind, sie verschärfen auch ihren Kummer, weil sie wissen und täglich aufs neue erleben, daß die verschlimmerte Unterernährung die Gesundheit ihrer Lieben untergräbt, ihre Arbeitsfähigkeit schmälert und damit Lebensmut und -freude allmählich aber sicher zerstört.

Die fürchterlichen Zahlen über die Zunahme der Tuberkulose, die Malaria und Skrofelose, über die Zunahme der Kindersterblichkeit reden eine graue Sprache.

Die Mitteilung, die der Amtshauptmann von Leipzig, der Genosse Ruffel, kürzlich in einer Sitzung machte, daß die Zahl der Schulentlassenen, die zu einträglichem Lohn, um die Lehrstelle und die Arbeit antreten zu können, eine große sei, zeigt, daß die Unterernährung und das Wohnen in engen, licht- und luftarmen Wohnungen, die oft wahre Brutstätten für Skrofeln, entsetzliche

Seuchenherde der Tuberkulose sind, degenerativ in hohem Maße wirken.

Und stelle man dem gegenüber, wie das Agrarierium durch seine Volksauswucherung genau wie die Industrie-magnaten ihren Reichtum zur fabelhaften Höhe heizen und einen nie gestauten Luxus treiben, so wird klarer denn je der ganze Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der die Massen, die den Reichtum erzeugen, zum Hunger, zur Degeneration verdammt, während die Besitzenden im Reichtum fast ersticken.

Angesichts dieses Zustandes der Dinge wartet es die Regierung, dem Parlament ein Steuerbukett vorzulegen, das wiederum eine gewaltige Mehrbelastung der Minderbemittelten bedeutet, ohne nennenswerte Steuern für die Besitzenden zu bringen. Während sie den Zucker, ein notwendiges Nahrungsmittel, das ohnehin viel zu hoch im Preise steht, durch die Erhöhung der Steuer von 14 Pfg. auf 1 Mk. pro Kilo weiter verteuert und damit für viele unerschwinglich macht, während sie eine Verdoppelung der Leuchtmittelsteuer, eine Verdoppelung der Hundsteuer, eine Verdoppelung der Kohlensteuer um 25 Mk. pro Tonne, eine weitere Erhöhung der ungerechten Umsatzsteuer, sowie des Zolles auf Kaffee, Tee und Schokolade usw., ist von einer Verteerung der Goldwerte, also der Vermögen, die in Grund und Boden, den großen industriellen Anlagen angelegt sind, keine Rede. Der gewaltigen Mehrbelastung der Minderbemittelten, die ohnehin oarben und im Elend leben, steht die Schonung der Reichen, die im Ueberflusse schwimmen, gegenüber.

Die Erbitterung über diese Absicht ist in den Reihen der Minderbemittelten, insbesondere der Frauen, eine ungeheure Aufgabe des Proletariats und nicht zum wenigsten seines weiblichen Teils ist es, den Kampf gegen Teuerung und Steuerdruck mit gesammelter Kraft zu führen; gegen die unerträgliche Steuerlast, die man uns neu aufbürden will, im Parlament und außerhalb desselben. Dem großen Bußfeld der Steuern, die eine ungeheure Belastung des Massenkonsums bedeuten, haben wir gegenüberzustellen die Forderung nach Steuern, die das Kapital treffen, sowohl die Sachwerte wie die Kapitalprofite, und unser Kampf wird sich zu einem Ringen um die Durchsetzung der Sozialisierung, zunächst der Bergwerke.

Die Teuerung dagegen zwingt zu Lohnforderungen, die, wie die Dinge liegen, sich sicherlich zu sehr heftigen Lohnkämpfen gestalten werden. Bei all diesen Kämpfen dürfen die Frauen, als die größere Hälfte der Arbeiterklasse, nicht fehlen; sie müssen vielmehr als die doppelt Interessierten in erster Reihe mitkämpfen.

Eure Aufgabe, Genossinnen, ist es deshalb, allerorts eine intensive Agitation zu entfalten unter den uns noch fernstehenden Frauen und Mädchen, sie aufzurufen, sie zu organisieren, das Solidaritätsgefühl und das Klassenbewußtsein in ihnen wachzurufen und zu festigen.

Ein einheitlicher Kampf des gesamten Proletariats, einheitlich auch in dem Sinne, daß Männer und Frauen gemeinsam kämpfen, verbürgt seinen Sieg.

16. Bundesstag deutscher Mietervereine.

Dresden, 4. September.

Der Sonntag wurde mit einem Referat von Dr. Herpel-Riel über

Mittelbeschaffung für den Wohnungsbau

eingeleitet. Er wandte sich gegen die Mißsteuer, die baubewerbte, und förderte Hergabe von Bau- und Siedlungsland in der Weise, daß der Staat ein besonderes Geld schafft, das jedem Bauwilligen als Darlehen bis zur vollen Höhe der Baukosten, einschließlich der Grunderwerbsteuern, gegeben werden muß. Der Staat gibt das Geld, er wird gläubiger und erhält die erste und einzige Hypothek auf das Gebäude. Die Hypothek ist unpfändbar seitens des Staates. Der Schuldner entrichtet jährlich an den Staat 1 1/2 Prozent Zinsung, so daß einschließlich 1/4 Prozent Verwaltungs- kostenbeitrag insgesamt 1 3/4 Prozent aufzubringen sind. Der End- erfolg ist nicht eine Vermehrung des Papiergeldes, im Gegenteil eine Verminderung desselben. Der Geldwert wird steigen, das Bau- und Siedlungsgeld besitzt sofort eine Wertunterlage, die sich mit Fortschreiten und Fertigstellung des Baues erhöht. Siedlungs- und Wohnungsoffenschaften wirken als Treuhänder. Dieses Geld wird daher an Stelle der ungedeckten Scheine zur Anlage von Ersparnissen verwandt werden. Die jetzt schamhaftesten Reichs- banknoten werden frei und fluten zur Rückzahlung zurück. Dadurch aber wird die Geldvermehrung vernichtet und die Wala steigt. Bau- und Siedlungsgeld sei die Lösung; es bedeutet Arbeits- gelegenheit Heim und Hof sowie Verbesserung und Verbilligung des Daseins.

Der zweite Berichterstatter zu dieser Frage war Dr.-Ing. Wagner-Berlin. Die Finanzierung der Neubautätigkeit durch den privaten Kapitalmarkt hat schon vor dem Kriege gefragt und das Mißbestimmungsrecht der Mieter auf Auswahl des Bauplatzes, auf die wirtschaftliche und preiswürdige Gestaltung der Wohnhäuser völlig unterbunden. Die durch den Weltkrieg und seine Folgen herbeigeführte Entwertung der Mark macht eine Finanzierung der Neubautätigkeit durch den privaten Kapitalmarkt unmöglich, es sei denn, daß die Mieter der vor dem Kriege erstellten Wohnungen auf das Fünffache gesteigert werden. Eine Preissteigerung, die dem gesunkenen Geldwert entspricht, würde eine neue Welle der Inflation in das deutsche Wirtschaftsleben hineinragen, die Baukosten weiterhin verteuern und eine Mietssteigerung ohne Grenzen erzeugen. Nur eine gemeinwirtschaftliche Finanzierung der Neubautätigkeit kann den Bauplatz zur Verfügung bringen und jede unbedachte Mietssteigerung in den vorhandenen Wohnungs- beständen unterbinden. Sie setzt eine gemeinwirtschaftliche Rege- lung des Wohnungswesens mit dem Ziel voraus, gemäß Art. 155 der Reichsverfassung jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den Kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsstätte zu sichern. Diese gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens muß sich auf der Grundlage der wirtschaftlichen Selbstverwaltung des Mietwohnungswesens aufbauen. Solange diese Organisation nicht besteht, sollten grundsätzlich keine Finanzquellen zur Finan- zierung der Neubautätigkeit benutzt werden, die eine Steigerung der Mieten und damit eine Steigerung der Löhne und Gehälter nach sich ziehen. Zur Deckung der Baukosten von neu zu erstellen- den Wohnungen und der laufenden Unterhaltungskosten der be- stehenden Wohnungsbestände sollten alle ipendwie vertretbaren Maßnahmen mit weit größerem Nachdruck als bisher Anwendung finden. Zur Deckung der unvermeidlichen Ueberteuern der Bau- kosten sollten folgende Finanzquellen herangezogen werden: Es- saffung der Goldmarkwerte der nicht fließenden Wälder und der Abbruchwerte gewerblicher und industrieller Anlagen, Verwertung der Ein- und Ausfuhrabgaben für Baustoffe, Heranziehung der Depositenbestände der Großbanken für langfristige, gering verzins- liche Hypotheken, schärfere Heranziehung der im Wohnungswesen bisher nicht tätig gewesen ländlichen Gemeinden und Gewährung eines Freikaufrechtes von der Zwangsquartierung an alle Großwohnungsbesitzer.

Solten die obigen Kapitalquellen für die Finanzierung eines verstärkten Bauprogramms bis zur endgültigen Regelung der Finanzierung nicht ausreichen, sollte die Mietssteuer nur in der Form herangezogen werden, daß die Gewerberäume und die alten Wohnungen mit einem Friedensmietwert von über 2000 Mk. mit verstärktem Aufschlag bebacht werden. Am liebsten kann eine Er- höhung der Mietssteuer allgemein um höchstens 10 Prozent nur für

den Fall in Betracht kommen, daß die Erhöhung für alle Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger durch eine generelle Erhöhung der Renten, des Lohnes oder des Gehalts um mindestens 50 Mt. aufgehoben wird.

Am Nachmittag wurde in die Generaldiskussion eingetreten. Dr. Mauer-Wiesbaden wünschte, daß das Reichsmietergesetz und das Mieterschlichtungsgesetz gemeinsam beraten und erlassen werden. — Kugler-Niel erklärte unter großem Beifall, die Mieterkammer stelle sich ein auf Bodenrechtsreform und Geld- und Zinsreform.

Reichstagsabgeordneter Silberschmidt gab über die Stellungnahme des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes zu der Frage der Darlehnskassenreform Aufklärung und bezeichnete es als falsch, als ob irgend welche parteipolitische Erwägungen maßgebend gewesen, die ein Zurückweichen bedingt hätten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund könne keine wirtschaftlichen Aufgaben allein verfolgen, wenn es der einen oder anderen Partei nicht annehmbar ist. Es würde ein Verbrechen sein, aus parteipolitischen Erwägungen die notwendige Einheitsfront der Mieter zu fördern. Zweifellos könne die private Bewirtschaftung des Wohnwesens jetzt und auch in Zukunft das Uebel nicht beseitigen und ebenso könne es keinem Zweifel unterliegen, daß an ihre Stelle die gemeinwirtschaftliche treten muß, einschließlich der Bodenfrage. Und das ist, was uns von Demagogie trennt, der bloß die Gemeinwirtschaft des Bodens will, während wir weiter gehen und auch die Gemeinwirtschaft für die Bewohnung fordern. Die Darlehnskassenreform kommen aber nur für den einen Zweck in Frage und lassen sich nicht auch für den andern Zweck verwerten. Dieses Mittel dient uns nicht zum Vorteil, doch ist die Frage aber noch nicht abgeschlossen. Der Redner empfiehlt, daß sich der Kongress geschlossen hinter die Idee der Gemeinwirtschaft stellt. Die Frage, welche Form die richtige ist, ob der Vorstoß Dr. Hofmanns oder der des Deutschen Gewerkschaftsbundes, könne noch zurückgestellt werden, weil diese Vorstöße noch zu neu sind, als daß man sich schon jetzt entscheiden könne. Die Frage sollte in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. In der Frage der Gemeinwirtschaft seien die Gewerkschaften bereit, mit der Mieterorganisation Hand in Hand zu gehen. Auf diese Weise komme

eine Einheitsfront von 95 Prozent der Bevölkerung mit 15 Millionen Hausbesitzern zustande, während auf der andern Seite einige Hunderttausend Hausbesitzer und Ruheheger der Grund- und Bauproduktion in Betracht kommen. Da müßte es komisch aussehen, wenn sich die Idee der Gemeinwirtschaft nicht durchsetzen sollte. Gegenüber dieser wichtigen Frage haben die Darlehnskassenreform nur eine untergeordnete Bedeutung.

Frau Landtagsabgeordnete Büttner gab Aufschluß über die Geldbeschaffung in Sachen für die diesjährige Bauperiode. Es frage sich aber, was in Zukunft geschehen solle. Welchen Weg man auch immer beschreiten möge, immer werde die Auswirkung eine Erhöhung der Mieten sein. Indessen komme es darauf an, daß die Mietenerhöhung nicht in die Taschen des privaten Hausbesitzers fliehe. Die Rednerin betonte ebenfalls die Notwendigkeit des Gemeinschaftsprinzips. — Dr. Kluge-Charlottenburg wies auf den Unterschied zwischen Miets- und Wohnboden hin. Nur der Wohnboden gehe der Mieterkammer etwas an.

In seinem Schlusswort sagte Stadtrat Hofmann: Leipzig, daß wenn wir die Neubaulätigkeit energisch fördern wollen, nichts anderes übrig bleibt, als daß neben den andern vorgeschlagenen Maßnahmen ein jeder von uns eine Friedensmiete opfere. Damit das Geld auch in den Sädel der Allgemeinheit fliehe, sei es notwendig, so rasch als möglich gemeinwirtschaftliche Organe zu schaffen. — Dr. Wagner-Berlin warnte vor einer Einspannungspolitik und nahm die Gewerkschaften gegen den Vorwurf eines Diskussionsredners in Schutz, daß sie Hausbesitzerinteressen vertreten. — Dr. Fischer-Frankfurt a. M. verwahrte sich gegen den ihm in der Diskussion gemachten Vorwurf der Demagogie.

Dresden, 5. September.

In der heutigen nichtöffentlichen Sitzung wurden Organisationsfragen erledigt. Den gewaltigen Auswirkungen der Boden- und Häuserpekulation und ihrer Fressmacht will die einige Mieterkammer gleiche Opferwilligkeit für die schwer bedrückten Mieterinteressen entgegenstellen. Die bisherigen beiden Vorsitzenden Herrmann und Rechtsanwalt Groß, Dresden, wurden wiedergewählt. Nächster Tagungsort ist Kassel.

Auf die Geheißung wollen der Mieterbund, seine Landesverbände und Ortsvereine noch energischer einwirken, ebenso auf die Rechtsprechung in den Mieteneinigungsämtern. Der unabhängigen Tages- und Fachpresse soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Rachstehende Entschlichung wurde einstimmig angenommen:

Es ist ein Reichsgesetz zu erlassen, durch das das bisherige Mietrecht, Pfandrecht und Wohnungsmangelrecht einheitlich von Reichs wegen überföhrlich, klar und einfach endgültig dauernd geregelt wird. Dieses Gesetz soll anwendbar sein auf alle Rechtsverhältnisse, kraft deren jemand einem andern die Benutzung von Grundstücken oder Grundstücksanteilen zu gewähren hat, z. B. Miet- und Pachtverhältnisse, Arbeitsverhältnisse privaten und öffentlichen Rechts. Ausnahmen für öffentliche Körperschaften oder Neubauten sind nicht zuzulassen. Der Inhalt dieses Gesetzesentwurfs muß zwingenden Rechts sein.

Der Bundestag Deutscher Mietervereine stellt fest, daß die Entwicklung der Verhältnisse im Wohnungswesen seiner Forderung auf Sozialisierung Recht gegeben hat. Er fordert deshalb wiederholt von den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie unverzüglich ein Gesetz schaffen, das die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen verwirklicht und indem dazu öffentliche Körperschaften errichtet werden, welche die Bewirtschaftung der bebauten Grundstücke und die Regelung der Neubaulätigkeit, schließlich die Durchführung der gesamten Wohnungs- und Siedlungspolitik verwirklicht.

Bis zur endgültigen Regelung durch die Gemeinwirtschaft fordern wir, daß jedes Gesetz, gleichgültig auf welchem Gebiet es ergeht, unter dem Gesichtspunkt dieser Sozialisierung erlassen wird. Wir fordern deshalb, daß der Preiswert der Grundstücke nicht durch Belastung mit Goldwerthypotheken oder ähnliche feuerliche oder sonstige Maßnahmen angehalten wird, daß durch sofortige Maßnahmen jede weitere Grundstückspekulation unmöglich gemacht wird, und daß der Wucher bei Baustoffherstellung und Baustoffhandel mit aller Entschiedenheit unterbunden wird.

Bei Erfüllung dieser Forderungen erklärt sich die im Bunde Deutscher Mietervereine organisierte Mieterkammer Deutschlands bereit, auch bei der Aufbringung der Mieten zum Neubau mitzuwirken und eine im Interesse des Gemeinwohls notwendige und sozial gerecht verteilte Belastung zu übernehmen.

Die Mieterkammer fordert, entsprechend ihrer Bedeutung im Volkswesen, die Zuziehung zu den Beratungen bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen, die in das Gebiet des Wohnungswesens und der Bodenwirtschaft unmittelbar oder mittelbar hineingreifen.

Besondere ergänzende Richtlinien sollen den maßgebenden Behörden und gesetzgebenden Körperschaften zur Berücksichtigung umgehend vorgelegt werden.

Darauf wurde mit dem föhrmischen Bekenntnis zu einmütigem Zusammengehen die Kundgebung geschlossen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1920.

An dem ungeheuren Aufschwung, den das Jahr 1919 den freien Gewerkschaften brachte, hatte auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter seinen rechtlichen Anteil. Ganze Arbeitergruppen, die vor der Novemberrevolution nur schwer oder gar nicht zu organisieren waren, strömten jetzt dem Verbande zu. Es seien nur erwähnt: das Personal in den Krankenhäusern, Zentren, und sonstigen Heilanstalten, die Arbeiter in den Staatsbetrieben und staatlichen Verwaltungen, die Landstrafenwärter usw. Die Folge dieses Zustroms war, daß die Zahl der Mitglieder von 90 705 im Jahre 1919 auf 137 313 im Jahre 1920 anwuchs. Das Verbandsvermögen wuchs im gleichen Zeitraum von 1 167 049 Mt. auf 4 553 749 Mt.

Weniger föhrlich war der Mitgliederzuwachs im Jahre 1920. Die Zahl der Verbandszugehörigen stieg auf 290 891, die der Filialen auf 795. Dagegen wuchs das Verbandsvermögen infolge mehrfacher Beitragserhöhungen auf 11 280 477 Mt. oder um 18,06 Mt. auf 43,03 Mt. auf das einzelne Mitglied.

So ausgerüstet konnte der Verband auch tatkräftig und erfolgreich für seine Mitglieder wirken. In 1402 Lohnbewegungen ohne Arbeitslosigkeit, die sich auf 3965 Betriebe erstreckten, erreichte er für 317 313 Beteiligte eine wöchentliche Lohn-erhöhung von 32 507 802,12 Mt. oder 104,52 Mt. für den einzelnen. Das ist ein außerordentlicher Erfolg, denn die wöchentlichen Lohn-erhöhungen betragen 1919 nur 21,75 Mt.

Weiter wurde erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 9,00 Stunden für 4302 Personen = 39 115 Stunden, die über dem Wochentagtag lag und fast ausschließlich dem Personal in den Heil- und Pflegeanstalten und den Landstrafenwärtern zugute kam.

Neben diesen friedlichen Lohnbewegungen hatte der Verband noch 33 Streiks zu führen, von denen einige erheblichen Umfang annahmen. 29 von diesen 33 Streiks endeten mit Erfolg, während die andern 4 erfolglos ausgingen. Erreicht wurde durch diese erfolgreich geföhrten Streiks für 30 876 Personen eine wöchentliche Lohnsteigerung von 522 822,18 Mt.

Während diese Streiks geföhrte wurden, machte sich die Technische Nothilfe recht unangenehm bemerkbar, da sie auch zu Streikbrüchigkeiten benützt wurde. Ihr galt der Kampf des Verbandes im besonderen.

Vor der Revolution hatten die Gemeinde- und Staatsarbeiter viel schwerer um die Anerkennung des Koalitionsrechts zu ringen als die Arbeiter in der Privatindustrie, und noch weniger waren die Verwaltungen der Gemeinde- und Staatsbetriebe zu Tarifverträgen bereit. Nur ganz wenige Stadtverwaltungen machten Ausnahmen.

Die Revolution machte auch hier den Weg frei. Bereits am 5. Februar 1919 wurden vom Vorstand des Gemeinbearbeiterverbandes und dem Vorstand des Deutschen Städtetages „Richtlinien für Tarifverträge zwischen Stadtgemeinden und städtischen Arbeitern“ unterzeichnet, die später auch vom Reichsstädtebund anerkannt wurden. Statistisch erfaßt wurden vom Verbandsvorstand für das Jahr 1919 150 Tarifverträge, bei deren Abschluß in den allermeisten Fällen die Richtlinien als Unterlage dienten. Sie erstreckten sich auf 1137 Betriebe in 200 Orten mit 93 527 Beschäftigten. Im Jahre 1920 gelang es, die „Richtlinien“ in einen Reichsmanteltarif umzuwandeln, der die Schaffung von Bezirksstarifen stark begünstigte. Solcher Bezirksstarifen kamen 1920 13 zustande.

Erwähnt möge noch werden der Abwehrkampf, den die Reichssetzungen Gesundheitswesen zu führen hatte gegen die Bestrebungen, den Wochentag in den Heilanstalten aller Art wieder zu beseitigen. Die Wochentagperordnung vom 23. November 1918 wurde nur in den Anstalten anerkannt, wo das Personal von vornherein genügend stark organisiert war. In andern mußte der Wochentag erst erkämpft werden. Von Arbeitgeberseite verfuhr man aber immer wieder abzubauen. Schließlich kam dieser Reaktion noch das Reichsarbeitsministerium mit einem Gesetzesentwurf zu Hilfe, der zwar den Krankheitspflegepersonen den Wochentag zugestand, dem übrigen Personal aber eine längere Arbeitszeit zumutete. Wiederholte Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, an denen alle Krankheitspflegeorganisationen beteiligt waren, führten dazu, daß sich die verbandliche Kommission auf die 60-Stundenwoche für das gesamte Personal in den Heilanstalten festsetzte. Schuld an diesem Ergebnis war, daß die Vertreter der religiösen Orden und die Vertreter der (bürgerlichen) Berufsorganisation der Krankheitspflegepersonen mit den Arbeitgebern stimmten.

Infolge der Auflösung der Nationalversammlung blieb die Angelegenheit unerledigt. Die Reichsregierung scheint der preußischen Regierung einzuweichen zu haben, die die Reichsregierung am 23. Dezember 1920 ersuchte, die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Krankheitspflegepersonen noch hinauszuschieben, bis nach einer weiteren Prüfung der äußerst schwierigen Angelegenheit eine entsprechende Klärung und ein Ausgleich der zwischen den einzelnen Gruppen des Krankheitspflegepersonals noch bestehenden tiefgreifenden Gegensätze festgefunden hat!

Dafür hatte die Reichsregierung in dem allgemeinen Gesetzesentwurf zur Regelung der Arbeitszeit das Krankheitspflegepersonal „lebenswürdigerweise“ in die Gruppe derjenigen Arbeiter mit eingereiht, deren Tätigkeit zum erheblichen Teil nur aus Arbeitsbereitschaft besteht und deren Arbeitszeit bis auf täglich 11 Stunden ausgedehnt werden kann. Der Gesetzesentwurf ist infolge des Einspruchs der Gewerkschaftsvertreter glücklicherweise wieder zurückgezogen worden; wäre er aber Gesetz geworden, so hätte er einen Zustand geschaffen, der sich von dem miserablen der Vor-novemberzeit wenig unterschieden hätte.

So hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter umfangreiche, harte Kämpfe zu führen gehabt, die erfreulich große Erfolge zeitigten und die zeigen, wie notwendig jene „Klugen“ Leute waren, die in der Revolutionszeit meinten, die Gewerkschaften seien nun überflüssig.

Gewerkschaftsbewegung.

Weiteres Sinken der Erwerbslosenziffer im Juli.

Im Juli d. J. ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich weiter gesunken, nämlich von 315 458 am 1. Juli auf 289 424 am 1. August. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug rund 208 000 (gegenüber 244 000), die der weiblichen 63 000 (gegenüber 71 000). Die Zahl der Zuschlags-empfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Erwerbsloser, stellt sich auf rund 300 000. Das Zahlen-bild kommt damit demjenigen vom Juni 1920 wieder sehr nahe. Im Vergleich mit dem ungünstigsten Monat dieses Jahres, dem März, ergibt sich eine Verminderung um rund 143 000 Erwerbslose und 168 000 Zuschlagsempfänger. Die Besserung ist insbesondere auf den Rückgang der Landwirtschaft zurückzuführen, der aber in einzelnen Gegenden bereits wieder abflaut, ferner auf die Entwicklung des Baumarktes, der allerdings der Mangel an gestellten Bauarbeitern Grenzen setzt, sowie auf die fortgeschrittene Föhrung einer Reihe von Industriezweigen, so des Textils- und Bekleidungs-gewerbes, der Holzindustrie, der Metallindustrie, der Industrie der Steine und Erden usw. Sonach steht die Besserung des Arbeitsmarktes auf einigermassen schwachen Füßen, da mit dem Beginn des Herbstes Landwirtschaft und Bauwesen Arbeitskräfte wieder abgeben werden und der lebhaftere Geschäftsgang in der Industrie unverkennbar mit der Abwärtsbewegung der Valuta zusammenhängt. Auch muß bei der Bewertung des ganzen Zahlenbildes immer wieder daran erinnert werden, daß

eine sehr große Zahl von Arbeitslosen in den Reichslandsarbeitern der produktiven Erwerbslosenföhrung, also außerhalb der normalen Wirtschaft, beschäftigt ist, daß die beträchtliche Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden, in den genannten Zahlen nicht berücksichtigt ist, und daß die deutsche Erwerbslosenziffer vorläufig überhaupt nur die unterstützten Erwerbslosen erfaßt, nicht aber diejenigen Erwerbslosen, die aus irgendwelchen Gründen Unterstützung nicht erhalten.

Die Leipziger Gemeinbearbeiter zur Lohnbewegung.

In der Mitgliederversammlung vom 29. August im Neuen Gasthof in Gohlis erstattete Kollege Biach den Bericht über die mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden gepflogenen Verhandlungen. Der Redner erinnerte an seinen in der Mitgliederversammlung vom 17. Juni d. J. gegebenen Bericht über die Tagung der Landestarifkommission und der Landesversammlung der Gemeinbearbeiter Sachsens, die sich mit dem neuen Reichsmanteltarif und mit dem von den einzelnen Filialen gestellten Anträgen, Lohnforderungen an den Arbeitgeberverband einzureichen, beschäftigten.

Beide Körperschaften lehnten die Anträge, soweit sie sich auf die Stellung von Lohnforderungen bezogen, mit der Begründung ab, daß es besser sei, erst einmal einen Überblick über die künftige Gestaltung der Wirtschaftslage unter Berücksichtigung der Getreidebewirtschaftung usw. zu erhalten.

Trotz des ablehnenden Beschlusses der beiden Körperschaften mehrten sich die Anträge, Lohnforderungen zu stellen. Eine am 18. Juli in Dresden tagende Konferenz der sächsischen Verbandsangestellten beschäftigte sich mit dieser Sachlage und beschloß, im Lande eine Aussprache darüber herbeizuföhren, ob und in welchem Umfang Lohnforderungen gestellt werden sollten. Entsprechende Anträge seien an die Landestarifkommission einzureichen. Dies ist dann auch geschehen. Während die Leipziger Kollegenschaft glaubte, eine Forderung von 25 Prozent ausstellen zu müssen, waren die Ansichten darüber im Lande sehr geteilt. In die Landestarifkommission wurden Anträge eingereicht, die sich zwischen 20 und 100 Prozent bewegten. In der am 26. Juli abgehaltenen Sitzung der Landestarifkommission wurde nach eingehender Aussprache beschlossen, an den Arbeitgeberverband die Forderung zu richten, die Löhne der Gemeinbearbeiter in allen Ortsklassen und Lohngruppen um 1,10 Mt. pro Stunde zu erhöhen. Diese Forderungen wurden am 3. August dem Arbeitgeberverband eingereicht. In der Begründung zu diesen Forderungen wurde gesagt, daß diese Lohnhöhung nicht für die kommende Verteuerung der Bedarfsartikel, sondern dafür verlangt werde, um den Gemeinbearbeitern die Möglichkeit zu geben, Neuanstellungen von Kleidung, Wäsche und dergleichen vorzunehmen zu können. Nach Einreichung dieser Forderungen zeigte sich dann, daß dieselben recht hatten, die vor der vorzeitigen Einreichung von Forderungen warnen. Die Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel stieg so sprunghaft, daß die verantwortlichen Verbandsangestellten glaubten, die Verantwortung nicht tragen zu können, wenn die dem Arbeitgeberverband eingereichten Forderungen nicht abgeändert würden. Nachdem die Staatsarbeiter beschlossen hatten, an die sächsische Regierung die Forderung nach Erhöhung der Wochenlöhne um 110 Mt. und der Kinderzulagen um 50 Prozent zu stellen, zogen wir die dem Arbeitgeberverband eingereichten Anträge zurück und erklärten, daß als Verhandlungsgrundlage die Forderungen gelten sollten, die von den Spitzenorganisationen für die Reichsarbeiter, Angestellten und Beamten aufgestellt worden waren. Dabei sollte die geforderte Erhöhung der Kinderzulage und der Ortsklassenausgleich umgerechnet werden in eine allgemeine Zulage, die zusammen mit den geforderten 1,50 Mt. eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Mt. pro Stunde bringen sollte. Um den Mitgliedern der Verhandlungskommission nach Gelegenheit zu geben, zu dieser veränderten Situation Stellung zu nehmen, trat dieselbe am Montag, dem 28. August, dem Tage der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband, nochmals zusammen und beschloß trotz unserer Warnungen, die bereits dem Arbeitgeberverband mitgeteilte Abänderung unserer Forderungen umzusetzen und an deren Stelle andre, und zwar eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2,30 Mt. pro Stunde und der Kinderzulage um 50 Prozent aufzustellen. Die Leipziger Vertreter in der Verhandlungskommission warnten vor einer weiteren Erhöhung der Kinderzulagen, weil damit der Arbeiterschaft kein Dienst erwiesen würde. Weiter blieben wir in der Minderheit und mußten uns fügen. Die am Nachmittag begonnenen Verhandlungen mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes scheiterten nach ungefähr fünfständiger Dauer daran, daß die Arbeitgebervertreter erklärten, keine Vollmacht zu haben, die von uns gestellten Forderungen zu akzeptieren. Stadtrat Kraas erklärte, nicht verstehen zu können, daß, nachdem die gestellten Forderungen bereits einmal abgeändert wurden, dieselben dann in der Verhandlung selbst zum drittenmal geändert würden, ohne dem Gegenpartnern vorerst Gelegenheit zu geben, sich mit dieser Sachlage zu beschäftigen. Die Arbeitgebervertreter erklärten sich bereit, den Gemeinbearbeitern als vorläufige Regelung eine zehnprozentige Erhöhung der Löhne für die über 21 Jahre alten Arbeiter zu bewilligen. Sollte bei den in Berlin bereits begonnenen Verhandlungen der Reichsregierung mit der Spitzenorganisationen ein höherer Lohnzuschlag bewilligt werden, dann seien die Arbeitgeber bereit, diese höheren Zuschläge vom selben Zeitpunkt zu zahlen wie das Reich. Ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes glaubte, daß mit einer Erhöhung der Stundenlöhne um 34 Pfg. die Verteuerung des Brotes ausgeglichen sei. (Schallende Heiterkeit der Versammelten.) Ebenso wie Sie jetzt lachten, haben wir in der Verhandlung gelacht. Da die Arbeitgebervertreter erklärten, über ihr Angebot nicht hinauszugehen zu können, wurden dann die Verhandlungen auf Donnerstag, den 26. August, vertagt. In der Verhandlung am Donnerstag teilten uns die Vertreter des Arbeitgeberverbandes mit, daß sie bereit seien, dem Gemeinbearbeitern als vorläufige Regelung die Stundenlöhne der über 21 Jahre alten männlichen Arbeiter um 85 Pfg. und der jugendlichen und weiblichen Arbeiter um 60 Pfg. zu erhöhen. Nach einer längeren Sonderberatung teilten wir den Herren mit, daß wir ihr Angebot ablehnen müßten. Wir seien aber bereit, unsere Forderung von 2,30 Mt. pro Stunde auf 1,50 Mt. herabzusetzen und zu einem noch näher zu bestimmenden Termin die endgültigen Verhandlungen vorzunehmen. Weiter verlangten wir, daß keine Unterschiede gemacht werden sollten zwischen den weiblichen und männlichen Arbeitern. Die Teuerung treffe beide Gruppen gleich stark und müßten demgemäß auch die Lohnhöhungen gleichmäßig sein. Nachdem die Arbeitgebervertreter sich zurückgezogen hatten, um zu unserm Vorschlag Stellung zu nehmen, teilten sie uns mit, daß sie nicht in der Lage wären, diesen Vorschlag anzunehmen. Sie wären aber bereit, den männlichen Arbeitern über 21 Jahre und den Arbeiterinnen mit verordnungsberechtigten Kindern 1 Mt. und den jugendlichen und weiblichen Arbeitern 70 Pfg. pro Stunde als Zulage zu gewähren. Sollte bei den Verhandlungen in Berlin eine höhere Zulage festgesetzt werden, dann sollten auch die sächsischen Gemeinbearbeiter diese höhere Zulage erhalten. Außerdem wären sie auch bereit, die Nachzahlung der erhöhten Löhne unserer Forderung entsprechend ab 1. August zu bewilligen. Die übergroße Mehrheit der Verhandlungskommission war nun der Ansicht, lieber dieses Angebot anzunehmen und der Kollegenschaft etwas zu bringen, als die Verhandlungen scheitern zu lassen. Wir sagten uns, da wir jederzeit die Möglichkeit haben, neue Forderungen an den Arbeitgeberverband zu stellen, dienen wir dem Interesse der Kollegen viel mehr, wenn wir das Angebot als Ab-schlagszahlung annehmen. Dies ist dann auch geschehen.

Niemand unter uns könne behaupten, daß mit der Erhöhung des Lohnes um 1 Mt. pro Stunde der Notlage der Gemeinbearbeiter Rechnung getragen worden wäre. Wir müßten uns deshalb sagen, daß unsere ganze Lohnpolitik auf eine andre Grundlage gestellt werden müsse, soll nicht die Arbeiterschaft vollständig unter den Schritten geraten. Vom ADBB. und von den Verbandsvorständen müsse verlangt werden, in solchen Situations-

nen die vorhandenen Bedenken gegen eine zentrale Aktion der gesamten Arbeiterschaft zurückstellen, weil nur so die Möglichkeit gegeben sei, die Arbeiterschaft vor weiterer Verelendung zu bewahren.

Nach kurzer in zustimmendem Sinne geführter Diskussion wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die am 29. August im Neuen Gohlhof zu Leipzig-Gohlitz tagende Versammlung der Gemeindegewerkschaft Leipzigs beschließt, das Verhandlungsergebnis, bestehend in der Erhöhung der Löhne um 1 Mk. bzw. 70 Pfg. pro Stunde, als Abschlusszahlung anzunehmen.“

Die Versammlung beauftragt die Landesarbeitskommission, die Wirtschaftslage gut zu überwachen und zur rechten Zeit neue Verhandlungen vom Arbeitgeberverband zu fordern.

In der Erkenntnis, dass in einer Situation wie der gegenwärtigen die einzeln geführten Lohnbewegungen zu einer Zersplitterung der Aktionskraft der Arbeiterschaft führen müssen, verlangen die Versammelten vom A.D.G.B. die Vorbereitung einer gemeinsamen mit allen politischen Parteien der Arbeiterschaft geführten Aktion gegen jede weitere Belastung der Arbeiter durch neue Steuern, Zölle usw.

Um die Durchführung dieser Forderung zu ermöglichen, ist es notwendig, sofort einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einzuberufen, der sich gleichzeitig auch mit der Frage der Bildung von Industrieorganisationen befassen soll.

Die Versammlungsleitung wird beauftragt, vorstehende Entschliessung den in Frage kommenden Verbandsvorständen und dem A.D.G.B. zu übermitteln.“

Ein Antrag, Versammlungsinserate auch dem Roten Kurier zu übermitteln, wurde, der Konsequenzen halber, die ein derartiger Beschluss für unsere rechtssozialistischen Mitglieder haben müsste, abgelehnt.

Nach der Aufforderung, dafür zu sorgen, dass jeder einzelne sich für die kommenden Kämpfe rüste, wurde die von circa 1500 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Lohnbewegung der Straßenbahner.

Der unterzeichneten Organisationsleitung war es gelungen, die Unternehmer der Gruppe Sachsen im Straassenbahngewerbe zu Verhandlungen zu bewegen. Die Verhandlungen haben am 3. 9. 21 in Dresden stattgefunden. Unter den schwierigsten Verhältnissen, die oftmals angeht waren, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, kamen folgende Vereinbarungen zustande:

1. In der Gruppe Sachsen werden die Löhne mit Wirkung vom 1. September 1921 an um 1 Mk. pro Stunde erhöht.

2. Die Vertreter der städtischen und Gemeindebetriebe werden bei ihren Verwaltungen dahin wirken, dass die obige Lohnzulage auch für den Monat August gezahlt wird, soweit die erhöhten Löhne in den betreffenden Gemeinden von diesem Termin an an die Gemeindegewerkschaft gezahlt werden.

3. Die Vertreter von Plauen und Hohenstein-Ernstthal werden bei ihren Ausschüssen dahin wirken, dass die Kinderzulagen festgesetzt werden auf 40 bzw. 50 Mk. pro Kind und Monat mit Wirkung vom 1. September an.

4. Die Ausdehnung des Sonderabkommens für den Leipziger Betrieb auf alle in der technischen Abteilung beschäftigten Arbeiter bleibt besonderen örtlichen Verhandlungen vorbehalten. Da hierzu die Zustimmung der städtischen Kollegien erforderlich ist, herr Baurat Zeise erklärt sich bereit, sich hierfür einzusetzen.

5. Im übrigen bleibt der Gruppenvertrag in seiner jetzigen Fassung bis 31. Dezember 1921 bestehen mit der Maßgabe, dass die Kündigungsfrist auf zwei Monate zum Monatsverfall festgesetzt wird. Hinsichtlich der in Punkt 2 festgesetzten Löhne und Kinderzulagen wird vereinbart, dass bei Aenderung der Verhältnisse auf Antrag einer Partei neue Verhandlungen stattzufinden haben.

6. Herr Baurat Zeise erklärt sich bereit, bei seiner Verwaltung dahin zu wirken, dass in nächster Zeit Verhandlungen stattfinden, deren Zweck eine Neuregelung des im Jahre 1919 für den Leipziger Betrieb getroffenen Sonderabkommens ist.

In der am 6. 9. 21 stattgefundenen Volksversammlung der Straßenbahner Leipzigs nahmen diese den Bericht der Verhandlungskommission entgegen. Alle Dispositionsredner waren sich darüber einig, dass das Angebot der Unternehmer noch lange nicht ausreichte, um auch nur augenblicklich die wirtschaftliche Lage der Straßenbahner zu verbessern. Da noch verschiedene wichtige Punkte örtlich geregelt werden müssen, wurden die Organisationsleitungen beauftragt, umgehend in Verhandlungen zu treten. Einstimmig wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die am 6. 9. 21 im Volkshaus tagende Volksversammlung der Straßenbahner Leipzigs nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der Lohnverhandlungen. Da mehrere wichtige Fragen ihre Erledigung noch nicht gefunden haben, müssen die Versammelten es ablehnen, endgültig zum Resultat Stellung zu nehmen. Die Versammelten beauftragen die gewählte Lohnkommission, darauf hinzuwirken, dass umgehend die strittigen Punkte: Nachzahlung für den Monat August, Ausdehnung des Sonderabkommens auf die gesamte technische Abteilung, Abschluss der örtlichen Vereinbarungen, durch Verhandlung zu erledigen sind. Falls diese Verhandlungen bis zum 15. September nicht ihren Abschluss gefunden haben, ist erneut zu der Frage Stellung zu nehmen.

Deutscher Verkehrsband,
Abteilung Straßen- und Kleinbahner,
Verwaltungsstelle Leipzig.

Die Leipziger Buchhändlermarkthelfer

nahmen am 6. September in einer überaus stark besuchten Versammlung in den Drei Köhren Stellung zu dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses. Schon der harte Besuch der Versammlung hat gezeigt, dass das Zirkular, womit die Unternehmer versuchten Zwietracht in die Reihen der Markthelfer zu bringen, gerade das Gegenteil erreicht hatte. Der Lohnkommission wurde einmütig volles Vertrauen ausgesprochen und damit wurde gleichzeitig bewiesen, dass die Markthelferschaft im Buchhandel fest hinter ihrer Organisation steht und sich nicht durch Manipulationen von Unternehmerseite irremachen lässt. Die Herren Buchhändler mögen dies beachten und erkennen, dass die Buchhandlungsmarkthelfer tatsächlich ernstlich gewillt sind, sich auf die Dauer nicht mehr mit diesem Lohn zu begnügen. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 6. 9. 21 stattgefundenen, stark besuchte Versammlung der Buchhandlungsmarkthelfer nimmt Kenntnis von dem am 5. 9. 21 gefällten Schiedsspruch und erkennt diesen an. Trotzdem kann sie sich nicht verschließen zu sagen, dass die neuen Löhne der jetzigen Teuerung noch lange nicht entsprechen. Die Versammelten geloben, sich auch weiterhin für die Organisation voll und ganz einzusetzen.

Deutscher Transportarbeiterverband,
Die Sektionsleitung.

Achtung, Dachdecker!

Der Lohn für Gehilfen beträgt ab 2. September 8.25 Mk. pro Stunde, für Hilfsarbeiter 7.93 Mk. pro Stunde.

Die Auszahlung des neuen Lohnes hat erstmalig am Freitag, 9. September, zu erfolgen. Die Kollegen werden ersucht, den höheren Lohn zu verlangen. Wenn einzelne Unternehmer Schwierigkeiten machen, ist sofort die Organisationsleitung in Kenntnis zu setzen.

Zentralverband der Dachdecker,
Zentrale Leipzig.

Zur Lohnbewegung der Zementwaren- und Kunststeinarbeiter Leipzigs.

In einem Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten Nr. 244 schildern die Unternehmer die Lohnbewegung der Kunststeinarbeiter hierzu eine Richtschnur.

Es stimmt, dass wir absichtlich mit den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gemeinsam über von uns eingereichte

Forderungen mit den Unternehmern zu verhandeln. Das geschah aus folgenden Gründen:

1. Die Christlichen und Hirsch-Dunderschen haben in unserm Bezirk keine Mitglieder.

2. Die Christlichen und Hirsch-Dunderschen haben keine Forderungen an die Unternehmer eingereicht und

3. sind die Christlichen und Hirsch-Dunderschen von den Unternehmern zu den Lohnverhandlungen geladen worden, ohne dass wir davon in Kenntnis gesetzt wurden.

Ueber die Löhne wurde in der fraglichen Sitzung gar nicht verhandelt, obwohl die Unternehmer unsere Forderungen bereits seit 25. Juni im Besitz hatten und der Tarif am 30. Juni abgelaufen war. Weiter wird gesagt, dass die Arbeiter eine Einigung dadurch unmöglich machten, dass ein Arbeiter gegen seine Kollegen stimmte. Das ist richtig. Warum haben aber alle vier Unternehmer gegen den Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden gestimmt? Weil die Unternehmer in der Verhandlung des Tarifamtes nur eine Erhöhung der Löhne um 35 Pfg. pro Stunde zugestehen wollten. Trotzdem unsere Forderung als „radikale“ bezeichnet wird, stehen wir auf dem Standpunkt, dass 8.10 Mk. Stundenlohn als Spitze für Sackarbeiter noch viel zu wenig ist. Die Unternehmer haben außerdem schon die Lohnforderung als Begründung für Preisserhöhung ab Juli benutzt, obwohl die ersten Lohnverhandlungen erst am 11. August stattfanden.

Der Streik ist von uns nicht gewollt, wir haben ihm ausweichen wollen. Die Kunststeinarbeiter stehen fest und lassen sich auch dadurch nicht beirren, dass einige Angestellte bei der Firma Großmann u. Hennerdorff Streikbrecherdienste leisten. Dass die Löhne bezahlt werden können, ergibt sich daraus, dass eine größere Anzahl von Unternehmern die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben.

In einem späteren Artikel werden wir die Machenschaften der Unternehmer und einzelner Streikbrecher schildern.

Verband der Fabrikarbeiter.

Eine Versammlung der Leipziger Glasergehilfen

beschäftigte sich mit der geforderten Erhöhung des Teuerungszuschlags. Die Innung erklärte, sie könne nur 55 Pfg. pro Stunde zulegen. Diese Zusage entsprach der Teuerung auf Grund der Zubehöreffern. Von der Verhandlungskommission der Gehilfen wurde dieses Angebot als völlig ungenügend bezeichnet und verlangt, dass sofort 75 Pfg., ab 15. September weitere 75 Pfg. Zulage pro Stunde gezahlt werden. Das lehnte aber die Innung ab. Die Versammlung beschloss nun, die angebotene Zulage von 55 Pfg. als vorläufigen Abschluss anzunehmen und sofort in neue Verhandlung zur weiteren Erhöhung des Lohnes einzutreten. — Dann wurde noch beschlossen, 1000 Mk. aus Lokalmitteln für das hungernde Volk zur Verfügung zu stellen.

Bezirksrat der Freiseurgehilfen.

Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes hielt am 29. August in Chemnitz seinen diesjährigen Bezirksrat der beiden Bezirke Leipzig und Dresden ab. Den breitesten Raum der Verhandlungen nahm die Sonntagsruhe ein. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Nachdem uns von der Regierung des Reichs sowie der Bundesstaaten auf unsere Forderung nach Einführung der vollständigen Sonntagsruhe keinerlei Entgegenkommen gezeigt worden ist, sind wir nun gezwungen, rücksichtslos den Kampf zur Erreichung und Durchsetzung unserer Forderungen aufzunehmen. Der Bezirksrat erklärt daher, dass ab 1. Oktober 1921 bis zur Erreichung der vollständigen Sonntagsruhe für Gehilfen, Gehilfinnen und Lehrlinge die gesamten Arbeitnehmer des Freiseurgewerbes im Freistaat Sachsen die Arbeit niederlegen. Die von den Unternehmern angeführten Gründe zur Beibehaltung der Sonntagsarbeit sind durch die Tatsachen bereits widerlegt worden. Bedauerlich für uns ist, dass die Regierung des Freistaats Sachsen ebenfalls den Wünschen der Unternehmer Rechnung trug und unserer Forderung nicht stattgab.“

Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums wohnte den Verhandlungen bei. Der Verbandsvorsitzende Lorenz-Berlin brachte hierbei zum Ausdruck, dass wir uns nicht scheuen werden, auch in Zukunft den proletarischen Parteien, die uns in unsern Eingaben nicht genügend unterstützten, unverkümmert die Wahrheit zu sagen. Darin seien sich alle Delegierten, ganz gleich, welcher politischen Richtung sie angehören, einig.

Nach einem Referat Elster-Leipzig über Tarifangelegenheiten wurde eine Entschliessung angenommen, worin der Verbandsvorstand beauftragt wird, beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund dahin zu wirken, dass die Lohnbewegungen einheitlich und gemeinsam aufgenommen und durchgeführt werden. Ueber die Lohnfragen referierte Lorenz-Berlin.

Ein Antrag Jena, die Obleute sollten sich bei ihrer Tätigkeit der parteipolitischen Agitation enthalten, wurde einstimmig abgelehnt. Ein Antrag Chemnitz, einen weiteren Kollegen freizustellen, wurde abgelehnt unter der Begründung, dass alle verfügbaren Gelder bereitzustellen seien für Lohnbewegungen und sonstige Kämpfe.

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe.

Am 29. August nahmen die Zimmerer Leipzigs in einer auf Befehl der Bezirksversammlung zu dem Angebot der Unternehmer im Tarifgebiet Ost- und Westsachsen Stellung.

Als Ergebnis der bezirkslichen Verhandlungen vom 18. August in Dresden lag folgendes Angebot der Unternehmer vor:

1. Der Stundenlohn erhöht sich in den Lohnklassen 1. Ia, 1b und 2 von dem jetzt geltenden Lohnsatz um 1.10 Mk. pro Stunde, in den Lohnklassen 3 und 4 um 90 Pfg. pro Stunde. Die neuen Lohnsätze treten vom 2. September ab in Kraft.
2. Die Werkzeugzulage erhöht sich für Zimmerer von 3 auf 3.60 Mark pro Woche oder pro Tag auf 60 Pfg.
3. Bezüglich der Festsetzung der Lehrlingslöhne wird nach Ansicht der Arbeitgeber daran festgehalten, dass die wie bisher Sache der Innung ist. Jedoch will der Bezirks-Arbeitgeberverband den Innungen empfehlen, auch den Lehrlingen auf ihre bisherigen Löhne eine angemessene Erhöhung zu gewähren.
4. Beide Parteien haben sich bis zum 29. August für Annahme oder Ablehnung obiger Vereinbarungen zu erklären.

Der Vorsitzende der Bezirksstelle Leipzig, Kamerad Kroneberg, gab einen ausführlichen Bericht über die stattgefundenen bezirkslichen Verhandlungen und schlug im Namen der Verhandlungskommission und des Vorstandes die Annahme des Angebots vor. Einig waren sich die Versammelten darin, dass die Lohnerhöhung von 1.10 Mk. pro Stunde weit hinter den berechtigten Forderungen der Bauarbeiter Sachsens steht und der Teuerung und den wirtschaftlichen Verhältnissen keineswegs entspricht.

Die Abstimmung ergab gegen eine klare Minderheit die Annahme des Angebots. Nach Mitteilung des Arbeitgeberverbandes haben die Leipziger Unternehmer ebenfalls zugestimmt. Der Lohn erhöht sich demnach ab 1. resp. 2. September um 1.10 Mk. und beträgt für Zimmerer im Lohngebiet Ost- und Westsachsen I 8.20 Mk., im Lohngebiet Leipzig II 8.05 Mk. und im Lohngebiet Leipzig III 7.80 Mk. pro Stunde. Das Werkzeug für Zimmerer erhöht sich ab 1. resp. 2. September von 3 auf 3.60 Mk. pro Woche. Für Heberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten und Arbeiten an den gesetzlichen Feiertagen kommt auf die vom 29. Juli 1920 an den geltenden Sätze ab 28. resp. 29. Juli 1921 ein Zuschlag von 25 Prozent. Für alle übrigen zulagepflichtigen Arbeiten ein Zuschlag von 20 Prozent. Das Kilometergeld wird bei 5-6 Kilometer von 2.50 auf 2.75 Mk. erhöht und steigt für jeden weiteren Kilometer um 20 Pfg. Die Auslösung erhöht sich ab 28. bezw. 29. Juli 1921 um 4 Mk. und beträgt somit für Verheiratete bei weniger als vier Wochen Arbeitsdauer 18 Mk., für Ledige 16 Mk., bei längerer Arbeitsdauer als vier Wochen für

Verheiratete 14 Mk., für Ledige 12 Mk. pro Tag, einschließlich der Sonntage. Bezüglich der Regelung der Verheiratszulage beschließen die Zimmerer Leipzigs nach wie vor auf der tariflichen Regelung und werden mit allen Mitteln dafür eintreten.

Die Versammlung beschloss ferner, dahin zu wirken, dass die Forderungen im Baugewerbe auf Grund des Spruches des Haupttarifamtes durchgesetzt werden. Der Vorstand erhält dazu die notwendigen Vollmachten.

Scharf kritisiert wurde das Verhalten einiger Kameraden, die auf den Rehbauten überstunden ohne Genehmigung des Vorstandes leisteten. Einstimmig wurde beschlossen: „Mitgliedern, die ohne Zustimmung der Verbandsleitung Überstunden leisten, werden sämtliche lokale Unterstützungen auf die Dauer von einem Jahre entzogen.“

Beschlossen wurde, die Entschädigung der Hausarbeiter von 80 Pfg. auf 1 Mk. zu erhöhen. Die neuen Sätze treten vom Beginn des 3. Quartals 1921 ab in Kraft.

In der letzten Mitgliederversammlung verdächtige Kamerad Ernst Taubenhain den Gauleiter Kamerad Laue. Nach erfolgter Untersuchung und Beweisführung gab Taubenhain nachstehende Erklärung ab:

„Ich erkläre hiermit, dass die von mir ausgesprochenen Verleumdungen gegen den Gauleiter Kamerad Laue auf Unwahrheit beruhen, als Person bin ich nicht in der Lage, irgendwelche von mir ausgesprochenen Beleidigungen zu beweisen.“

„Ich bedaure mein Verhalten gegenüber Kamerad Laue und verpönte, in Zukunft derartige leichsinnige Behauptungen zu unterlassen.“

Ernst Taubenhain.“

Kamerad Unverzagt stellte fest, dass eine auf seine Person bezug genommene Kritik im Roten Kurier bezüglich „Umgehungen des Arbeitsnachweises“ auf Unwahrheit beruht. Unverzagt legt Wert darauf, dies öffentlich festzustellen, da von der Redaktion des Roten Kurier, trotzdem er Mitglied der kommunistischen Partei ist, eine Berichtigung nicht aufgenommen wurde.

Zum Schluss ging der Vorsitzende, Kamerad Kroneberg, auf die gemeinen Verdächtigungen des kommunistischen veranlagten Bauarbeiters Radigt in der am 28. 8. stattgefundenen Bauarbeiterversammlung ein und hewies an Hand des Materials, dass es dem Bauarbeiter Radigt nur darauf ankommt, richtig zu verurteilen, im übrigen aber zu sehr ist, den Beweis für seine Behauptungen anzutreten. Es erörtere sich, weil die Qualität Radigts allgemein bekannt sei, noch näher auf dessen Person einzugehen. Damit fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Verzogen offen! Achtet darauf, dass am Freitag, dem 9. September 1921 der vereinbarte Lohn zur Auszahlung kommt. Andernfalls ist der Zahlstellenleiter sofort Mitteilung zu machen.

Zentralverband der Zimmerer.

Der Leipziger Betriebsrat Nr. 7 ist erschienen. Aus seinem Inhalt seien hier hervor:

Der Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte. Ein Briefwechsel mit argentinischen Genossen. Entschliessungen in Streitfragen des Betriebsrats. Berichte über Betriebsräte- und Kartellversammlungen. Der monatliche Versammlungskalender. Die Rechtsache, Streikrichter, aus Leipziger Betrieben u. a.

Preis der Nummer 50 Pfg. Zu beziehen durch alle Volkszeitungsstellen, Gewerkschaftsbüros und das Gewerkschaftsamt, Abteilung Betriebsräte. — Bestellungen durch die Post wolle man beim Briefträger oder dem Postamt seines Wohnbezirks aufgeben. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen.

Der Streik der Metallarbeiter in Halle und den umliegenden Städten ist beendet, da sowohl die Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmer den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen haben. Die Arbeit wird am Mittwoch wieder aufgenommen. — Auch die Lohnbewegung auf den Zellwänden in Jena ist auf friedlichem Wege ohne Streik beendet. Eine Betriebsversammlung hat sich mit den neuen Lohnsätzen der Verwaltung und des Betriebsrats einverstanden erklärt. — In Magdeburg wurde am 6. Dezember in einer Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte der Metallarbeiter und verwandten Betriebe beschlossen, den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anzuerkennen, an den aufgestellten Forderungen, nämlich einer Mindestlohnsteigerung des Stundenlohns um 2 Mk. festzuhalten und sofort in den Streik zu treten. Eine Vermittlung des Regierungspräsidenten, die in letzter Stunde versucht wurde, wurde verworfen. Die Urabstimmung in den Betrieben ergab eine große Mehrheit für den Streik, von dem ungefähr 30 000 Arbeiter betroffen werden. — Der Streik der Magdeburger Brauereiarbeiter ist heute beendet worden. Der Streik der Transportarbeiter dauert an. — In der Badischen Textilindustrie ist es gestern zum Abschluss eines neuen Tarifvertrags gekommen. Damit ist die Gefahr eines Ausstands in der Badischen Textilindustrie beseitigt.

Die Gewerkschaftsbewegung in Japan.

Aus einer Zusammenstellung, welche das Ministerium des Innern mit Hilfe der örtlichen Polizeibehörden machte, ergibt sich, dass in Japan im Januar 1921 insgesamt 671 Gewerkschaften mit 246 658 Mitgliedern vorhanden waren. Diese verteilten sich auf die einzelnen Gruppen wie folgt:

| Berufsgruppe | Zahl der Gewerkschaften | Mitglieder |
|--|-------------------------|------------|
| Lastträger | 87 | 16 513 |
| Metallarbeiter | 75 | 56 084 |
| Arbeiter der chemischen Industrie | 68 | 18 264 |
| Bergarbeiter | 59 | 28 592 |
| Transportarbeiter | 46 | 11 394 |
| Buchdrucker | 34 | 6 057 |
| Textilarbeiter | 22 | 6 503 |
| Werkarbeiter | 12 | 16 895 |
| Seeleute | 18 | 13 348 |
| Holzarbeiter | 34 | 6 709 |
| Chemische Gewerkschaften und sonstige Berufe | 216 | 66 319 |
| Insgesamt | 681 | 246 658 |

Es ist gewiss anzunehmen, dass diese Uebersicht manche Verzerrungen umfasst, die noch nicht als eigentliche Gewerkschaften angesehen werden können, doch vollzieht sich bei den meisten Arbeiterorganisationen diese Entwicklung sehr rasch. Die Zahl der Organisationen hat sich seit dem Kriegsausbruch um das Vierfache vermehrt, während die Gesamtmitgliedszahl sich verdreifachte. Von allen Organisationen hatten 34 weniger als je 15 Mitglieder, 147 hatten je 15 bis 50 Mitglieder, 131 zählten je 50 bis 100, 205 von 100 bis 300, 57 von 300 bis 500, 54 von 500 bis 1000, 39 von 1000 bis 5000, 1 von 5000 bis 10 000 und 3 zählten je mehr als 10 000 Mitglieder.

Die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Arbeitgeber macht ebenfalls Fortschritte. Erst im April 1921 lehnten die Bergarbeiter des Kupferbezirks Ashio nach heftigem Streik durch, dass die Unternehmer versprochen, nichts gegen die weitere Entwicklung des Verbandes tun zu wollen. Die Elektrifizierungsarbeiter in Osaka leisteten kürzlich nach dreiwöchigem Ausstand sogar den Grundriss des Kollektivvertrags durch. Es ist dies das erste Mal, dass für eine größere Anzahl von Arbeitern der kollektive Arbeitsvertrag zwischen Unternehmern und Gewerkschaften als der Vertreter der Arbeiter anerkannt und praktisch durchgeführt wurde. Es ist bemerkenswert, dass bei diesen Konflikten, die in Japan noch oft von Gewalttätigkeiten begleitet sind, gewöhnlich die Polizeibehörden im Interesse der öffentlichen Sicherheit die ersten Vermittlungsversuche zwischen den Parteien unternehmen.

Mehl! Werners Elite-Mehl feinstes Weizen-Mehl, Auszugs-Qualität, ist das Beste.

